

**2. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 16. November 2011
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 23.20 Uhr**

Anwesend sind: 48 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Sandro Gervasoni,
6. Sarah Honegger, 7. Alexandra Kämpf, 8. Urs Knapp, 9. Dr. Max Pfenninger,
10. Daniel Probst, 11. Thomas Rauch, 12. Simone Roth, 13. René Wernli

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Corinne Bader, 3. Ramazan Balkaç, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Thomas Marbet, 8. Huguette Meyer Derungs,
9. Dr. Rudolf Moor, 10. Daniel Schneider, 11. Luzia Stocker Rötheli,
12. Dr. Arnold Uebelhart, 13. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Georg Dinkel, 3. Heidi Ehram, 4. Antonia Hagmann,
5. Thomas Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Sandra Näf, 4. Theo Schöni, 5. Patrick Weibel,
6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. Doris Känzig, 4. André Köstli, 5. Christian Werner,
6. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Franco Giori, Leiter Sicherheitsdienste
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Markus Sieber, Finanzverwalter
Mario Schenker, Controller

Entschuldigt abwesend:

Anita Huber
Dr. David Wenger

Vorsitz: Marcel Buck

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

- 1 Mitteilungen
 - 2 Mitglied des Gemeindeparlaments/Demission
 - 3 Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes
 - 4 Schulkommission/Demission
 - 5 Sportkommission/Demission und Ersatzwahl
 - 6 Wahlbüro Bifang, Ersatzmitglied/Demission und Ersatzwahl
 7. Voranschlag 2012/Genehmigung
Mit dem Voranschlag in Zusammenhang
 - 7.1 Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegung Budgetgrundlage
 - 7.2 Sälischulhaus, Fassade Trakt 3, Sanierung/Kreditbewilligung
 - 7.3 Sälischulhaus, Wärmeerzeugung und Lüftung, Sanierung/Kreditbewilligung
 - 7.4 Stadthaus, Teilsanierung/Kreditbewilligung
 - 7.5 Projekt Entwicklung Olten Ost/Kreditbewilligung
 - 7.6 Stadtpolizei, polizeiliche Zivilangestellte/definitive Stellenbewilligung
 - * 8. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 8.1 Postulat Alexandra Kämpf (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Neuregelung der Sozialhilfe
 - 8.2 Postulat Daniel Dähler/Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betr. neuer Standort für Kunstmuseum
 - 8.3 Interpellation Daniel Schneider (SP) betr. Kauf Liegenschaft Kirchgasse 4
 - 8.4 Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. kantonale Richtplananpassung Niederamt
 - 8.5 Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. Kommunikation des Stadtrates bezüglich besonderer Ereignisse
- * aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ich begrüße Euch zur zweitägigen Budgetsitzung und freue mich, diese Zeit mit Euch verbringen zu können.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Marcel Buck:

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 30. Juni 2011 ist vom Büro am 31. Oktober 2011 definitiv genehmigt worden.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Motion Fraktion Grüne betr. Schaffung eines Energiefonds für die Stadt Olten

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 7

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 29. August 2011 wurde die Stadtkanzlei vom CVP-Parteipräsidium über die Demission von Patrick Kissling als Mitglied des Gemeindeparlamentes informiert. Der Rücktritt erfolgte per Ende September 2011.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Patrick Kissling (CVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Patrick Kissling (CVP) genehmigt.

Mitteilung:
Herrn Patrick Kissling, Spitalstrasse 19, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 8

Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung ist ein frei werdender Parlamentssitz durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Patrick Kissling ist ein Sitz der Christlich-demokratischen Volkspartei frei geworden. Sonja Bossart Meier (CVP) hat sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliches Mitglied des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Marcel Buck begrüsst Sonja Bossart Meier. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Sonja Bossart Meier legt hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit ist sie vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:

Frau Sonja Bossart Meier, Untere Hardegg 7, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Stadtpräsidium
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 16/20

Prot.-Nr. 9

Schulkommission/Demission

Für die Schulkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 30. September 2011 reicht Silvia Jäggi-Fröhlich (FDP) den Rücktritt als Mitglied der Schulkommission per sofort ein.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Silvia Jäggi-Fröhlich (FDP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Silvia Jäggi-Fröhlich (FDP) genehmigt.

Mitteilung:
Frau Silvia Jäggi-Fröhlich, Marktgasse 11, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 16/21

Prot.-Nr. 10

Sportkommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Sportkommission sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 10. Oktober 2011 reicht Matthias Schlegel (GO) seine Demission als Mitglied der Sportkommission per 1. September 2011 ein.

Als Ersatz für Matthias Schlegel schlägt die GO Yann Schlegel, Geissfluhweg 24, als neues Mitglied der Sportkommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Matthias Schlegel (GO) und die Ersatzwahl von Yann Schlegel (GO) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Matthias Schlegel (GO) und die Ersatzwahl von Yann Schlegel (GO) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Matthias Schlegel, Franklinstrasse 35, 8050 Zürich
Herrn Yann Schlegel, Geissfluhweg 24, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 16/24

Prot.-Nr. 11

Wahlbüro Bifang, Ersatzmitglied/Demission und Ersatzwahl

Für das Wahlbüro Bifang sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 10. Oktober 2011 reicht Matthias Schlegel (GO) seinen Rücktritt als Ersatzmitglied des Wahlbüros Bifang per 1. September 2011 ein.

Als Ersatz für Matthias Schlegel schlägt die GO Yann Schlegel, Geissfluhweg 24, als neues Ersatzmitglied des Wahlbüros Bifang vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, den Rücktritt von Matthias Schlegel (GO) und die Ersatzwahl von Yann Schlegel (GO) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden der Rücktritt von Matthias Schlegel (GO) und die Ersatzwahl von Yann Schlegel (GO) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Matthias Schlegel, Franklinstrasse 35, 8050 Zürich
Herrn Yann Schlegel, Geissfluhweg 24, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Stadtpräsidium
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 13/12

Prot.-Nr. 12

Voranschlag 2012/Genehmigung

Das Budget 2012 präsentiert sich mit einem Überschuss von rund Fr. 160'000 ausgeglichen. Markante Kostensteigerungen in den Bereichen Soziale Wohlfahrt und Bildung lassen den Voranschlag gegenüber den Resultaten des Finanz- und Investitionsplans 2012 – 2018 leicht schwächer abschneiden. Das beantragte Nettoinvestitionsvolumen bleibt auch für das kommende Jahr mit 35,5 Mio. Fr. sehr hoch, der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 66.8%. Der Stadtrat hat sich, im Gleichschritt mit der mittelfristigen Planung entschieden eine Senkung des Steuersatzes für Natürliche und Juristische Personen auf 95% zu beantragen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2012, basierend auf den Budgetrichtlinien sowie dem Finanz- und Investitionsplan, mit dem Antrag auf Genehmigung.

1. Ausgangslage

Der aktuelle Finanzplan 2012 – 2018 zeigt, dass aufgrund des hohen Investitionsvolumens nicht alle finanzpolitischen Grundsätze, insbesondere die mittelfristigen Zielsetzungen, erreicht werden können. Durch den hohen Investitionsbedarf und dem damit verbundenen tiefen Selbstfinanzierungsgrad wird eine Abnahme des Pro-Kopf-Vermögens durch den aktuellen Voranschlag 2012 auf die Höhe von 830 Fr. prognostiziert.

Konjunkturelle Rahmenbedingungen (KOF Herbstprognose 2011):

Die KOF erwartet gemäss Herbstprognose 2011 für 2012 eine Abkühlung der Schweizer Konjunktur. Das BIP wird um 1.5% steigen, nach 2.3% im laufenden Jahr.

Wachstumshemmer sind:

- die schwache US-Konjunktur
- die Schuldenkrise in Europa
- der nach wie vor starke Franken

Vor allem die Exportwirtschaft spürt die Folgen. Die Festlegung einer Untergrenze für den Franken/Euro-Kurs verhindert indes eine noch stärkere Abschwächung. Auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt die abgekühlte Wirtschaftsentwicklung kaum Spuren.

Der private Konsum entwickelt sich moderat mit Wachstumsraten von 1.3% (2011) bzw. 1.4% (2012). Dies ist vor allem auf die Einkommenssituation zurückzuführen. Aufgrund der niedrigen Inflation von 0.5% in diesem Jahr ist der reale Lohnzuwachs etwas höher als im kommenden Jahr. 2012 wird die Teuerung bei 0.7% liegen.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnis der Laufenden Rechnung

Bei einem Aufwand von Fr. 130'898'800 (ohne interne Verrechnungen von Fr. 12'309'700) und einem Ertrag von Fr. 131'061'100 wird ein **Mehrertrag von Fr. 162'300** ausgewiesen.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Bei Brutto-Ausgaben von rund 38.4 Mio. Fr. und Investitionseinnahmen von 2.9 Mio. Fr. betragen die Netto-Investitionen 35.5 Mio. Fr.. Die geplante Investitionstätigkeit bleibt, wie bereits im Bericht und Antrag zum Investitions- und Finanzplan 2012 – 2018 dargestellt, in den folgenden Jahren auf hohem Niveau. Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben) beträgt für das Budgetjahr sehr hohe 26.3% (= starke Investitionstätigkeit).

2.3. Gestufter Erfolgsausweis (in Tausend Fr.)

	Voranschlag 2012	
3	Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen	-105'172
30	Personalaufwand	-54'303
31	Sachaufwand	-18'969
35	Entschädigungen Gemeinwesen	-4'223
36	Beiträge	-27'563
38	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-112
385	Vorfinanzierung	-2
4	Betrieblicher Ertrag vor Steuern	44'385
41	Regalien und Konzessionen	107
43	Entgelte	13'395
45	Rückerstattungen	5'892
46	Beiträge für eigene Rechnungen	11'247
48	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	44
485	Auflösung Vorfinanzierungen	13'700
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	-60'787
	Ergebnis aus Finanzierung	-20'752
32	Passivzinsen (Finanzaufwand)	-1'400
33	Abschreibungen (Finanzaufwand)	-24'327
42	Vermögenserträge (Finanzertrag)	4'975
	Operatives Ergebnis vor Steuern	-81'539
40	Steuerertrag	81'701
	Operatives Ergebnis nach Steuern	162

3. Zielerreichung im Voranschlag 2012

3.1. Budgetvorgabe Sachaufwand

Die in den Budgetrichtlinien vorgesehene 5% Senkung des Sachaufwandes in den gemeindesteuer- und gebührenfinanzierten Bereichen konnte erreicht werden. Der Sachaufwand liegt insgesamt Fr. 800'000 unter dem Budgetwert 2011.

3.2. Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

Mit der Überarbeitung des Finanz- und Investitionsplans zeichnete sich ab, dass eine vorübergehende Abweichung von den mittelfristigen finanzpolitischen Grundsätzen notwendig bleiben wird.

Mit dem aktuellen Budget kann der Vorgabe des Selbstfinanzierungsgrades nicht entsprochen werden. Wird die gesamte Planperiode einbezogen, wird auch das Ziel des pro Kopf Nettovermögens nicht erreicht.

Mit einer mittel- bis langfristigen Optik bleibt der aktuelle Selbstfinanzierungsgrad mit 66.8% zu tief, liegt aber bereits deutlich über dem Vorjahreswert von 44.1%. Insbesondere aufgrund des auch im letzten Jahr guten Rechnungsergebnisses und der Nachhaltigkeit der geplanten Investitionen besteht dennoch kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

Eine Orientierung an den mittelfristigen Finanzzielen bleibt jedoch nach Beendigung der Grossprojekte ein zentrales Erfordernis.

4. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Nach umfangreicheren Veränderungen im Vorjahr (Bildung und Soziales) wurde im Vergleich zum Budget 2011 an der Darstellungsform nichts geändert.

4.1. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Aufwand)

Abweichungen in einzelnen Aufwandkonten über Fr. 200'000 (in Tausend Fr.), jedoch ohne Erwähnung falls die Position innerhalb der Rechnung lediglich anders gruppiert wurde:

- 210 Besoldungen Primarschule +418
Umsetzung der kantonalen Vorgaben. Die Mehrkosten sind zu 15% durch den Kanton gedeckt (vgl. Personalstatistik B) Volksschulen)
- 228 Besoldungen Heilpädagogische Sonderschule +820
Umsetzung der kantonalen Vorgaben. Die Mehrkosten sind durch den Kanton gedeckt.
- 400 Beitrag an Spitex-Verein Olten -280
Sinkender Beitrag (Patientenbeteiligung Beschluss Regierungsrat).
- 500 Gemeindebeitrag an die EL -273
Gemäss kantonomer Vorgabe tiefer als im Vorjahr (Variante Pflegefinanzierung).
- 570 Pflegefinanzierung +2'662
Gemäss kantonomer Vorgabe (Kantonsratsbeschluss noch ausstehend)
- 582 gesetzliche Sozialhilfe +813
Gemäss kantonomer Vorgabe (steigender Beitrag Lastenausgleich)

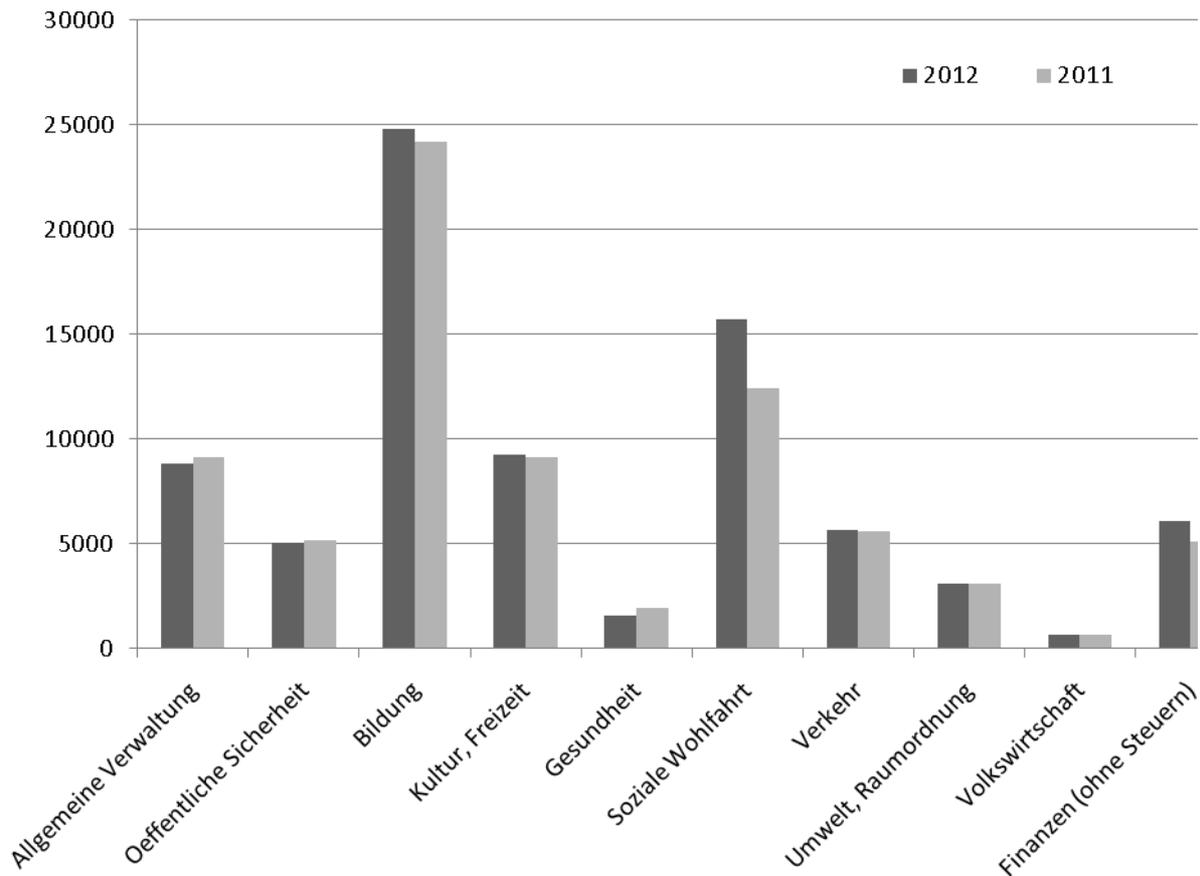
4.2. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Ertrag)

Abweichungen in einzelnen Ertragskonten über Fr. 200'000 (in 1'000 Fr.):

- | | |
|---|--------|
| • 201 Schulgelder von Gemeinden Sprachheilklassen
Berücksichtigung der effektiven Schülerzahlen | -288 |
| • 228 Schulgelder von Gemeinden Heilpädagogische Sonderschule
Berücksichtigung der effektiven Schülerzahlen | +390 |
| • 228 Kantonsbeitrag Heilpädagogische Sonderschule
Mehrkosten aufgrund der kantonalen Vorgaben werden durch den
Kanton übernommen. | +723 |
| • 900 Einkommen- und Vermögensteuern
Basierend auf dem Steuerabschluss 2009 und Jahresabschluss 2010
wurden die Steuern für 2012 geschätzt und dem Steuerfuss von 95%
angepasst. | -3'125 |
| • 900 Kapital- und Gewinnsteuern
Basierend auf dem Steuerabschluss 2009 und Jahresabschluss 2010
wurden die Steuern für 2012 geschätzt und dem Steuerfuss von 95%
angepasst. | +6'570 |
| • 994 Konzessionsgebühr EVO
Anpassung auf der Basis des Rechnungsabschlusses 2010 | +300 |

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



0 Allgemeine Verwaltung

Die Funktion der allgemeinen Verwaltung wird durch Mehrausgaben im Bereich der Exekutive (Dispositionscredit Gigathlon und Tour de Suisse) und durch die temporäre Stellenschaffung in der Bauverwaltung belastet. Durch Einsparungen und steigende Erträge in der Finanzverwaltung, der Abteilung Informatik und beim Gebäude Stadthaus werden diese Mehrkosten in der Funktion ‚Allgemeine Verwaltung‘ aufgefangen. Die Nettokosten sinken um rund Fr. 300'000.

1 Öffentliche Sicherheit

Mit der erstmaligen Budgetierung des Vollbestandes im Korps steigen die Personalkosten der Stadtpolizei. Durch Kompensationen, insbesondere im Sachaufwand, sinken jedoch die Nettokosten der öffentlichen Sicherheit um rund Fr. 81'000.

2 Bildung

In der Funktion Bildung fallen primär die weiterhin steigenden Bruttokosten auf. Diese sind mehrheitlich durch die Mehrausgaben bei der Primarschule und bei der Heilpädagogischen Sonderschule (HPSZ) zu begründen. Im gleichen Masse wie die Kosten der HPSZ steigen aber für diesen Bereich auch die Entschädigungen des Kantons. Die Kostensteigerungen im Bereich der Bildung von rund Fr. 512'500 sind durch die höheren Besoldungskosten vollständig erklärt.

3 Kultur und Freizeit

Die Kostensteigerung in dieser Funktion resultiert aus höheren Ausgaben bei den Beiträgen im Bereich der Kulturförderung, der Kostensteigerungen beim Schwimmbad (Fr. 43'000) sowie höheren Kosten in den Bereichen Anschaffungen und Unterhalt des Historischen Museums.

4 Gesundheit

Unter Berücksichtigung der Patientenbeteiligung bei den Spitexleistungen sinkt der Beitrag an den Spitex-Verein Olten um rund Fr. 365'000.

5 Soziale Wohlfahrt

Die Kostensteigerung in der Funktion der Sozialen Wohlfahrt (Fr. 3'297'700) kann durch folgende Veränderungen mehrheitlich erklärt werden:

- Kostensteigerung im Bereich des Lastenausgleich für die gesetzliche Sozialhilfe von Fr. 812'000.
- Erwartete Kostensteigerung im Bereich der Pflegefinanzierung in der Höhe von Fr. 2'661'700 verbunden mit einer Entlastung durch die Senkung des Gemeindebeitrags an die EL in der Höhe von rund Fr. 273'100.
- Die um Fr. 44'500 sinkenden Restkosten der Sozialregion Olten werden durch höhere Kosten bei der Sozialadministration des Kanton (Fr. 55'200) leider überkompensiert.

6 Verkehr

Keine Bemerkungen

7 Umwelt und Raumordnung

Keine Bemerkungen

8 Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen.

9 Finanzen ohne Steuern

Keine Bemerkungen

6. Begründungen zu den einzelnen Sacharten (Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Der Personalaufwand steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget um 3.8%. In diesem Betrag eingerechnet ist eine 0.5% Lohnanpassung für die Lehrkräfte (Beschluss Regierungsrat) und eine 0.7% Lohnanpassung für das Verwaltungs- und Betriebspersonal (separate Vorlage).

- Weitere Kostensteigerungen sind seitens der Verwaltung durch die generelle Lohnentwicklung, Stellenschaffungen durch das Parlament und Doppelbesetzungen aufgrund von krankheitsbedingten Langzeitausfällen erklärbar.
- Seitens der Lehrkräfte ist insbesondere die Stellenausweitung bei der Primarschule und Heilpädagogischen Sonderschule für steigende Kosten verantwortlich (vgl. Personalstatistik B) Volksschulen).

31 Sachaufwand

Der gemeindesteuer- und gebührenfinanzierte Sachaufwand liegt um 5% tiefer als im Budget 2011. Damit konnte die Sparvorgabe des Stadtrats vollständig umgesetzt werden. Die Kostenarten haben sich wie folgt entwickelt:

- | | |
|---|------|
| • 310 Büromaterial, Drucksachen, Inserate | -67 |
| • 311 Anschaffungen | -315 |
| • 312 Wasser, Energie, Heizmaterial | +43 |
| • 313 Verbrauchsmaterialien | -140 |
| • 314 baulicher Unterhalt | -109 |
| • 315 Unterhalt Mobilien, Maschinen | -88 |
| • 316 Miete, Benützungskosten | -50 |

• 317 Spesenentschädigung	+33
• 318 Dienstleistungen, Honorare	-106
• 319 übriger Sachaufwand	-2
<i>Total Senkung Sachaufwand</i>	<i>-801</i>

32 Passivzinsen

Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse konnten die Schulden rascher abgebaut werden. Der Finanzierungsfehlbetrag aufgrund der hohen Investitionen kann mehrheitlich durch vorhandene liquide Mittel gedeckt werden.

33 Abschreibungen

Mit der Abschreibungsart nach HRM2 werden die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalabschreibungen von 8 % des Verwaltungsvermögens übertroffen.

In der Sachart 33 sind weiter die Steuerabschreibungen und die Wertberichtigungen des Finanzvermögens enthalten. Weiter müssen zusätzliche Abschreibungen in der Höhe der Auflösung der Vorfinanzierungen von 13.7 Mio. Fr. gemacht werden.

35 Entschädigungen an Gemeinwesen 4'223

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

Betriebskostenanteil Kläranlage	1'594
Beitrag an Steueramt SO für Steuerveranlagung	1'100
Schulgelder für die Sonderschule inkl. HPS	612
Standortbeitrag für die Fachhochschule	360

36 Eigene Beiträge 27'563

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

- davon an Kanton, unter anderem		11'082
Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistungen	3'658	
Finanzausgleich	2'734	
Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr	2'104	
Schulgelder an Kanton (Mittelschulgesetz)	1'320	
Alimentenbevorschussung	326	
Beitrag gemäss Suchthilfegesetz	292	
- davon an Gemeinden, unter anderem		10'470
Beitrag an Sozialregion	5'152	
Pflegefiananzierung, Pflegekosten	2'662	
Restkosten Sozialregion	1'458	
Beitrag an Sozialadministration	1'013	
- davon an gemeinwirtschaftliche Unternehmen, u.a.		2'035
Sportpark Olten AG für Eissportbetrieb	750	
Stadttheater Olten AG, netto	647	
Beiträge für Kinder in Heimen	456	
- davon an private Institutionen, unter anderem		3'687
Kinderkrippen	980	
Spitex-Verein Olten	800	
Dispositionscredit SR, ordentlich	335	
Verein Olten Tourismus	282	
Verein offene Kinderarbeit (Robi-Spielplatz)	232	

38 Einlagen in Spezialfinanzierungen

Keine Bemerkungen

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung wird einerseits das Steuerjahr 2009 mit einem recht hohen Veranlagungsstand als Basis angenommen und andererseits auf die Angaben der kantonalen Steuerverwaltung sowie auf die Prognosen zum Wirtschaftswachstum abgestützt. Die budgetierten Steuereinnahmen liegen insgesamt 3.4 Mio. Fr. über dem Budget 2011.

Festlegung der Steuerfüsse

§ 144 Gemeindegesetz besagt folgendes:

¹ Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen.

² Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag **mittelfristig** den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen finanziert.

Die Festlegung der Steuerfüsse ist somit abhängig von den **mittelfristigen** Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres.

Der Stadtrat beantragt basierend auf den Resultaten des Finanzplans 2012 – 2018 den Steuerfuss für natürliche und juristische Personen auf 95% des Staatssteuerbetrages festzulegen.

41 Konzessionen

Keine Bemerkungen.

42 Vermögenserträge

Aufgrund des anhaltend tiefen Zinsniveaus liegen die erwarteten Vermögenserträge 2012 mehrheitlich auf der Höhe der Rechnung 2010. Die gesteigerten Vermögenserträge stammen aus der Konzessionsabgabe der sbo.

43 Entgelte

Keine Bemerkungen.

45 Rückerstattungen von Gemeinwesen

Im Vergleich zum Vorjahr fallen die budgetierten Schulgelder von anderen Gemeinden etwas höher aus.

46 Beiträge für eigene Rechnung

Die höheren Kosten bei der Heilpädagogischen Sonderschule führen zu höheren Abgeltungen des Kantons. Für das Budgetresultat der Stadt Olten sind diese Positionen jedoch nicht erfolgswirksam.

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

141 Feuerwehr

Bei einem Aufwand von rund 1.61 Mio. Fr. und einem Ertrag von rund 1.16 Mio. Fr. schliesst das Budget 2012 mit einem Nettoaufwand von Fr. 447'400 ab. Dieser Betrag liegt leicht tiefer als im Vorjahrbudget und wird mit allgemeinen Steuermitteln finanziert.

201 und 228 Sonderschulbereich (Sprachheilklassen/Heilpädagogische Sonderschule)

Der Ausgleich der Betriebsrechnungen erfolgt mit einem Staatsbeitrag gemäss Volksschulgesetz.

711 Abwasserentsorgung

Im Bereich Abwasserentsorgung sind bei voller Selbstfinanzierung und einem Umsatz von 4.5 Millionen Franken Abschreibungen von insgesamt 1.8 Mio. Fr. vorgesehen. Die Wiederbeschaffungswerte für die gemeindeeigenen Kanalisationen und Spezialbauwerke wurden vom Amt für Umwelt Kanton Solothurn auf 86,1 Millionen Franken berechnet. Der abzuschreibende Restbuchwert beträgt demgegenüber rund 6.5 Millionen Franken.

721 Abfallbeseitigung

Der Voranschlag rechnet mit einem Betriebsdefizit und einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung von Fr. 43'500.

783 Konfiskatsammelstelle

Der Voranschlag rechnet mit einem Überschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 1'700.

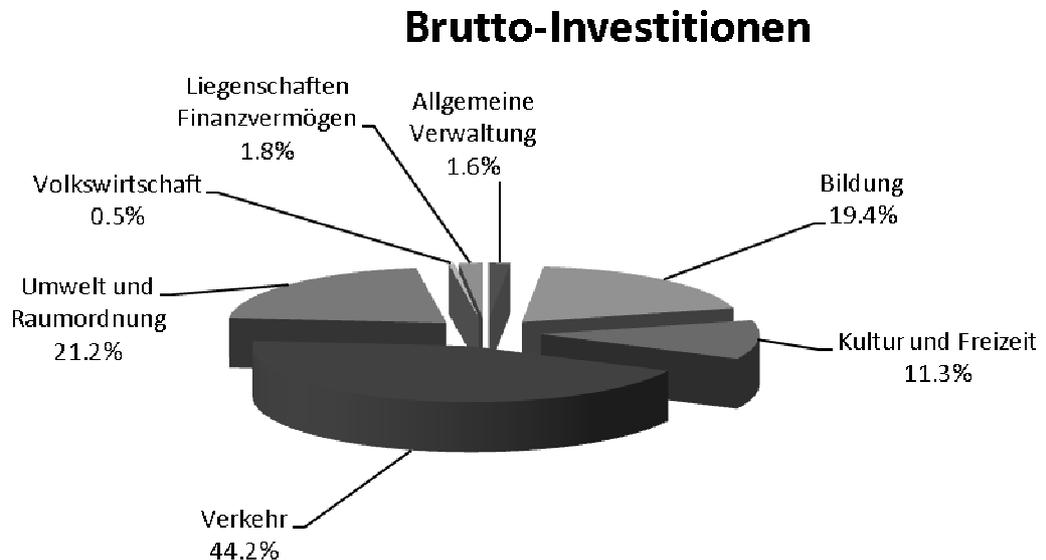
8. Investitionsbudget

Das Gemeindeparlament nahm im September 2011 Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2012 – 2018. Das vorliegende Investitionsbudget 2012 stellt eine Weiterbearbeitung dieser Planungsgrundlage dar. Die Notwendigkeit der Investitionen bzw. der Kreditbedarf ist im Anhang zur Investitionsrechnung pro Objekt begründet.

Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt im Hoch- und Tiefbau sind folgende Projekte mit Investitionstranchen im Jahr 2012 von über Fr. 600'000 im Voranschlag enthalten:

- Bahnhof Ost Unterführungen 3.500 Mio. Fr.
- Verkehrsprojekt Entlastung Region Olten (ERO) 3.180 Mio. Fr.
(inkl. Flankierende Massnahmen)
- Säli: San. Fassade, Ausführung Trakt III 3.050 Mio. Fr.
- Eissportanlage, Investitionsbeitrag 2.700 Mio. Fr.
- Bahnhof Ost Veloparkierung 2.200 Mio. Fr.
- Säli: Neue Heizung und Lüftung 1.700 Mio. Fr.
- Brücke Damm OSW 1.600 Mio. Fr.
- Parkleitsystem 1.500 Mio. Fr.
- Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule Olten 1.500 Mio. Fr.
- Kirchgasse Innenstadt 1.250 Mio. Fr.
- Säli: Asbestsanierung Trakt I und III 1.210 Mio. Fr.
- Erschliessung Olten Südwest 1. Etappe 1.000 Mio. Fr.
- Bahnhof Ost Strassenraum 0.800 Mio. Fr.
- Fussgänger- /Veloverbindung Hammerallee OSW 0.800 Mio. Fr.
- Gösgerallee, 4. – 6. Etappe 0.770 Mio. Fr.

Die Bruttoinvestitionen teilen sich auf folgende Aufgabenbereiche auf:



Die Investitionen für den Werterhalt können vollständig aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden und die restlichen Projekte durch vorhandenes Eigenkapital gedeckt werden. Das Nettovermögen sinkt dadurch auf Basis der Rechnung 2010 und Budget 2012 auf rund Fr. 830 pro Kopf (Rechnung 2010 = Fr.2'240).

9. Interpretation und Anmerkungen zu relevanten Kennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad

allgemein	
unter 70 %	grosse Neuverschuldung
70 – 100 %	verantwortbare Neuverschuldung

Der Selbstfinanzierungsgrad eines Jahres ist nur bedingt aussagefähig, da er vom Investitionsvolumen stark abhängig ist und deshalb von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen unterworfen sein kann. Die Beurteilung über eine längere Planperiode hat die grössere Aussagekraft. Zudem muss die Nutzungsdauer einer grösseren Investition in die Finanzüberlegungen miteinbezogen werden (Nachhaltigkeit der Investition).

Der gegenüber dem Vorjahresbudget markant verbesserte Selbstfinanzierungsgrad von 66.8% genügt als Einzelwert nicht. Der Blick auf die Investitionskategorien zeigt aber, dass die werterhaltenden Investitionen zu 100% selbstfinanziert sind.

Nettoschuld pro Einwohner

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

bis 1'000 Fr.	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500 Fr.	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000 Fr.	hohe Verschuldung
> 5'000 Fr.	sehr hohe Verschuldung

Aufgrund der aktuellen Finanzkraft und den festgelegten Finanzziele mussten bereits im Rahmen des Finanzplans Prioritäten gesetzt werden.

Der im Finanzplan 2012 – 2018 aufgezeigte Abbau des Nettovermögens bis zu einer Nettoschuld von Fr. 2'068 pro Einwohner per Ende der Planperiode zeigt die Notwendigkeit einer langfristig ausgelegten, nachhaltigen Finanzplanung.

10. Zusammenfassung

Der Voranschlag 2012 wurde basierend auf den Budgetvorgaben und dem Finanzleitbild erstellt. Die Vorgabe einer Steuersenkung auf 95% wurde auf der Basis eines realistischen Szenarios unter Einbezug aller verfügbaren Informationen im Laufe des Planungsprozesses überprüft und beibehalten.

Die hohe Investitionstätigkeit in der Planperiode des Finanzplans zeigt mit ihren Auswirkungen auf den Selbstfinanzierungsgrad und damit auf die Verschuldung mit aller Deutlichkeit die finanziellen Grenzen für den Haushalt der Stadt Olten und die damit verbundene Notwendigkeit der massvollen Prioritätensetzung,

Mögliche Veränderungen in der Wirtschaftslage und bei den Steuereinnahmen verlangen eine periodische und kritische Überprüfung der mittelfristigen Planung.

Nach Abschluss der Grossprojekte ist die Investitionstätigkeit auf ein langfristig finanzierbares Niveau zu bringen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Voranschlag 2012 der Laufenden Rechnung mit einem Mehrertrag von Fr. 162'300 wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 35'467'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird auf 95% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird auf 95% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 658'000 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstab Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 38'700 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 30'526'300 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

EINTRETEN

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Lukas Derendinger: Zuerst möchte ich mich im Namen der GPK noch einmal bei allen Verantwortlichen für das technisch sehr gut erstellte und auch sehr klar präsentierte Budget bedanken. Wenn es in der Investitionsrechnung vielleicht auch ein paar Unsauberkeiten gab, so verstehen doch auch wir als Nichtfinanzfachmann respektive –fachfrau dank dieser ausführlichen Erklärungen, wie sich die Stadt Olten im kommenden Jahr finanziell präsentieren wird. Aber natürlich hat es in der GPK weniger Diskussionen zu den technischen Ausführungen gegeben, sondern vielmehr zu den verschiedenen politischen Entscheiden, die in diesem Budget abgebildet sind. Dazu gehören selbstverständlich die geplante Steuersenkung, aber auch die fünfprozentige Kürzung beim Sachaufwand haben Diskussionen gegeben, die Lohnanpassungen für das städtische Personal, die nicht

ausgelöst oder auch ausgelöst Investitionen und auch die verschiedenen, vor allem extern bedingten Kostensteigerungen. Ich spreche hier in erster Linie von der Pflegefinanzierung. All diese Punkte sind zum Teil kontrovers diskutiert worden, aber erst nachdem es einen klaren Entscheid für Eintreten gegeben hatte. In der laufenden Rechnung gaben einige „kleinere“ Sachen zu reden wie zum Beispiel die geplanten Sportanlässe, der Gigathlon, die Tour de Suisse und das Beachvolleyball. Dabei konnte uns der Stadtrat auch versichern, dass dies eine eher einmalige Kumulation von so vielen derart grossen Anlässen sein wird. Ein anderes sportliches Geschäft ist diskutiert worden: Der Aufwand der Stadtpolizei bei den Sportveranstaltungen, insbesondere natürlich die Eishockeyspiele. Weiter haben wir auch gelernt, dass ein Hochschubwagen eine Art Gabelstapler und eine Gebäudezentrale – ich spreche hier von Telefonanschlüssen – in Zukunft auch an die Hauszentrale des Stadthauses angeschlossen werden kann. Man lernt immer wieder Neues. Bei der Investitionsrechnung hat es zwei Diskussionen gegeben, eine eher kürzere und eine etwas längere. Bei der ersten ist es um einen Antrag gegangen, der die Sanierung des Pausenplatzes Säli doch schon 2012 auslösen soll. Dieser Antrag wurde ziemlich klar abgelehnt, wird aber heute Abend noch einmal diskutiert. Eine eher längere Diskussion, die wir zum Teil auch schon in den Zeitungen präsentiert erhielten, ist der Antrag auf die Streichung der 1,25 Millionen Franken für die Sanierung der Kirchgasse, der sehr knapp angenommen wurde. Die Mehrheit hat insbesondere die Arbeit der Resonanzgruppe und hier im Speziellen ihre eigenen als zu klein wahr genommenen Entscheidungsmöglichkeiten kritisiert. Auch das Mediencommuniqué der Stadt wurde als nicht sehr sachdienlich betrachtet. Es wurde deshalb von dieser Mehrheit klar betont, dass man nicht gegen eine Sanierung der Kirchgasse ist, sondern mit diesem Antrag eine Art Zeichen setzen möchte, dass man in der Innenstadt sicher keine Parkplätze aufheben soll. Die einzige wirkliche Debatte zum Bericht und Antrag des Stadtrates war dann zum Schluss die Frage nach dem richtigen Steuersatz für die Zukunft Olten. Während eine Mehrheit den Antrag des Stadtrates unterstützt und damit argumentiert, dass die Stadt Olten in den letzten Jahren jeweils dank guter Abschlüsse insbesondere einiger juristischer Personen viel mehr eingenommen hat als sie gebraucht hat und der Bevölkerung jetzt etwas von diesem Überschuss zurück geben möchte. Die Minderheit hat hingegen argumentiert, dass sich eine Steuersenkung mit der verschlechterten Wirtschaftslage in Europa global und auch nach wie vor hohen Rückständen bei den städtischen Investitionen eigentlich nicht abzeichnen müsste. Der Antrag, die Steuern für natürliche Personen auf 100 % zu belassen, ist dann mit 3 : 6 Stimmen abgelehnt worden. Damit war die eigentlich eher kurze Diskussion zu den Steuern auch beendet. Man hat gemerkt, dass die Meinungen bereits gemacht sind, und der stadträtliche Beschlussesantrag wurde mit 7 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Vorweg besten Dank dem Vizepräsidenten der GPK für die umfassende Orientierung. Ich glaube, er hat genau diejenigen Punkte getroffen, die auch diskutiert wurden. Der Finanzbereich ist in den letzten Jahren ein sehr schnelllebiger Teil der städtischen Existenz, fast gleich schnelllebig wie die stetig vorwärts strebende technische Entwicklung. Was will ich jetzt damit zum Budget 2012 sagen? Es ist nicht einfach ein Zusammenzählen von Zahlen, die so im Raum stehen und wo die Finanzdirektion dann irgendein Werk daraus macht. Die Erarbeitung des städtischen Budgets ist ein Gemeinschaftswerk. Wenn wir das Budget heute „absegnen“, fängt morgen praktisch die Arbeit für das Budget 2013 an. Für diese Arbeit erlassen wir die dafür notwendigen Richtlinien. Sie sind übrigens im hinteren Teil in der Beilage zum Budget abgebildet. Man ist im Bild, wenn man gelesen hat, wie die Budgetrichtlinien aussehen. Die Weisung ist klar. Es gibt keine Fortschreibung der Vergangenheitswerte. Alles läuft unter dem System des Zero-Base-Budgetings. Man überprüft alles auf Notwendigkeit. Das sind möglicherweise für die Ohren des Parlaments fast etwas Banalitäten. Ich wiederhole sie eigentlich nicht völlig aus dem Bauch heraus oder einfach, weil ich dies jetzt wiederholen will, da die Leute zuhören, sondern es ist einfach immer wieder zu sagen, dass dadurch das Gemeindeparlament, der Stadtrat und die gesamte Verwaltung dies auch anwenden müssen. Für die Abfassung dieser Budgetrichtlinien – das hat der Stadtrat im April dieses Jahres gemacht – waren mehrere Parameter massgebend. Erstens die Abschlüsse der Rechnungen aus den Vorjah-

ren und des laufenden Jahres, die Beurteilung der Lage für Olten nach den Konjunkturaussichten und Prognosen einmal mehr wissend, dass dies sehr verschiedenartige Aussagen sind, je nach Institut, das sie macht, Angaben von kantonalen Stellen, die natürlich immer zur richtigen Zeit kommen sollten. Das ist nicht immer der Fall. Das beste Beispiel ist die von Lukas Derendinger bereits angesprochene Pflegefinanzierung. Das ist ja erst vor ein paar Tagen passiert. Diese Parameter sind nicht ganz einfach, wenn man sie nicht hat. Dann aber ganz wichtige intensive Gespräche mit den wichtigsten Partnerinnen und Partnern auf der sogenannten Einnahmenseite, sprich Steuern. Im Zusammenhang mit dem Budget 2012 haben wir damals zur Ausgabenseite gesagt, der Sachaufwand sei zu hoch. In den Budgetrichtlinien haben wir dies aufgenommen, namentlich dass das gesamte städtische Ausgabenpotenzial überprüft wird, und der Sachaufwand minus 5 % im Vergleich zum Budget 2011 betragen soll. Dies war eine Vorgabe. Sie wurde natürlich noch ganz klar durch einen Brief dreier Fraktionen aus dem Parlament sehr erhärtet und untermauert. Dies wurde dem Stadtrat als finanzpolitisches Ziel mitgegeben. Fazit: Ziel erreicht, obwohl auch für die Stadt Olten der beeinflussbare Gesamtaufwand nicht über 20 % des Gesamtvolumens liegt. Das ist einfach wieder einmal zu sagen. Ich habe schon bei der Behandlung des Finanzplanes in diesem Saal gesagt, und das Parlament hat übrigens nicht widersprochen, dass das Investitionsvolumen in den letzten Jahren sehr hoch war und im Jahre 2012 und in den folgenden Jahren sehr hoch sein wird. Ein Normalmass für unsere Stadt mit sogenannten normalen Verhältnissen auf der Einnahmenseite und ohne in eine Verschuldung zu führen, sind rund 15 Millionen Franken. Der Finanzplan hat diese Verhältnisse ungefähr in fünf oder sechs Jahren. Die Stadt Olten hat einen Nachholbedarf, und Olten hat gute Einnahmen. Deshalb können wir auch für das Jahr 2012 die vorliegenden Investitionen verantworten. Olten hat sehr gute Verhältnisse im Bereich Steuereinnahmen. Das ist so und löst auch immer wieder, und das sage ich jetzt etwas vornehm ausgedrückt, Bemerkungen von ganz verschiedenen Partnern aus. Anwesende Kolleginnen und Kollegen aus dem Kantonsrat wissen, was ich meine. Die Steuerkraft pro Kopf ist in Olten hoch, ganz im Gegensatz zu derjenigen von zum Beispiel umliegenden Kommunen. Aber solche Worthülsen wie Solidarität für finanzschwache Gemeinden usw. werden einfach so in den Raum gestellt, genau wissend, dass die finanzstarke Stadt Olten den mit Abstand höchsten Beitrag an den direkten kantonalen Finanzausgleich zahlt. Das vergisst man immer etwas. Ein wenig provokativ, aber wahr: Wenn es der Stadt Olten gut geht, geht es vielen anderen und dem Kanton besser oder auch gut. Es war aber auch für Olten ein sehr starker Eingriff in den Budgetprozess und die gesamte Planung, als wir dies mit der Pflegefinanzierung gehört haben. Das zuständige Amt hat zu spät mitgeteilt, dass pro Kopf der Einwohnerschaft von Olten ein zusätzlicher Betrag von Fr. 155.— in das Gemeindebudget aufgenommen werden muss. Das tut weh, auch der Stadt Olten, damit dies auch einmal klar gesagt ist. Der Kantonsrat hat dies letzte Woche mit überwältigender Mehrheit – das ist auch ein vernünftiger Entscheid – korrigiert. Das verbessert auch das Budget der Stadt Olten, aber nicht um die Hälfte von 2,67 Millionen Franken, sondern konkret um Fr. 560'000.—. Das ist heute auch vom zuständigen Amt an alle Gemeinden versandt worden. Ihr seht, wie Kommunen hier manchmal flexibel reagieren können müssen. Ich komme auf die angesprochenen Steuereinnahmen bzw. die Steuerbelastung zurück. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Steueraufkommen der juristischen Personen der Stadt Olten 55 % des Gesamtaufkommens ausmacht. Das ist beeindruckend, lässt erfolgreich arbeiten, birgt aber auch ein gewisses Risikopotenzial. Der Stadtrat hat in seinen Richtlinien zur Legislatur, also Amtsperiode, festgehalten, dass der Steuerfuss für juristische und natürliche Personen identisch sein soll. Damit habe ich dies auch wieder einmal öffentlich gesagt. Es ist kein Gesetz, das dies verlangt, sondern eine Aussage, Feststellung und ein Wille des Stadtrates in seinen Richtlinien. Der Stadtrat hat schon im April in den Budgetrichtlinien dieses Jahres bekannt gegeben, dass das Budget mit einem Steuerfuss von 95 % aufgebaut wird. Das haben wir nicht mit dem berühmten nassen, in den Wind gehaltenen Finger gemacht, und dann schauen, woher es bläst, sondern aufgrund vorliegender Veranlagungen und intensiver Gespräche mit dem Kanton, vor allem aber auch mit unseren sehr geschätzten Steuern zahlenden juristischen Personen und haben natürlich auch das Steueraufkommen der natürlichen Personen berücksichtigt. Für die Berechnung des Steueraufkommens berück-

sichtigen wir, damit etwas klar ist, wie es geht, den Steuerertrag 2010 und das Budget 2011 in diesem Bereich. Daraus gibt es eine Art gewichteter Ertrag. Davon 95 %. Das tönt relativ einfach, und die zugegebenermassen schwierige Situation der grossen Steuerzahlerin von Stadt und Kanton hat uns dabei nicht total überrascht. Das mag eine spezielle Aussage sein. Es ist die Wahrheit. Olten muss grundsätzlich immer gewappnet sein, um auf solche Situationen reagieren zu können. Ein Steueraufkommen mit dieser Dimension hat auch Risiken. Diese muss man irgendwie einplanen oder berücksichtigen können. Zur Situation aktuell nur so viel: Wir bestimmen heute über das Budget 2012, und die schlechte Situation dieser Unternehmung trifft für das aktuelle Jahr 2011 zu. Wir dürfen davon ausgehen, dass sich 2012 schon etwas bessert und sich in den folgenden Jahren wieder Verbesserungen bis zur sogenannten Normalität ergeben. Alles andere, was sonst erzählt wird, ist mehr als nur Spekulation. Deshalb war auch meine klare Antwort auf eine Frage aus den Medien „Musste aufgrund dieser Situation das Budget geändert werden?“ Nein. Aus dem vorliegenden Bericht und Antrag seht Ihr die für uns und Euch wichtigsten Angaben. Interessant sind – ich erwähne jedes Jahr ein anderes Beispiel, und für mich ist es in diesem Jahr etwas, das ins Auge sticht - die Beiträge an Dritte. Dort steht, dass wir 27,5 Millionen Franken, die detailliert beschrieben sind, an Dritte ausgeben. Man muss sich einmal zu Gemüte führen, was dies eigentlich heisst. Die konkreten folgenden Bedingungen, die Situation Bund, Kanton, Gemeinden haben uns jetzt im Budget 2012 in den letzten Wochen aber sehr stark gefordert. Mit einem Wort könnte man dies die berühmte Kostenablastung nennen, nämlich der Transfer von oben nach unten (zweifellos die Wirtschaftslage). Ich gebe zu, dass uns auch das Kämmen der Ausgabenseite im Bereich Sachaufwand beschäftigt hat. So das hohe Investitionsvolumen und natürlich die Berücksichtigung des Ganzen unter einem tieferen Steuerfuss als aktuell. Das hat automatisch zu einer vorsichtigen Budgetierung geführt. Wir hier vorne sagen als Fazit, dass dies gelungen ist. Das vorliegende Budget spricht dafür, und das hat nichts mit dem übertriebenen Selbstbewusstsein des Stadtrates oder von mir persönlich zu tun. Das Vorliegende ist Realität. Der Stadtrat führt, macht zusammen mit der Verwaltung den Budgetprozess und übernimmt mit der Budgetierung immer auch eine grosse Verantwortung, gerade auch in diesem Jahr für 2012 mit dem vorliegenden Ergebnis. Er muss die finanziellen Mittel für Erhalt und Entwicklung der Stadt planen, damit sie auch zur Verfügung stehen für das, was Ihr und wir alle wollen. Das ist Aufgabe des Stadtrates. Das Parlament leistet zur Verfügbarkeit dieser finanziellen Mittel einen enorm wichtigen Beitrag. Es bewilligt ja auch die Projekte, für die diese Mittel benötigt werden. Sie beruhen zu einem grossen Teil auf Beschlüssen, die im Parlament entstanden sind oder gefasst wurden. Das Parlament übernimmt also eine ganz wichtige Verantwortung für den Finanzhaushalt unserer Stadt. Das machen wir ja seit Jahren in einem meiner Meinung nach sehr guten Einvernehmen. Unser Oltnen System, und da sind wir auch wirklich gut beraten, lässt periodische und kritische Überprüfungen des gesamten Finanzhaushaltes zu. Was heisst das, oder was möchte ich sagen? Wir machen eine jährlich rollende Finanzplanung. Diese muss und kann sich ändern, wenn die Situation dies erfordert. Die Stadt Olten ist bekannt, und ich wiederhole diesen Satz gerne immer wieder, für eine nachhaltige und durchdachte Finanzpolitik. Deshalb ist sie auch eine verlässliche Partnerin für alle, gerade im Bereich Finanzen. Ich muss Ihnen sagen, dass wir, der Finanzverwalter und ich im Besonderen, wenn wir Gespräche mit der Wirtschaft und mit dem Kanton führen, heisst es: Hier weiss man, was man hat. In diesem Sinne bitte ich Euch, das vorliegende, vom Stadtrat einstimmig verabschiedete Budget 2012 zu genehmigen und den Beschlussesanträgen zuzustimmen.

Antonia Hagmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Für die Unterlagen zum Voranschlag 2012 und die Ausführungen danken wir Herrn Sieber und seinem Team herzlich. Wir können wie gewohnt einen übersichtlichen und aufschlussreichen Bericht in den Händen halten. Wiederum darf davon ausgegangen werden, dass auch im Jahr 2012 mit einem kleinen Überschuss gerechnet werden kann. Dies, obwohl die Wirtschaftsprognosen nicht viel Positives verheissen. Das ist für uns ein etwas ungewohntes Bild, weil wir ja in den letzten Jahren immer sehr optimistisch in die Budgetdebatten gingen. Trotz dieser Vorzeichen und hohen Investitionskosten kann der Stadtrat eine Steuersenkung beantragen, welche die bürgerlichen Parteien im Frühling gefordert haben. Wir sind überzeugt, dass der Voranschlag

mit den angenommenen Einnahmen und Ausgaben realistisch ist, denn es ist eine Umfeldanalyse gemacht worden, und die Erfahrung zeigt, dass in Olten stets konservativ budgetiert wurde. Auch ist uns in der Fraktion von Herrn Sieber bestätigt worden, dass die leider negativen Meldungen unseres besten Steuerzahlers im Voranschlag genügend berücksichtigt worden sind. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Steuersenkung zum heutigen Zeitpunkt verantwortbar ist. Wir sind der Ansicht, dass in wirtschaftlich schlechteren Zeiten eine Steuersenkung, welche wohlbemerkt unser Budget nicht negativ belastet, ein positives Zeichen an unsere Wohnbevölkerung und Firmen aussendet. Es ist nicht Aufgabe einer Gemeinde, Jahr für Jahr einen möglichst grossen Gewinn zu erzielen. Unsere Ausgangslage ist immer noch gut, unsere Reserven sind beachtlich, und die vorgesehenen Investitionen können finanziert werden. Ich sehe in der Steuersenkung auch ein Dankeschön an unsere Einwohner und Steuerzahler. Durch die Oltner Stimmbevölkerung und natürlich auch dank der guten Finanzen spüre ich in Olten nun endlich eine gewisse Aufbruchstimmung und Mut für Neues. Nachdem die Sanierung der Eisbahn schon gut geheissen wurde, die Umgestaltung des Bahnhofes Ost realisiert werden kann, können wir nun auch ANDAARE verwirklichen. Das ist doch wirklich ein Meilenstein für Olten. Die Direktion Bau ist hier sehr gefordert. Gefordert sind aber sicher auch die Direktionen Bildung und Soziale Wohlfahrt. Bei diesen beiden Direktionen steigen die Kosten Jahr für Jahr. Bei der Bildung ist natürlich immer noch die Sek-I-Reform massgebend daran beteiligt. Das ist uns allen sehr bewusst, und doch können wir teilweise noch nicht ganz alles nachvollziehen und Vergleichszahlen fehlen halt noch. Wir müssen jetzt einfach glauben, was hier steht und budgetiert wird. Weshalb die Kosten bei der sozialen Wohlfahrt so massiv ansteigen, wissen wir auch. Das hat vorher auch Ernst Zingg ausführlich dargelegt. Aber wir haben uns schon gefragt, wie weit dies generell für die Gemeinden, nicht nur für Olten, noch gehen kann und wo hier die Schmerzgrenze ist. Beim Bestand des städtischen Personals ist das Soll erreicht, und die anstehenden Aufgaben sollten so erfüllt werden können. Dieser Meinung war im letzten Jahr eigentlich das ganze Parlament. Nur scheint sich der Stadtrat dieser Tatsache noch nicht ganz bewusst zu sein. Unsere Fraktion hat aber schon öfters betont, dass es bei begründeten Stellenbegehren unangebracht und auch unseriös ist, immer über diese Kompensation diskutieren zu müssen. Der Stadtrat sollte unsere Forderungen jetzt ernst nehmen und genügend sensibilisiert sein, um uns aufzuzeigen, wo kompensiert werden kann. Für einmal, und das hat uns Ernst Zingg vorher auch ausgeführt, waren die budgetierten Verwaltungskosten kein Anlass zu Diskussionen in unserer Fraktion. Was wir schon lange gefordert hatten, ist nun realisiert, und der Sachaufwand liegt unter dem geplanten Budgetwert 2011. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird einstimmig eintreten und dem stadträtlichen Beschlussesantrag zustimmen. Den GPK-Antrag auf Streichung des Kredites Innenstadt lehnen wir ab. Zu diesem Geschäft wird noch eine separate Vorlage ins Parlament kommen. Dann werden wir genügend Stellung dazu nehmen sowie auch Streichungen und Korrekturen anbringen können. Für mich sieht diese Streichung momentan wie eine Abstrafung gegenüber der Resonanzgruppe aus, weil man bei gewissen Punkten ganz anderer Ansicht ist. Wir finden aber, dass während der Projektphase der falsche Zeitpunkt ist. Es soll doch jetzt um die Gestaltung der Innenstadt gestritten werden, damit dann eine mehrheitsfähige Lösung entstehen kann.

Theo Schöni, Fraktion Grüne: Unsere Fraktion hat sich auch eingehend mit Voranschlag, laufender Rechnung und Investitionen für das nächste Jahr auseinander gesetzt. Auch unser Dank geht an die Finanzdirektion und ganz im Speziellen an Herrn Sieber, den wir an der Fraktionssitzung befragen konnten. Er konnte uns detaillierte Erläuterungen abgeben. Kennzeichnend und ausschlaggebend sind die paar Punkte, nämlich die Einflussfaktoren, die das Budget 2012 prägen. Auf sie möchte ich kurz eintreten. Zu einzelnen, wenigen Positionen werden wir uns dann noch in der Detailberatung äussern. Wie bereits mit der Kenntnisnahme des Finanzplanes 2012 -2018 sind uns die längerfristigen Auswirkungen, insbesondere unter den Voraussetzungen eines tieferen Steuersatzes, klar erläutert worden. Wir können von einer ausgezeichneten Ausgangslage profitieren, dies auch bei einem entsprechend hohen Investitionsvolumen – auch für das nächste Jahr und die Folgejahre. Es wird uns zwar plausibel dargestellt, dass sich die Stadt Olten eine ambitionierte Finanzpolitik

leisten kann, auch wenn das Nettovermögen pro Einwohner leicht sinkt. Positiv ist aber dennoch zu werten, dass der Selbstfinanzierungsgrad gegenüber dem letzten Jahr bereits wieder angestiegen ist. Wir werden allerdings erst abschliessend mit dem Rechnungsabschluss im nächsten Jahr feststellen können, ob dem so ist. Die fetten Jahre sind für uns definitiv vorbei, dies umso mehr wegen der Ergebnisse, die jetzt auch vom besten Steuerzahler, der Alpiq, noch tiefer ausfallen könnten, was wir natürlich auch nicht hoffen. Mindestens kann dazu festgestellt werden, dass dies wahrscheinlich nicht primär mit dem Ausstieg aus der Atomenergie etwas zu tun hat, sondern schlichtweg darauf zurück zu führen ist, dass das Strombusiness angesichts der vorhandenen Überkapazitäten nicht mehr die gleichen Gewinne wie in den Vorjahren schreiben kann. Markant am Budget ist einerseits der hohe Investitionsbedarf, aber eben auch die Ausgaben zur Aufrechterhaltung der sozialen Wohlfahrt und der Bildung. Vom Investitionsbedarf erwarten wir natürlich, dass die ehrgeizigen Vorhaben, wenn man bedenkt, wie viel der Baudirektion an Arbeit angelastet wird, auch richtig und termingerecht umgesetzt werden können, wo wir nicht wieder irgend welche Investitionen fortschreiben müssen, die wir eigentlich schon zur Genüge kennen. Trotz des leicht positiven Ergebnisses unter dem Strich sind wir bei der Festsetzung des Steuerfusses mit diesen 5 % nicht einverstanden. Wir halten es für absolut unzulässig, eine weitere allgemeine Senkung auf 95 % zu unterstützen. Diese Senkung können wir uns angesichts dieser vorher erwähnten Investitionspolitik, welche die Stadt verfolgt, nicht leisten. Als Folge eines möglichen Einbruches auf der Ertragsseite würde es unweigerlich dazu führen, dass nicht der Steuersatz, sondern die Investitionen radikal zusammen gestrichen würden. Einen ersten Schimmer, was dies bedeuten könnte, konnten wir bereits im Zusammenhang mit der Investition für die Innenstadt in Erfahrung bringen, was dies bedeuten könnte. Es wird natürlich hier in dem Sinne ausgewichen, dass gesagt wird, es gehe um andere Hintergründe. Die Grünen sind aber durchaus auch für eine moderate Steuersenkung und tragen diese auch mit. Wir beantragen für natürliche wie juristische Personen eine Reduktion um 2 % auf 98 %. Das ist aber nicht alles. Wir sind durchaus dafür und halten es für angezeigt, dass unsere Steuerzahler eine zusätzliche Erleichterung erhalten sollen, indem, wie es ganz am Anfang gesagt wurde, mit der Motion, die wir heute eingereicht haben, ein Energiefonds für die Stadt geschaffen wird, nicht nur, um ein finanzpolitisches Signal zu setzen, sondern wir wollen damit auch einen Anreiz und ein Instrument für einen substanziellen Beitrag für die Umsetzung der Energiestrategie den Bewohnerinnen und Bewohnern, aber auch für die Industrie und das Gewerbe der Stadt Olten bereit stellen. In diesem Sinne werden wir, mit Ausnahme der festgelegten Steuersenkung des Stadtrates, auf den Voranschlag 2012 eintreten und ihm zustimmen. Noch einmal: Wir beantragen, den Steuerfuss für natürliche und juristische Personen auf 98 % zu setzen und die Anträge im Beschlussesantrag 4 und 5 entsprechend anzupassen.

Gert Winter, SVP-Fraktion: Die Rechnung 2011 der Stadt Olten wird erstmals seit Jahren mit einem Defizit abschliessen, weil der Energiekonzern Alpiq noch in diesem Jahr Wertberichtigungen und Rückstellungen von 1,7 Milliarden Franken zu Lasten des Jahresergebnisses 2011 vornehmen wird. Dabei legt er allerdings bereits wieder die Grundlage für wiederum gute, aber nicht mehr ganz so glanzvolle Abschlüsse wie in der Vergangenheit. Wichtig für die Fraktion der SVP war in diesem Zusammenhang, dass die städtischen Behörden über die wirtschaftlichen Entwicklungen bei diesem, aber auch anderen wichtigen Steuerzahlern schon vorweg informiert waren und ihre Erkenntnisse aus den Gesprächen mit den Firmenleitungen in den Vorschlag 2012 einfließen lassen konnten. In Anbetracht dieser Ausgangslage erscheint uns der Mehrertrag von Fr. 162'300.— im Voranschlag 2012 in einem durchaus positiven Licht. Wir unterstützen dementsprechend die beantragte Senkung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen auf 95 %, weil wir von der Nachhaltigkeit dieser Senkung ausgehen. Ein „Hüst und Hott“ mit Steuersenkungen und –erhöhungen in enger zeitlicher Folge könnten wir demgegenüber nicht unterstützen. Was die übrigen Beschlussesanträge anbelangt, möchte ich zwei heraus greifen, die bei der SVP-Fraktion deutliches Unbehagen auslösen, nämlich Antrag 2 mit einem Nettoinvestitionsvolumen von 35,467 Millionen. Unsere Kritik bezieht sich bei diesem Antrag auf die sehr hohe Investitionstätigkeit als solche. Wir werden diesen Beschlussesantrag dementspre-

chend ablehnen, damit nicht versehentlich die Vorstellung aufkommt, wir hielten den Investitionsexzess neuerdings für wünschenswert. Ein anderes Ziel verfolgen wir mit der Unterstützung des GPK-Antrages auf die Streichung des Kredites Kirchgasse/Innenstadt in der Höhe von 1 ¼ Millionen Franken. Sie ist lediglich als Signal gegen den Kahlschlag bei den Parkplätzen auf dem Munzingerplatz zu verstehen und richtet sich im Übrigen überhaupt nicht gegen die Resonanzgruppe, sondern gegen ihre Instrumentalisierung. Schliesslich werden wir den Beschlussesantrag 8 zur Sozialregion ablehnen. Dies im Hinblick auf die rasante Zunahme des Aufwandes und auf den fehlenden politischen Willen, Gegensteuer zu geben, wie er in der Antwort zum Postulat Alexandra Kämpf betreffend Neuregelung der Sozialhilfe zum Ausdruck kommt. Den übrigen Beschlussesanträgen wie auch in der Schlussabstimmung wird die SVP zustimmen.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Wir danken dem Stadtrat und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung für die Verfassung des Budgets 2012 und seine umfangreichen Beilagen. Die Auslegung darf in diesem Jahr als verhalten vorsichtiger bezeichnet werden, was gemäss den Einschätzungen der SP eigentlich auch richtig ist. Unsere Mitglieder der GPK haben mich schon gewarnt, ich dürfe das Budget auf keinen Fall „Orakel von Delphi“ nennen. Sonst schaue mich der Stadtpräsident böse an. Trotzdem: Ein Blick in die vergangenen Jahre, die Gott sei Dank durch Steuerüberschüsse von bis zu 20 Millionen Franken geprägt waren, zeigt eben doch, dass es ausserordentlich schwierig ist, eine Annäherung zwischen Voranschlag und Rechnung erreichen zu können. Die SP meint, dass sich die Steuerpolitik unserer Stadt auf die mittelfristige Ausgleicheung der konjunkturellen Defizite ausrichten sollte. Sie werden nicht nur von den Medien tagtäglich vor angekündigt. Die ersten Boten einer Abkühlung in der Wirtschaft in Form von Massenentlassungen bei den Banken können wir fast jeden Tag lesen. Dass diese Indikatoren dem Stadtrat nicht entgangen sind, hat uns ja bereits die Verfassung des Finanz- und Investitionsplanes erkennen lassen, dass dies von Euch auch schon gesehen wurde. Die darin angekündigte Selbstfinanzierung von 100 % und andere Ziele werden nicht erreicht werden können und 2013 muss auch beim Budget mit einem Defizit gerechnet werden. Trotzdem reden wir heute oder morgen Abend über eine Steuersenkung. Zürich ist weit weg. Die Banken auch, nicht aber die Alpiq. Die SP ist froh, dass zwischenzeitlich der Verwaltungsratspräsident der Alpiq die Mitarbeiter und die Öffentlichkeit über die sofortigen Massnahmen zur Verlustminderung orientiert hat. Damit ist wenigstens eine Phase der steuerlichen Unsicherheit für die Stadt Olten, aber auch diejenige der lähmenden und demotivierenden Phase für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu Ende. Viele von ihnen wohnen in unserer Region oder unserer Stadt. Was wahrscheinlich bei der Alpiq jetzt folgt, dürfte als nachvollziehbaren unternehmerischen Prozess bezeichnet werden. Dies aus dem Mund eines Roten. Das Schiff wird wieder flott, konkurrenzfähig gemacht. Möglicherweise werden verpasste Ressourcenoptimierungen aus der Vereinigung von Atel und EOS nachgeholt werden. Die für uns positiven Veränderungen in der schweizerischen Energiepolitik müssen verarbeitet werden. Der erstarkte Franken muss aufgefangen werden. Millionenschwere AKW-Projekte müssen abgeschrieben werden. Dass dabei Entlassungen nicht ausgeschlossen sind, berührt uns besonders. In diesem Zusammenhang einen Seitenblick auf die steigenden Sozialausgaben, die immer wieder gerne genannt werden, die von einigen politisierenden Wirtschaftsvertretern ja immer wieder moniert werden. Die Alpiq, der wir zahlreiche positive Rechnungsabschlüsse und zahlreiche Steuersenkungen zu verdanken haben, wird in den nächsten Jahren in Olten bedeutend weniger Steuern zahlen. Der Hype der letzten Steuerperiode wird nicht mehr so rasch erreicht werden können. Welcher geografische Standort diese Firma einst beziehen wird, ist ja noch völlig unklar. Dass der stets angeführte Standort Steuergünstvorteile nicht wirklich eine grosse Rolle spielt, zeigt ja, dass sie aus dem steuergünstigen Neuenburg nach Lausanne umgezogen sind. Trotzdem reden wir heute oder morgen Abend über eine Steuersenkung. Es ist nicht so, dass die SP Olten jetzt plötzlich die schwarze Kreide auspackt und den Teufel an die Wand malt. Im Gegenteil: Die SP wünscht sich, dass die Stadt angemessen wächst und die Projekte endlich realisiert werden können. Die SP wünscht sich, dass gute Steuerzahler in Olten domiziliert bleiben oder nach Olten ziehen können. Eine überschaubare Verschuldung

ist hier sogar sekundär, wenn die Investitionen getätigt werden können. Dafür muss der finanzielle, materielle und politisch richtige Rahmen geschaffen werden. Es bleibt aber halt ein kleines Aber, dasjenige der finanzpolitisch betrachteten grundsätzlich unsicheren Zeit, die wir vor uns haben. Es gibt zwei Verhaltensmuster: Steuern weiterhin senken, warten auf das, was auch immer auf uns zukommt. Jemand hat einmal gesagt: „Gring abe o seckle“. Eventuell die Steuern dann wieder erhöhen oder eben die Steuern in diesem Moment noch nicht senken, die Situation in einem Jahr noch einmal beurteilen und angemessene Schlüsse daraus ziehen. Den Unterschied kann man mit 4 bis 6 Millionen Franken beziffern, haben oder nicht haben. Das ist eine Mentalitätsfrage. Wir werden heute Abend darüber diskutieren. Die einen werden sagen: Das sind Angsthasen. Die anderen werden sagen: Wir machen vorwärts wie bisher. Auch das werden wir diskutieren. Wir sind ja in Olten ein grosses Unternehmen und wir alle sind etwas Unternehmer, wenn wir hier im Parlament sitzen dürfen. Aber im Gegensatz zu den realen privatwirtschaftlichen KMUs mit grossem Engagement in unserem Land gehört uns 50 Parlamentariern das Geld nicht. Wir haben es treuhänderisch zu verwalten, zuweilen vielleicht mit Bedacht. Der Verdacht bleibt etwas im Raum hängen, dass das Budget auf die 95 % auf Druck der bürgerlichen Parteien zurecht gezimmert wurde. Mir jedenfalls sind die prognostizierten Erträge bei den juristischen Personen von 44,7 Millionen Franken, die just 5 bis 7 % unter der Rechnung 2010 liegen, wirklich etwas optimistisch ausgelegt. Vielleicht gibt es ja noch weitere juristische Personen, die plötzlich mehr Steuern zahlen. Das wissen wir halt nicht, weil vieles so geheim ist. Vielleicht kann Ernst Zingg ja etwas erzählen. Noch zwei kleine Seitenblicke: Fusionspläne unserer Stadt mit der Absicht, die Steuern zu senken, treibt diese Gemeinden noch mehr auseinander. Damit ist es ziemlich klar, dass es zu dieser Fusion nie kommen wird, wenn wir diese Schere noch mehr öffnen. Zweiter Seitenblick: Selbst die kantonale Finanzkommission hat sich mit einer grossen Mehrheit mit der Unterstützung der CVP und FdP-Vertreter gegen weitere Steuersenkungen ausgesprochen. Selbstverständlich werden wir dem Budget zustimmen und den Antrag stellen, dass wir den Steuersatz bei 100 % stehen lassen können. Noch ein letzter Satz zur Eintretensdebatte oder wo wir uns gerade befinden: Formal ist das Budget für uns sicher korrekt. Aufgebaut. Weitere Hinweise, die lesefreundlich ausgelegt sind, wären hilfreich. Der Stadtrat dürfte durchaus über das buchhalterische Mass hinaus und ohne nachzufragen den Stand der Ausgleichsreserve auch im Budget darstellen. Flotte 38 Millionen Franken, wenn man irgendwo im richtigen Buch sucht, und den Stand der Vorfinanzierung darf man durchaus auch mitteilen. Mir wäre es gedient. Ich bin offenbar nicht so bewandert wie andere und muss mich durch diese Bücher hindurch ackern. Ich wäre froh, wenn man hier eine etwas lesefreundliche Darstellung erhalten würde. Nochmals herzlichen Dank für die Arbeit.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Das Budget gibt erfreuliche Signale für einen attraktiven Wohnort, einen attraktiven Arbeitsort und für einen attraktiven Lebensort Olten. Wir tätigen rekordhohe Investitionen für eine bessere Stadt, bessere Bildung, Bau, Grundlagenarbeiten und auch für die steuerliche Standortqualität. Trotzdem bleiben die städtischen Finanzen gesund. Wichtige finanzielle Kennzahlen sind besser als im Budget 2011. Der Selbstfinanzierungsgrad ist zum Beispiel 50 % höher als im Budget 2011, wo die SP ja mit Begeisterung zugestimmt hat. Ein Budget ist immer eine Annäherung. Bis Dezember 2012, am Ende der Budgetperiode, von der wir hier sprechen, kann sich auf die eine oder andere Seite noch viel verändern. Wichtig ist deshalb, dass ein Budget gemacht wird, das möglichst realistisch ist, man nicht Zweckoptimismus, nicht Zweckpessimismus, sondern auf der Ausgaben- und Einnahmenseite realistische Prognosen macht. Nach den vielen Gesprächen, die wir mit der Finanzdirektion, dem Stadtrat, in der GPK, überparteilich führen durften, haben wir den Eindruck, dass das Budget auf einer realistischen Grundlage aufbaut, auch – ich betone dies – in Bezug auf die Steuereinnahmen. Olten hat sowieso kein Einnahmenproblem, sondern in verschiedenen Bereichen ein Ausgabenproblem. Wenn ich zum Beispiel die Kosten für Soziales betrachte, um einfach einen Punkt zu erwähnen, steigen sie um 25 % auf Fr. 786.40. Vielleicht sind es auch nur Fr. 786.—. Aber es ist immer noch eine gewaltige Steigerung. Die Frage ist schon, ob das Geld, das hier investiert wird, und das ist nicht gegen Sozialausgaben gemeint, wirklich die Wirkung hat, die man erzielen will. Wir haben

bei verschiedenen Projekten hier und vielleicht in anderen Bereichen in diesem Budget das Gefühl: Ist wirklich die Wirkung, das Ziel im Blickfeld, wenn man investiert? Es ist ja nicht immer so, dass man, wenn man mehr Geld ausgibt, mehr Wirkung hat. Ich denke, wir müssen bei uns in der Stadt mehr über Ziele und nachher über Massnahmen reden. Sehr häufig reden wir zuerst über Massnahmen und passen die Ziele etwas an. Ein weiterer Punkt, der aus auffällt, ist der Personalaufwand. Er steigt erneut in dem Bereich, den wir als Stadt beeinflussen können, bei der allgemeinen Verwaltung, um 2,96 %. Wenn man noch die Lehrerlöhne dazu nimmt, ist es noch etwas höher. Dort können wir aber nicht viel dazu tun. Gegenüber der Rechnung 2010 steigen die Personalausgaben sogar um 6 %. Das ist etwa 10 Mal so stark wie die Teuerung in dieser Periode. So kann es nicht weiter gehen. Antonia hat es auch gesagt. Eine Trendumkehr haben wir beim Sachaufwand gesehen. Darüber sind wir sehr froh. Er sinkt im Vergleich mit dem Budget 2011 um 5 %. Man muss aber auch sagen, dass er im Vergleich mit der Rechnung 2010 immer noch 4 % höher ist. Von daher sehen wir auch hier eine Motivation, auch einen Wunsch an den Stadtrat, dass man dies nicht als einmalige Massnahme betrachtet, sondern das Thema Effizienzsteigerung, Hinterfragen von Ausgaben, gerade beim Sachaufwand, genau anschaut. Das Geld, das man dort einspart oder nicht ausgibt, kann dann wirklich auch für die Investitionen einsetzen. Insgesamt sind wir überzeugt, dass das Budget eine grosse Signalwirkung für eine lebenswerte, bessere, attraktivere Stadt hat. Wir sind für Eintreten, für die Anträge des Stadtrates. Wenn es notwendig ist, können wir jedes Jahr auf jede Seite reagieren. In der Detailberatung werden wir zu den einen oder anderen Themen noch etwas sagen und werden auch zum Thema Steuern dann diskutieren, wenn es soweit ist.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Erstens möchte ich für die Aufnahme des Budgets herzlich danken und danken, weil er es nicht selber tun kann, für das zu Recht erfolgte Lob und den Dank an die Finanzdirektion und an Markus Sieber. Es steht eine grosse Arbeit dahinter, und es ist eine sehr gute Arbeit gemacht worden. Ich möchte aber einige Sachen kurz korrigieren. Die CVP und die Grünen haben beide gesagt: Ein leichter Überschuss, ein leicht positives Ergebnis. Das Budget 2011 hat einen Überschuss von Fr. 770'000.—. Gert Winter: Jetzt weisen wir einen Überschuss von Fr. 720'000.— aus. Mit der Korrektur der Pflegeversicherung sind es nicht mehr Fr. 162'000.--, sondern Fr. 720'000.--. Wir sind also ungefähr im Fahrwasser. Ich glaube, die Spekulation, ob es dann wirklich so heraus kommt, dass wir keinen Millionenüberschuss machen, ist keine. Beim nächsten Punkt, der im Zusammenhang mit dem Kanton Neuenburg erwähnt wurde, stimmt die Aussage nicht. Diese musst Du einfach korrigieren. Der Kanton Neuenburg ist im Holding-Steuerbereich bedeutend höher als die Stadt Olten und höher als Lausanne. Man ist von Olten nach Neuenburg gegangen, weil es höher ist und nicht nach Lausanne, weil es tiefer ist, sondern es ist eine klare strategische Ausrichtung des Zusammennehmens der Entscheidungsgremien und hat nichts mit den Steuern zu tun. Der Kanton Neuenburg konnte nichts tun. Erstens hat er hohe Steuern. Das ist nicht unser Problem. Aber es ist ein Entscheid, der völlig anders gewichtet war. Etwas zur Aussage im Zusammenhang mit dem Kanton: Tatsächlich hat die Finanzkommission heute Vormittag mit einer erklecklichen Mehrheit entschieden, den Steuerfuss beim Kanton nicht zu senken. Er hat ein Defizit von jetzt konkret rund 90 Millionen. Die Transferaktion der Pflegeversicherung hat die Vorgabe der Finanzkommission gerade halbiert. Das Defizit wurde gleich um 13 Millionen Franken erhöht, und die Aussichten sind nicht die gleichen wie bei der Stadt. Das muss ich hier klar sagen. Wir haben keine Einnahmen von der Nationalbank usw., die alleine schon über die Hälfte des Defizites des Kantons ausmachen. Diese wurde jahrelang auch immer eingerechnet. Sie werden vermutlich in den nächsten Jahren nicht kommen. Das ist auch eine Aussage, die im Raum steht. In der Finanzkommission wurde entschieden, nicht zu erhöhen. Der Kantonsrat entscheidet. Der Kanton Solothurn ist ja in einem Rating des BAK-Institutes im Zusammenhang mit dem Kanton Zürich betreffend Steuerfuss in eine sehr schlechte Position gestellt worden. Das hat sicher dazu geführt, dass man beim Kanton gesagt hat, man müsse die Steuern senken, weil man eine halbe Milliarde Eigenkapital hat. Das ist beim Rating nur wirksam, damit es einige Ränge hinauf geht, wenn alle Gemeinden ihre Steuern auch senken oder auch mitziehen. Das können einfach nicht alle. Damit ist klar, was ich sagen

wollte. Es wurde gesagt, eine Annäherung von Voranschlag und Rechnung sei schwer erreichbar. Die Budgetierung geht davon aus, dass der Voranschlag so gemacht wird, dass die Rechnung das Ergebnis bringt. Hier ist auch gesagt worden – Daniel, Du musst es mir nicht übel nehmen – ich solle zu dieser geheimen Geschichte noch etwas sagen. Sie ist geheim, geheimer als geheim. Es ist einfach so, dass, solange nicht eine Unternehmung kommt und sagt: Wir zahlen 20 Millionen Franken Steuern kann die Stadt und ich als Finanzdirektor nicht sagen; das ist so und sie zahlen soviel. Das ist komplett daneben. Alpiq hat uns dies in den letzten Jahren Gott sei Dank immer abgenommen, indem sie relativ früh gesagt hat: Das ist unser Steueraufkommen. Wir haben dies dann nur bestätigen können. Jahrelang haben wir hier nicht einmal den Namen Alpiq genannt. Es wurde gesagt: Man muss schon sehen, dass es auch etwas mit der Wirtschaftslage und der Ausrichtung der Unternehmungen zu tun hat. Es ist tatsächlich so – Daniel Schneider, das hat eine Rolle gespielt – dass wir Zeichen haben, dass andere Unternehmungen im Steuerbereich einiges mehr bieten können, was gewisse Sachen auffangen kann. Das gehört auch zur Beurteilung der Lage. Mehr kann ich dazu einfach nicht sagen. Noch ein letzter Punkt: Beim Sachaufwand wurde ein gutes Zeichen gesetzt. Die Vorgabe der Parteien, die uns einen Brief geschrieben haben, war ausdrücklich Budget 2011. Es ist nicht ganz in Ordnung, wenn man jetzt sagt, wenn man die Rechnung 2010 anschaut, sei sie immer noch um 4 % höher. Wir haben wirklich gemacht, was wir jetzt von Euch gehört haben, von den Verfassern der Briefe und was wir uns auch selber gesagt haben und haben das Budget und nicht die Rechnung genommen, weil die Budgetierung eigentlich schon angefangen hat, bevor die Rechnung für 2010 fertig war. Zum Personalaufwand: Das ist des Teufels Schwert oder wie man immer sagen soll. Hier gibt es ganz verschiedene Auslegeordnungen. Ich glaube, wir haben in der GPK versucht, die rund 3,8 %, das es höher ist, auseinander zu nehmen und zu erklären. Dazu möchte ich hier etwas festhalten, bevor wir zum Geschäft bezüglich der zwei Stellen, das von Iris Schelbert vertreten wird, kommen. In der Zeitung hat gestanden, der Stadtrat weigere sich, einen Parlamentsbeschluss auszuführen. Das stimmt nicht. Ich habe in der GPK transparent informiert, was bitte von den Mitgliedern der GPK bestätigt werden möchte, dass der Stadtrat den Beschluss des Parlamentes vom letzten Jahr im Zusammenhang mit einer Stellenhöhe von 0,2 % im Dezember 2010 nicht ausgeführt hat. Das ist so. Das ist Fakt. Es ist eine offene, klare Aussage. Auftrag nicht erfüllt. Dieser Auftrag wird nicht erfüllt. Er wird erfüllt, und die GPK wird an einer der nächsten Sitzungen orientiert, wie er erfüllt wird. In der Zwischenzeit haben sich einige Veränderungen ergeben, die ich jetzt hier auch nicht auf den Tisch legen möchte. Aber ich glaube, die halbe Welt weiss dies schon, die halt einfach dazu führen, das Ganze noch einmal umzugruppieren, das wir eigentlich mit den 0,2 % machen wollten. Bitte: Es ist keine Weigerung. Wir wissen, dass das Parlament einen Beschluss gefasst hat. Vielleicht ist es von uns etwas spät rüber gekommen, dass es nicht ausgeführt ist. Aber in der GPK habe ich es erklärt. Einfach, damit man dies hier als Vorbasis für die Stellendiskussion zur Kenntnis nimmt. Noch einmal ganz herzlichen Dank für die Aufnahme, und ich freue mich auf die Zustimmung.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

DETAILBERATUNG

Laufende Rechnung

Seite 29, 790.318.02, Öffentlichkeitsarbeit

Daniel Schneider: Die Öffentlichkeitsarbeit zur Orts- und Regionalplanung ist mit null ausgewiesen. Gibt es hier keine Öffentlichkeitsarbeit mehr? Bei der Stadtentwicklung ist sie noch enthalten.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Diese Frage überrascht mich etwas. Wir haben selbstverständlich immer zu informieren. Aber offenbar haben wir im Bereich Ortsplanung nicht das Informationsbedürfnis wie in den Vorjahren.

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion: Die Öffentlichkeitsarbeit machen wir projektbezogen und sie wird jeweils den Projekten direkt belastet. ANDAARE geht über ANDAARE oder wenn wir eine andere Vorlage haben, geht es über die jeweiligen Projekte. Es wird immer dem Projektkredit in der Investitionsrechnung belastet.

Seite 31, 940.323.01, Darlehenszins PK

Urs Knapp: Die FdP hat über diesen Posten intensiv diskutiert. Wir haben überlegt, ob wir einen Antrag stellen möchten, haben dies aber nicht getan, weil wir gehört haben, dass der Stadtrat im Dezember eine Vorlage zur Sanierung der Pensionskasse unterbreiten möchte. Bei diesem Kredit geht es darum, dass die Stadt Olten das versicherungstechnische Defizit der Pensionskasse zu einem mit 4 % recht hohen Zinssatz verzinsen muss. Das würde bei wenig Erspartem vielleicht ein Wagnis geben. Das ist auch ein Teil der Personalausgaben. Es sind Fr. 5'000.— pro aktiv Versicherten in der allgemeinen Verwaltung. Wir haben gehört, dass die Vorlage im Dezember kommen wird. Deshalb haben wir darauf verzichtet, einen Antrag zu stellen. Aber wir haben eine klare Erwartung, dass Massnahmen ergriffen werden, damit die Pensionskasse wieder ins Lot kommt und zwar im Interesse der Versicherten, vor allem der aktiv Versicherten, auch im Interesse der Steuerzahler und letztlich der Stadt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich muss Dich etwas korrigieren. Nur ein Teil hat mit dem zu tun, was Du gesagt hast. Die Million ist eine Verzinsung eines Darlehens, das die Stadt Olten bei der Pensionskasse hat. Es sind immerhin 26 Millionen Franken. Vielleicht macht es mehr Sinn, ein Darlehen von der Pensionskasse zu haben als von jemand anderem. Ich möchte Markus Sieber bitten, dies zu bestätigen oder zu ergänzen.

Markus Sieber, Finanzverwalter: Von den Positionen her ist es so, dass es zwar der gleiche technische Zinssatz ist, der für diese Ausgabe angewendet wird. Es ist aber nicht die Verzinsung des technischen Defizites, weil dieses in den vergangenen Jahren, bevor man eine Arbeitgeberbeitragsreserve hatte, unter 0.28 abgebildet war. Das Vorliegende ist einzig und allein die Verzinsung der Anlage der Pensionskasse beim Arbeitgeber. Es ist ein Darlehen, das die Stadt Olten bei der Pensionskasse hat und gemäss Statuten zu 4 % verzinst. Wir haben vorher die Frage gehört, ob dies von der Höhe her richtig sei. Selbstverständlich ist es so, dass das Engagement, das auch die Stadt bei der Pensionskasse eingehen sollte, ein Maximum erreichen sollte, indem sie von der Pensionskasse Darlehen bezieht, die innerhalb der gesetzlichen Vorschriften liegen. Hier liegen wir aktuell mit 26 Millionen Franken etwas über dem, was wir dürften. Das war aber in der Vergangenheit schon so. Man hat Korrekturen angekündigt und fährt diese jetzt herunter. Das war von den Beträgen her auch schon höher. Zur Verzinsung des technischen Defizites: Seit 2009 findet man dies nicht mehr in der laufenden Rechnung, weil es mit der Verzinsung der Arbeitgeberbeitragsreserve, die geäuffnet wurde, verrechnet wird. Bis jetzt war es so, dass die beiden dem gleichen technischen Zinssatz von 4 % gefolgt sind. Aufgrund der Höhen, die man hatte, konnte man davon ausgehen, dass dies in etwa ein Nullsummenspiel ist. Mit der Vorlage, die wir unterbreiten werden – hier kann ich etwas vorweg nehmen – wird die Verzinsung der Arbeitgeberbeitragsreserve korrigiert, weil sie nach Definition angemessen verzinst werden müsste. Eine angemessene Verzinsung wären in den letzten Jahren kaum die 4 % gewesen. Dort besteht ein Korrekturbedarf. Das wird kommen und für die Zukunft die Rechnung der Stadt Olten unter Umständen etwas mehr belasten. Aktuell haben wir aufgrund der 20 Millionen Franken, die man als Arbeitgeberbeitragsreserve abseits parkiert hat, vom versicherungstechnischen Defizit, das man zu 4 % verzinsen musste, keine Belastung.

Investitionsrechnung

Seite 37, 293.501.031, Säli: Sanierung Pausenplatz, Projekt

Anna Engeler: Wir stellen den Antrag, dass die Fr. 10'000.— durch einen Betrag, der im Investitionsplan ausgewiesen ist, ersetzt, und auf Fr. 140'0'00.— erhöht werden. Dies aus dem einfachen Grund, dass wir nachher noch das Projekt Sälischulhaussanierung haben. Ich finde, man sollte dies alles in einem Rutsch machen. Wir haben einen ausgewiesenen Bedarf, dass der Pausenplatz dort nicht mehr wirklich in einem guten Zustand ist. Das heisst, es muss auch nicht mehr abgeklärt werden, ob dies saniert werden muss. Wir sehen keinen Grund, weshalb man dies, wenn es schon im Investitionsplan enthalten ist, wieder auf das Jahr 2XXX hinaus schiebt. Deshalb beantragen wir, ihn so zu übernehmen, wie er im Investitionsplan enthalten ist.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Frage überrascht nicht ungemein, weil diese Diskussion schon in der GPK geführt wurde, wo auch die Frage gestellt wurde: Wieso nicht? Wie Anna Engeler richtig festhält, ist das Bedürfnis dieser Sanierung erwiesen. Es hat auch damit zu tun, dass man die entsprechenden Haftungsfragen bedenken muss. Aber es hat einen Grund, dass wir es hinaus geschoben haben. Nicht im Sinne, dass man es auf Nimmerwiedersehen nicht realisieren will, sondern weil einerseits Trakt 2 zeitlich verschoben realisiert werden musste, was zum Teil auch betriebliche Gründe hatte, und weil Trakt 3 tatsächlich 2012 auch zusammen mit Trakt 2 saniert wird. Einerseits bei den Trakten 2 und 3 die Fassade plus andererseits zusätzlich die Vorlagen, was die Heizung und Lüftung anbelangt, die wir miteinander noch behandeln werden. Dies bedingt, dass im Umfeld der ganzen Bauplatzinstallation, die natürlich um die Fassengeländer herum erstellt werden muss, unter anderem gerade auch der Pausenplatz für die Bauplatzinstallationen, aber auch für Containerlösungen für Schulprovisorien, gebraucht wird, so dass der Druck auf die entsprechenden Pausenplätze noch wachsen wird. Ich bin sonst auch der Meinung, möglichst alles in einem Rutsch zu machen, schon wegen der Bauprogramme, den Abläufen und Maschinen, die auf dem Gelände stehen. Aber in diesem speziellen Fall macht es gerade keinen Sinn, dort die entsprechenden engen Platzverhältnisse überstrapazieren zu wollen. Deshalb möchte ich das Parlament bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Beschluss

Anna Engeler: Unter diesen Umständen ziehe ich den Antrag zurück.

Seite 39, 112.620.501.112, Kirchgasse-Innenstadt

Christian Werner, GPK-Präsident: Der Vizepräsident hat sich eigentlich bereits in der Eintretensdebatte dazu geäußert. Er hat das Hauptargument erwähnt. Diese Sache ist in der GPK intensiv diskutiert worden. Den Anstoss zur ganzen Diskussion hat, so wie ich es zumindest von der Stimmung her verstanden habe, die Pressemitteilung der Stadtkanzlei gegeben. Eine knappe Mehrheit – dies ist mit Stichentscheid von mir gefällt worden, aber unter dem Strich hat es gleichwohl eine Mehrheit gegeben – ist jedenfalls der Meinung gewesen, dass ein Zeichen gesetzt werden soll. Sie war nicht der Meinung, dass nichts gemacht werden soll, weil es so ist, dass der Stadtrat, wenn dem GPK-Antrag jetzt zugestimmt würde, nicht nichts machen kann. Er kann sehr wohl etwas machen und mit separaten Berichten und Anträgen ins Parlament kommen, was er bereits angekündigt hat. Aber es ist darum gegangen, ein Zeichen gegen die geplante Strategie zu setzen. Der Stadtrat hat jetzt eigentlich auch unterstrichen, dass er dahinter steht. Er hat per Pressecommuniqué mitgeteilt, dass er dort dahinter steht. Dies ist einer Mehrheit der GPK sauer aufgestossen bzw. möchte eine Mehrheit der GPK dies verhindern. Auch noch genannt wurde die Tatsache, dass es uns wichtig erscheint, dass überhaupt darüber diskutiert wird. Wenn der GPK-Antrag keine Mehrheit gefunden hätte, wäre dies nur in einer vertraulichen Kommission diskutiert worden. Wir erachten es als sinnvoller und besser, wenn

die Öffentlichkeit dies mitbekommt und informiert wird bzw. die Diskussion hier im Parlament geführt werden kann. Die GPK beantragt dem Parlament, dem Streichungsantrag in der Höhe von 1,25 Millionen Franken zuzustimmen, im Wissen darum, dass nicht nichts gemacht werden kann, aber um ein Zeichen gegen die Strategie zu setzen, die 200 gewerbewichtige und zentrumsnahe Parkplätze streichen möchte und auch um ein Zeichen zu setzen – das ist auch relativ stark geäußert worden – gegen die vorher auch von der CVP-Sprecherin genannte Darstellung, dass die Resonanzgruppe die Sachen verabschiedet oder sich irgendwie verbindlich geäußert hätte.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ich weiss, dass es relativ schwierig ist, hier nicht in eine Innenstadt-Diskussion auszuarten, bitte Euch aber doch um etwas Mässigung, damit wir doch noch anständig weiter kommen.

Felix Wettstein: Ich gehöre zur anderen Hälfte, die in der GPK in die Minderheit versetzt wurde, und möchte tatsächlich noch etwas ergänzen, was in der GPK als Information auch vorlag, nämlich bereits eine Korrektur der Meldung, die missverständlich sein konnte. Ganz kurz zur Chronologie: am 26. Oktober hat das Oltner Tagblatt die erwähnte Mitteilung der Stadtkanzlei mit den beiden Abbildungen über den Zwischenstand der Resonanzgruppe abgedruckt. An ihrer Sitzung, die kurz vorher stattfand, sind im Speziellen die ganzen Verkehrsfragen (Verkehrsfragen sind weit mehr als Motorfahrzeugverkehr, Motofahrzeugverkehr ist weit mehr als abgestellte Autos) zur Debatte gestanden und nicht nur Parkplätze. Am 26. Oktober wurde es abgedruckt, zwei Tage später hatte die GPK ihre ganztägige Sitzung, an der sie das Budget beraten hat. Wir haben dadurch, dass es Leute gibt, die sowohl der GPK als auch der Resonanzgruppe angehören, schon an der GPK-Sitzung ein Missverständnis ausräumen können. Ein Missverständnis, das tatsächlich aufkommen konnte, wenn man den Bericht und die Bilder angeschaut hat, nämlich, dass mit dem, was wir heute im Budget haben, mit den 1,25 Millionen Franken für den Baustein A, wenn man dem zustimme, die Vorstellungen des Verkehrskonzeptes inklusive wo es nachher noch Parkplätze haben soll und wo nicht, quasi gleich besiegelt seien. Das ist ein Irrtum. Die zugezogenen Verkehrsplaner und auch die eigenen Leute der Planung haben der Resonanzgruppe ganz klar gesagt, es gebe künftige Etappen, nach dem Baustein A, welcher nur die Kirchgasse und den innersten Teil der Baslerstrasse umfassen, den direkten Anschluss zu der heute schon verkehrsfreien Altstadt. Nur darum geht es. Die 1,25 Millionen setzen wir für diesen Bereich ein und nicht weiter. Die Frage, ob es künftig auf dem Munzingerplatz Auto abgestellt werden sollen oder nicht, hat überhaupt nichts damit zu tun. Deshalb jetzt die 1,25 Millionen dazu zum Zankapfel zu machen, heisst, dass man einmal mehr insgesamt einen Scherbenhaufen mit der Innenstadtentwicklung produziert und mit dem geflügelten Wort gesagt: Was heisst, ein Zeichen zu setzen? „Schlägt den Sack und meint den Esel“. Das ist eigentlich die Botschaft. Ich muss sagen, dass dafür einfach so mit 1,25 Millionen zu jonglieren, jenseits vom dem ist, was ich als verantwortungsvolle Finanzpolitik bezeichne.

Daniel Schneider: Diejenigen GPK-Mitglieder, die der Streichung des Kredites 620.501.112 zugestimmt haben, müssen auf jeden Fall hellseherische Fähigkeiten haben. Sie kennen bereits den Wortlaut eines separaten Geschäftes, das wir im nächsten Frühling diskutieren und beraten werden. Wenn die GPK so weit voraus schauen könnte, könnte sie uns zu den anderen zehn bis zwölf separaten Vorlagen heute Abend auch gleich sagen, was wir im nächsten Jahr werden diskutieren müssen. Vielleicht haben Heidi Ehrsam, Urs Knapp, Daniel Dähler, Alexandra Kämpf und Christian Werner auch gedacht, dass wir als gewähltes Parlament gar nicht in der Lage sind, über solch komplexe Sachen zu diskutieren. Vielleicht sind wir einfach nicht in der Lage. Nur in der Meinung, wir könnten eine unglückliche Medienmitteilung der Stadt von einem handfesten Antrag des Stadtrates nicht mehr unterscheiden. Ich kann Euch fünf versichern, dass das Parlament sehr wohl in der Lage ist, diese Diskussion zu führen und entscheidungsfähig ist. Ich habe mir lange überlegt, weshalb sich die GPK anmasst, uns eine solche Diskussion vorenthalten zu wollen. Mir sind wirklich nur schlechte Gedanken gekommen, und ich habe es lieber bleiben lassen. Das alles nur,

weil mitten aus einem Prozess heraus eine überdimensionierte Meldung in der Presse abgedruckt worden ist. Liebe GPK-Leute, eine Resonanzgruppe hat die Aufgabe, einen Vorschlag zu diskutieren und zu reflektieren. Aus diesen Voten muss der Stadtplaner in Absprache mit dem Stadtrat die weiteren Schritte definieren. Wir können nicht einfach etwas heraus picken. Die Stadt steht mitten in einem Prozess und kennt das Resultat, das sie uns im nächsten Jahr vorlegen wird, vermutlich ja auch noch nicht. Ich möchte heute Abend nicht über die Aufgaben und Kompetenzen der GPK diskutieren. Ich bin froh, dass Ihr das macht und wirklich viel Zeit einsetzt. Auch habe ich ein gewisses Verständnis, dass die Kommunikation der Stadt durchaus hinterfragt werden muss. Es gibt hier auch einen Vorstoss von Luzia Stocker dazu. Ich sehe, es ist nötig. Sogar gehe ich soweit und sage heute Abend, dass auch in der Innenstadt mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden müssen und die Disposition des Munzingerplatzes tatsächlich überdacht werden muss, so wie sie letztes Mal dargestellt wurde. Sinnigerweise betrifft diese Streichung gar nicht den Munzingerplatz, sondern die Kirchgasse, Baustein A. Es ist schlicht und einfach der falsche Zeitpunkt. Wir können heute noch nicht darüber diskutieren. Selbst wenn Ihr gerne ein Zeichen setzen möchtet, ist es heute einfach falsch. Es wäre schön, wenn Ihr diesen Antrag zurück ziehen könntet und, wenigstens meinerseits – ich kann es nicht für alle machen – ist versprochen, dass wir das Resultat, und nicht irgendein Zwischenstand, wirklich gemeinsam und ausführlich diskutieren werden. Die SP wird diesen Antrag einstimmig ablehnen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Du hast verständlicherweise gesagt, man solle jetzt nicht die Innenstadt-Diskussion lancieren. Dort kommt tatsächlich eine separate Vorlage. Aber der Stadtrat legt schon Wert darauf, dass nach diesen Äusserungen nach den Mediencommuniqués, nach den verschiedenen Leserbriefen der Standort bzw. der Standpunkt des Stadtrates hier im Parlament dargelegt wird. Ich hoffe, dass dies auch ein wesentlicher Beitrag sein wird, um schliesslich dem Antrag der GPK nicht zuzustimmen. Ich muss gleichwohl etwas ausholen, damit man die verschiedenen Gremien und Zusammenspiele etwas kennt und wie die Projektorganisation angedacht ist und die Prozesse sind, die letztlich passieren sollen. Ganz kurz: Nach der Ablehnung der Vorlage Innenstadt hat es einen runden Tisch gegeben. Ich habe noch einmal nachgeschaut. Man hat nach einem gemeinsamen Nenner gesucht. Er war von allen Parteien vertreten: Kleinere Schritte statt grosse Würfe. Also kein grosser Wurf, sondern kleinere Schritte. Das hat schliesslich auch den Barometer beim Stadtrat bestimmt, der gesagt hat: Wir machen etappenweise letztlich auch eine Entwicklung der Innenstadt. Aber nicht nur kleine Schritte, sondern, und hier verstehe ich auch diejenigen, die in diesem Sinne weiter hinaus denken möchten, man muss auf eine Art auch eine Strategie in die Zukunft entwickeln, mögliche Entwicklungen, welche die Entschleunigung unserer Stadt betreffen. Deshalb ist das Bedürfnis nach Information und Transparenz auch gegeben. Es ist auch klar, dass die politische Haltung immer so geäussert wurde, dass der Stadtrat in diesem Geschäft den Lead übernehmen muss und unter anderem insbesondere mit dem Credo „kleine Schritte statt ein grosser Wurf“ das ganze Geschäft übernehmen und auch voran treiben soll. Man hat in der Folge einen Projektplan entworfen, eine Projektorganisation, das Parlament darüber orientiert, wie dies passieren soll. Auch die involvierten Kommissionen haben die ganze Projektorganisation zur Kenntnis genommen. Jetzt komme ich zum Pièce, das die heutige Diskussion eigentlich ausgelöst hat, die sogenannte Resonanzgruppe, die aktiviert wurde, um eben die verschiedenen Meinungen zur Entwicklung aufzunehmen. In der Folge haben auch verschiedene Stadtbegehungen stattgefunden. Alle Nutzungsgruppierungen dieser Stadt sind begrüsst worden, und man hat alle Statements und vor allem auch alle Meinungen aufgenommen. Dies einfach zur Funktion der Resonanzgruppe, die jetzt heute mehrfach angetönt und aus der zitiert wurde. Es ist ein beratendes Gremium. Es soll Feedbacks zu Szenarien geben und zwar als Projektteam und vor allem dem Blickwinkel des Projektteams auch schärfen und erweitern. Die Erkenntnisse daraus sollen in die Resonanzgruppe zurück gespiegelt werden. Während dem die Thesen zur Positionierung der Innenstadt formuliert wurden, am Anfang zum Städtebau. – es ist um Leitlinien gegangen, wie soll der Freiraum gestaltet werden? – kann man sagen, dass diese Bereiche in der Resonanzgruppe, wo meiner Meinung nach von den Interessen und Nutzer her auch alle vertreten waren, durchaus auch auf positives

Echo gestossen sind. Das steht heute auch nicht zur Diskussion. Dass nachher Thesen, die zum Thema Verkehr und Parkierung vorgestellt wurden, eine kontroverse Diskussion ausgelöst haben, ist klar. Ich muss auch sagen, dass man nichts anderes erwarten konnte. Wir vom Stadtrat denken auch, dass gerade die ausgelöste Diskussion durchaus wertvoll ist und einen Prozess in diesem heiklen Thema Verkehrsführung, Verkehrsplanung und Parkierung ausgelöst hat und in diesem Sinne uns als Verantwortliche der Stadt, als Stadtrat, auch entsprechend auf die Vorlage, die kommen muss, einstimmt. Schliesslich müssen und wollen wir im März eine Vorlage bringen, die hier eine mehrheitsfähige Lösung skizzieren kann. Wir sind uns dieser Verantwortung durchaus bewusst. Zwischenzeitlich haben wir im Stadtrat tatsächlich einstimmig die Leitplanken zur Innenstadtentwicklung, aber auch zum Verkehrsregime verabschiedet. Das ist für uns eine Leitplanke in die Entwicklung, die wie mehrfach angetönt letztlich von verschiedenen Bausteinen geprägt ist. Wir als Stadtrat können uns durchaus hinter diese Verkehrsregimeanordnung stellen, im Sinne der Entwicklung, wenn diese Baustelle zeitgemäss auch anrollt. Die erste Bauetappe, und jetzt komme ich konkret wieder auf den Voranschlag 2012 zu sprechen, umfasst den Baustein A. Dort geht es um die Kirchgasse und die innere Baslerstrasse. Unter anderem geht es auch darum, dass wir dort zum Beispiel den Bus umorganisieren. Es ist auch die Meinung des Stadtrates, und wir werden dies in der Vorlage auch entsprechend darlegen, dass man dort entscheiden muss, dass und wo der Bus durchfährt und auch entsprechende Investitionen tätigen muss. Ich habe am Anfang erläutert, dass die Umsetzung der Strategie Innenstadt etappenweise vor sich gehen soll. Es soll auch Transparenz vorhanden sein. Deshalb hat der Stadtrat ganz bewusst die sogenannte Verkehrs- und Parkierungsstrategie in die Resonanzgruppe getragen. Eine Resonanzgruppe sollte ja einen Rückhall haben. Dort war uns als Stadtrat – der Stadtpräsident und ich haben an dieser Sitzung teilgenommen – sehr wohl bewusst, dass es dort sehr unterschiedliche Interessen gibt. Es ist für den Stadtrat aber in diesem Sinne auch klar, dass man nicht allen Interessen entgegen kommen kann. Man muss das Gesamtinteresse, das der Bevölkerung auch wichtig erscheint, auch gewichten. Von daher erscheint es dem Stadtrat richtig, dass er sich diesem Verkehrsregime und Parkierungssystem à la longue, wie es sich entwickeln soll, auch verpflichtet fühlt. Zusammengefasst – es ist von den Vorsprechern schon erwähnt worden – geht es darum, dass wir jetzt im Voranschlag den entsprechenden Kredit schon antönen. Es gibt selbstverständlich eine spezielle Vorlage, die nur den Baustein A umfasst und nicht den Baustein B, C, D oder E, und es ist auch klar, dass der Baustein A den Fokus nicht auf dem Parkplatz Munzingerplatz hat und in diesem Sinne auch nicht Bestandteil ist, dass in diesem ersten Bauschritt dort schon Parkierungsanlagen eliminiert werden. Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, heute nicht ein falsches Zeichen setzen. Ihr könnt ja alle Zeichen setzen. Aber uns erscheint der Antrag etwas überhastet, vielleicht auch etwas aus einer falschen Nervosität. Vielleicht mag die Kommunikation das Ihre beigetragen haben. Aber ich muss sagen, dass unser Stadtschreiber das nach aussen vermittelt, hinter dem die Resonanzgruppe und auch der Oltner Stadtrat entsprechend stehen. Von daher bitte ich Euch noch einmal, den Antrag abzulehnen und insbesondere die Diskussion zu führen, wenn die Vorlage dann effektiv auf dem Tisch liegt.

Urs Knapp: Du hast so gesprochen wie das Orakel von Delphi, das heute schon einmal bemüht worden ist. Aber man hat es trotzdem klar verstanden und Du hast Transparenz geschaffen. Dafür möchte ich Dir danken. Du hast das Communiqué des Stadtrates nicht dementiert, sondern hast auch klar gesagt: Das ist weiterhin gültig. Darin steht: "... werden die Parkplätze im innersten Kernbereich aufgehoben". Der Stadtrat hat dies in dieser Woche noch einmal bestätigt. Offensichtlich steht der Stadtrat hinter dieser Strategie, dass 200 Parkplätze auf und um den Munzingerplatz gestrichen werden. Ich kann die Mails, die ich von Gewerbetreibenden erhalten habe, die sehr besonnene Leute sind, die sagen: Wir tätigen im Augenblick keine Investitionen mehr. So kann ich keinen Investitionsentscheid fällen. Aber ich denke, es ist jetzt klar, was der Stadtrat will. Es ist ganz deutlich aus dem Votum von Martin Wey hervor gegangen. Kurze Zeit, nachdem die erste Medienmitteilung veröffentlicht worden ist, hat der Stadtplaner gesagt, dass dieser Stadt nur zu helfen wäre, wenn die Ideen der Innenstadt nicht realisiert würden. Ich nehme an, dass ein Chefbeamter

solche Aussagen nicht macht, ohne sich mit dem politischen Vorgesetzten abspricht. Deshalb meine ganz konkrete Frage: Bist Du, Martin, als politischer Vorgesetzter auch der Meinung, dass dieser Stadt nicht mehr zu helfen ist, wenn die Ideen der Innenstadt abgelehnt werden? Danke für die Antwort.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Was meine Chefbeamten in Kommissionen sagen, ist nicht grundsätzlich geheim. Aber es sollte in diesem Sinne mit diesen Aussagen verfahren werden, dass einem Stadtplaner – Du hast ihn jetzt auch erwähnt – die Freiheit gegeben werden soll, seine Meinungen zu einem Thema zu äussern. Dass er dies gemacht hat, ist eine fachliche Aussage gewesen. Es ist nicht korrekt gewesen, dass er dies allenfalls – ich war an der Kommissionssitzung nicht dabei – quasi als politisches Credo weiter gegeben hat. Aber dass der Stadtplaner, und wir haben bewusst eine frische Kraft nach Olten geholt, eine kritische Aussage auch zu diesem Thema macht und auch die Risiken aufzeigt, ist meiner Meinung nach nicht falsch gewesen. Wie er es gebracht und rüber gebracht hat, ist in diesem Sinne möglicherweise auch seiner Unerfahrenheit zuzuschreiben, wo er solche Aussagen in Zukunft vielleicht meiden wird. Was ich von ihm aber nicht meiden möchte, sind die kritischen und auch offenen Darlegungen seiner Sicht, wie sich die Stadt entwickeln soll.

Christian Werner: Ich möchte als GPK-Sprecher noch etwas sagen, nicht mehr inhaltlich, aber an die Adresse von Daniel Schneider. Du weisst genau, dass die GPK wie jede andere Kommission vertraulich ist, und ich finde es eine Frechheit, dass Du hier irgendwelche Namen herum bietest. Es würde mich schon noch interessieren, woher Du sie überhaupt kennst. Wenn Du schon etwas machst, das Du nicht machen dürftest, mach es wenigstens richtig. Du zählst Namen auf, die dem offenbar zugestimmt hätten. Ich habe vorher gesagt, es sei dem mit Stichentscheid zugestimmt worden. Du bist als Landschaftsarchitekt besser in Mathematik als ich. Wenn neun Personen in einer Kommission sind und fünf zustimmen, braucht es wahrscheinlich keinen Stichentscheid. Wenn Du schon machst, was Du nicht machen solltest, und ich bitte Dich, dies nicht mehr zu tun, dann mache es wenigstens richtig.

Infolge technischer Probleme mit der Anlage wurden die Voten teilweise nicht aufgenommen.

Dr. Markus Ammann: Ich bin froh über das Votum von Christian Werner. Es zeigt ganz klar, dass es keine Mehrheit der GPK gab, sondern genau die Hälfte war dafür und die Hälfte dagegen. Da hast Du richtig gesagt. Ich möchte es Dir auch nicht ankreiden. Du hast es nur noch einmal verdeutlicht. Man spricht dann aber gleichwohl immer wieder von der Mehrheit. Es war faktisch natürlich nur die Hälfte. Gert Winter hat heute schon einmal gesagt, jemand habe sich instrumentalisieren lassen. Hier bin ich durchaus gleicher Meinung, glaube aber, dass sich in diesem Sinne die GPK instrumentalisieren liess. Sie hat Politik gemacht.

Infolge technischer Probleme mit der Anlage wurden die Voten teilweise nicht aufgenommen.

Sie hat etwas ganz anderes gemacht.

Für mich persönlich relativ unseriös. Sie wollte verhindern, dass das Parlament über etwas diskutiert. Das finde ich undemokratisch. Schlimmer noch: Sie hat im Wissen darum – und es ist heute Abend noch einmal gesagt worden – dass es ja eine Vorlage braucht und wir Geld brauchen und vermutlich auch die 1,25 Millionen Franken brauchen, will sie dies heraus streichen und ein Budget präsentieren, dass schlichtweg falsch ist. Sie provoziert damit Nachtragskredite, wo immer kritisiert wird, man solle möglichst wenig Nachtragskredite machen. Ich finde diese Haltung der GPK etwas seltsam. Natürlich kann ich verstehen, dass man Zeichen setzen will. Aber es nicht an der GPK, in diesem Moment solche Zeichen zu setzen.

Urs Knapp: Ich wollte nicht über den Stadtplaner diskutieren, sondern habe eine Frage an Martin Wey gestellt, die nicht beantwortet ist. Bist Du auch der Meinung, dass der Stadt nicht mehr zu helfen ist, wenn die Ideen der Innenstadt nicht realisiert werden?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Eine ganz knappe Antwort. Dieser Stadt ist hoffentlich immer zu helfen. Davon bin ich überzeugt. Immer.

Dr. Arnold Uebelhart:

Infolge technischer Probleme mit der Anlage wurden die Voten teilweise nicht aufgenommen.

der GPK-Mitglieder. Merci.

Daniel Dähler: Ich bin hier angesprochen worden und oute mich definitiv, dass ich einer derjenigen war. Dann ist es zumindest bei mir jetzt öffentlich. Hellseherisch ist vorher ins Feld geführt worden. Davor haben wir eine Steuerrdiskussion geführt, wo andere auch hellseherische Fähigkeiten hatten. Von daher denke ich, dass wir auf einem ähnlichen Niveau waren. Es war letztlich nicht nur die Kommunikation. Ich möchte vor allem als Mitglied der GPK und nicht als FdP-Mitglied sprechen. Es war nicht nur die Kommunikation, die uns in diesem Sinne das Gefühl gab, dass im Moment etwas nicht stimmt, sondern es war ein Gefühl, das dazumal am runden Tisch mit einem guten Gefühl angefangen hatte, wo man den Eindruck hatte, es gehe jetzt vorwärts. Man geht mit kleinen vernünftigen Schritten vorwärts, macht etwas und probiert einmal etwas aus. Was wir inzwischen haben, ist wieder ein riesiges Projekt, das fast wieder an die Vorlage der letzten Abstimmung erinnert, die vielleicht an einem grossen Thema gescheitert ist. Das war schliesslich das Parkhaus oder zumindest die Instrumentalisierung des Parkhauses. Heute haben wir einen Vorschlag, der einseitig gefärbt ist und in der Resonanzgruppe – das muss man als Bürgerlicher zur Kenntnis nehmen – ist das Gewerbe wie auch die bürgerliche Seite für unsere Stimmungslage leicht untervertreten respektive gehen die Stimmen effektiv auch unter. Das hat sich in diesem Sinne im Rahmen dieser Kommunikation gezeigt, dass es irgendwo durch systematisch in diese Richtung läuft. Vielleicht unterstellen wir jetzt etwas. Aber die Instrumentalisierung ist bis zu einem gewissen Grad vorhanden. Das ist einfach etwas, das uns letztlich das Gefühl gegeben hat, dass das Projekt, und das ist in diesem Rahmen nicht schon beim ersten Mal von der GPK genannt worden, bereits auch in der Kommission für Stadtentwicklung, und es ist einfach relativ schnell abgetan worden. Ich denke, wenn man dort irgendeinmal die Reisslinie zieht, muss man irgendwo durch auch mit den Konsequenzen rechnen, wobei man auch sagen muss, dass die Konsequenzen nicht gewaltig sind. Schliesslich versenken wir heute nicht ein Projekt. Eine normale Vorlage wird kommen, in einem ganz normalen Zyklus, wie es vorgesehen ist. Es wird auch keine Verzögerung geben. Von daher ist es nicht so gewaltig. Es ist ein kleines Zeichen, wo einmal der Finger erhoben und gesagt wird: Vielleicht müssen wir die Systeme, wie sie im Moment laufen, und die Projektierung leicht hinterfragen. Ich sage auch nicht: Es ist nur einseitig getrieben. Ich möchte hier auch nicht schwarz/weiss malen. Aber ich denke, es war ein kleiner Zeigefinger, auf den man zumindest einmal Rücksicht nehmen muss. Ich glaube, dies ist in dieser Phase auch nicht schlecht, auch für die Resonanzgruppe, dass man dort etwas kritischer anhört, meiner Ansicht nach auf die ganze Breite, die schliesslich vertreten ist und nicht nur über ein Übergewicht, das teilweise auch aus Organisationen kommt, die tendenziell eher links orientiert sind. Das ist halt einmal so. Das ist irgendwo die Gewichtung, wenn man die Leute an diese Veranstaltungen mit hinein nimmt.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte an das Votum von Daniel Dähler anschliessen. Es passiert tatsächlich nicht viel, wenn wir dem Antrag der GPK zustimmen. Ich empfehle Euch dies. Aus welchem Grund möchte ich gleich erörtern. Martin Wey hat gesagt, es sei ein Prozess ausgelöst worden. Wenn man mit einem richtigen „Chlapf“ an den Kopf einen Prozess auslösen will, so wie es mit dem Communiqué passiert ist, dann hat man dies

gemacht. Die Reaktion beim Gewerbe und vor allem auch bei den Gewerblern der Innenstadt, die hier direkt betroffen sind, war natürlich schon gewaltig. Ich stelle fest, dass der Stadtrat hinter dieser Sache steht. Es ist gesagt worden und offenbar war das Communiqué vom 14. November 2011 mit dem Titel „Stadtrat stellt sich hinter das neue Verkehrsregime“ auf der Homepage. Wenn wir als Gemeinderäte dies nicht wollen, müssen wir heute ein Zeichen setzen, und ich bitte Euch, dies zu tun, weil die vorliegende Planung in etwa dem entspricht, was der Stimmbürger am 13. Februar abgelehnt hat. Bis auf ein paar wenige Parkplätze werden alle weg geräumt, so wie es in der Vorlage auch stand. Dort gab es verkehrstechnisch auch noch andere Sachen. Das gebe ich zu. Aber im Wesentlichen entspricht dies der Vorlage. Ich finde, das ist ein Affront, nicht nur gegenüber dem Gewerbe, sondern auch gegenüber dem Stimmbürger. Wer dies nicht goutiert, sollte heute dem Antrag der GPK zustimmen.

Daniel Schneider: Lieber Christian, bevor Du Deine Leute an der nächsten Sitzung rüffelst: Ich habe keine Informationen aus der GPK erhalten. Ich habe nämlich heute etwas ganz Banales gemacht. Seit langem bin ich wieder einmal auf die Website unserer Stadt und habe geschaut, wer überhaupt GPK-Mitglied ist, habe grün und rot zusammen gezählt und jetzt zugehört, was Du vorher gesagt hast. Dann ist die Rechnung relativ nahe, dass es so ist. Dies einfach zur Aussage, dass ich gemeint habe, es seien tatsächlich neun dort gewesen. Ich möchte niemanden von der GPK verunglimpfen. Neun waren anwesend, jemand hat sich enthalten. Du siehst, ich weiss alles nicht. Es tut mir leid, wenn ich hier einen Fehler gemacht habe, habe es aber als wichtig empfunden, meine Ärger und meine Wut kund zu tun und zwar überhaupt nicht wegen dieses Geschäftes, sondern wegen der Mentalität, die man sich hier aneignet, nämlich uns zu verbieten, über ein Geschäft zu diskutieren. Das hat mich enorm aufgeregt. Es ist klar, dass wir das Geschäft noch tausend Mal diskutieren werden. Ich möchte es auch nicht verlängern. Das hat mich gestört und sehr wütend gemacht. Die Sicht von Daniel Dähler lehne ich natürlich vollständig ab. Es hatte einfach schon immer Tradition, dass bei diesen Mitwirkungsverfahren sogenannte Linke oder Grüne oder wie Du sie nennen möchtest, anwesend sind. Die Bürgerlichen glänzen tatsächlich mit Abwesenheit. Keine Ahnung wieso.

Christian Werner: Ich möchte noch kurz aus der Sicht der Fraktion sprechen. Wir unterstützen, wie es wahrscheinlich wenig überrascht, den GPK-Antrag. Daniel, es ist nicht so, dass die Bürgerlichen mit Abwesenheit glänzen. Gert Winter und ich waren bis jetzt an jeder Sitzung, haben teilgenommen und haben uns dort auch ganz klar geäußert. Nur ist es nicht ganz so aufgeschrieben worden, wie wir es gesagt haben. Wenn fünf negative Voten und ein positives gefallen sind, ist das positive aufgeschrieben worden. Erst auf Nachhaken hat man hat man dann nachher mehr oder weniger widerwillig noch das Negative aufgeschrieben. Konkret möchte ich zum Antrag noch kurz etwas zu einer Aussage von Antonia Hagmann etwas sagen. Sie hat gesagt, wenn man dem Antrag zustimme, sei es ein Misstrauensvotum gegenüber der Resonanzgruppe. Meine Meinung ist, dass dies überhaupt nicht stimmt. Die Resonanzgruppe hat gar nichts beschlossen. Dort sind wir beim Punkt. Das ist eben Kommunikation. Es hat gestanden, dass die Resonanzgruppe die Leitlinien ausgearbeitet habe. Aber sie hat gar nichts ausgearbeitet. Martin Wey hat vorher die Funktionen der Resonanzgruppe erläutert. Darüber darf man reden, weil die Resonanzgruppe nämlich das Öffentlichkeitsprinzip beschlossen hat. Sonst dürfte ich ja nicht daraus reden. Man hat dort Spielregeln abgemacht. Dort war klar geschrieben: „Die Resonanzgruppe hat keine Entscheidungskompetenzen. Sie kann Empfehlungen aussprechen und Anregungen formulieren“. Dann verstehe ich nicht ganz, wie man nachher irgendetwas verabschieden soll, wenn man keine Entscheidungskompetenzen hat und wie man nachher, wenn man einem Antrag zustimmen würde, dies als Misstrauensvotum verstehen könnte. Das stimmt nicht. Wenn es ein Misstrauensvotum ist, ist es ein Misstrauensvotum an die Adresse der Planungen aus dem Stadthaus, aber sicher nicht der Resonanzgruppe.

Antonia Hagmann: Ich verstehe die ganze Aufregung nicht. Die Resonanzgruppe gibt eine Empfehlung, und wir können nachher entscheiden. Deshalb sehe ich auch nicht ein, weshalb man jetzt den GPK-Antrag unterstützt. Die Resonanzgruppe spürt jetzt wahrscheinlich etwas, was das Parlament denkt und fühlt. Das kann weiter gegeben werden, und wir können nachher entscheiden, wenn die Vorlage kommt. Deshalb denke ich, dass wir das Ganze abschliessen können.

Beschluss

Mit 29 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag der GPK auf Streichung des Kredites in der Höhe von 1,25 Millionen Franken zu Gunsten der Investitionsrechnung 620.501.112 abgelehnt.

Beilage zu Voranschlag

Keine Bemerkungen.

Beschlüsse

1. einstimmig
2. 41 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen
3. einstimmig
- 4./5.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Hier liegen drei Anträge vor. Der Stadtrat beantragt dem Parlament für natürliche und juristische Personen 95 %. Die SP möchte den Steuerfuss für natürliche Personen bei 100 % belassen und für juristische ebenfalls. Es steht noch ein Antrag der Grünen im Raum, der die natürlichen Personen mit 98 % und die juristischen ebenfalls mit 98 % besteuern möchte.

Die Anträge auf 100 % und 98 % werden gegenüber gestellt.

Mit 32 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen obsiegt der Antrag auf 98 %.

Die Anträge der Grünen auf 98 % und des Stadtrates auf 95 % werden gegenüber gestellt.

Mit 29 : 19 Stimmen obsiegt der Antrag auf 95 % für juristische und natürliche Personen.

6. einstimmig
7. einstimmig
8. 41 : 6 Stimmen bei 1 Enthaltung
9. einstimmig

Gesamtbeschluss

Mit 44 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Voranschlag 2012 der Laufenden Rechnung mit einem Mehrertrag von Fr. 720'300 wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 35'567'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird auf 95% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird auf 95% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 658'000 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstab Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 38'700 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 30'526'300 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 13

Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegung Budgetgrundlage

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Gestützt auf Art. 22 Personalreglement legt das Gemeindeparlament auf der Summe der Gehälter und Zulagen des Gemeindepersonals allfällige Lohnanpassungen fest. In den letzten Jahren wurden Lohnanpassungen für das städtische Personal wie folgt gewährt:

2006	1,1%
2007	1,6%
2008	1,5%
2009	1,0%
2010	0,7%

Zur Zeit der Budgeterstellung sagten die Prognosen eine durchschnittliche Jahresteuierung von je 0,7% im Jahr 2011 sowie im Jahr 2012 voraus, auf welche der Stadtrat daher seine Berechnungen abstützte.

Die Besoldungsordnung für die Lehrpersonen richtet sich nach den kantonalen Vorschriften bzw. dem am 1.1.2005 in Kraft getretenen Gesamtarbeitsvertrag. Der Regierungsrat und die Personalverbände einigten sich darauf, dass dem Staatspersonal auf 1.1.2012 eine Lohnerhöhung von 0,5% zugestanden wird.

2. Antrag des Stadtrates

Die Betriebskommission und die Verbände VPOD, VSPB und PSO haben mit Schreiben vom September 2011 eine generelle Lohnanpassung von 1% gefordert und dies mit einem markanten Nachholbedarf gegenüber den kantonalen Angestellten und damit den Lehrpersonen sowie mit einem Ferienanspruch des städtischen Personals von lediglich vier Wochen begründet.

Der Stadtrat kann der Argumentation dahingehend folgen, dass die Lohnanpassung für das städtische Personal aus den genannten Gründen durchaus über derjenigen der kantonalen Angestellten liegen darf und auch soll. Er beantragt jedoch die Lohnpassung für das städtische Personal gegenüber der Forderung der Personalverbände auf den vom Bundesamt für Statistik Mitte Jahr vorausgesagten Wert von 0,7% zu reduzieren.

Beschlussesantrag:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2012 im Sinne der Erwägungen eine Lohnanpassung von 0,7% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Der Stadtrat und alle Mitarbeitenden der Stadt treten in den Ausstand.

Marcel Steffen, GPK: Der vorliegende Bericht und Antrag über die Lohnanpassung konnten wir alle lesen. Der Stadtrat hat aufgrund der budgetierten Zeit und Prognosen die Zahlen gesehen und sich mit den dargelegten Gründen auch für eine Lohnanpassung von 0,7 % ausgesprochen. In der GPK haben wir die Lohnanpassung diskutiert und grossmehrheitlich den Änderungsantrag der GPK auf 0,5 % beschlossen. Den Antrag auf Erhöhung der Lohnanpassung auf 1 %, der jetzt ebenfalls vorliegt, haben wir ebenfalls grossmehrheitlich abgelehnt. Die Gründe für die Reduktion auf 0,5 % sind relativ rasch und einfach erklärt. Der Kanton gibt aufgrund der mittleren Jahresteuern 0,5 %. Sie wäre sogar nur 0,4 %, wenn man die Rechnung vom Juni 2010 bis Mai 2011 machen würde, gemäss GAV des Kantons, wie er dies berechnet. Die Prognose des Bundesamtes für Statistik spricht für 2012 von einer Teuerung von 0,4% und 2012 sogar 0,3 %. Nicht vergessen dürfen wir auch die Besserstellung der städtischen Angestellten, seit wir das neue Lohnsystem und die Einreihungsgrundlagen geschaffen haben. Die GPK erachtet eine Lohnanpassung um 0,5 % als angemessen.

Dr Arnold Uebelhart: Die SP-Fraktion ist einstimmig für die 0,7 %. Wir sind der Auffassung, dass der Vorschlag des Stadtrates sehr gut begründet ist. Er beinhaltet auch die Punkte Ferienwoche und Kanton. Dort haben wir die Unterschiede gesehen. Unsere Diskussion ist wie folgt gelaufen: Wir haben einmal gesehen, wo eigentlich Nachholbedarf wäre. Das ist die Tabelle Kanton/Stadt. Seit 2006 wären wir im Prinzip 2,2 % im Rückstand. Kritisch angemerkt haben wir, dass die Argumente der Verbände auf 1 % für uns wenig substantiiert gewesen sind. Wir waren der Auffassung, dass bei der Ferienwoche, die sie ins Feld führen, auf anderem Weg versucht werden soll, sie ins Reglement aufzunehmen, wirklich eine fünfte Woche und nicht mit dem Lohn argumentieren. Bezüglich des Werkhofpersonals, das eher weniger verdient, war uns etwas unklar, wie Wochenenddienst usw. vergütet werden. Die Zulagen müssten wir noch anschauen. Selber habe ich mir noch Folgendes überlegt: Zu den ausgewiesenen 2 % Unterschied zwischen Kanton und uns: Urs Knapp hat recht. Es stimmt, dass der Personalaufwand tatsächlich um Fr. 600'000.— steigt, was 3 % ausmacht. Wir haben uns sagen lassen, dass dies die Besoldung die bereits erwähnte Besoldungsrevision war, wo die Leute wirklich besser gestellt wurden. Bei den Lehrern sehen wir aber, dass die Besoldung um 1,2 Millionen Franken steigt. Das ist auch erheblich. Wir sehen, dass die Pensionskasse um Fr. 200'000.— und UVG Krankenkasse Fr. 30'000.— steigen. Für das Personal liegt doch einiges drin, eigentlich mehr als die 0,7 %. Der Stadtrat hat ja auch mit den Leuten gesprochen. Wie er für das Budget auch mit den Firmen spricht, redet er auch mit den Leuten, die hier etwas zu sagen haben. Wenn man nun hier relativ willkürlich herunter geht – wenn der Kanton einmal darunter liegt, sind wir dafür, wenn er oben war, sind wir auch nicht immer gefolgt – finde ich eigentlich die Anerkennung noch etwas sehr Wichtiges, dass man jetzt nicht einfach unter dem Strich sagt: 0,5 % reicht. Ich finde dies nicht so gut, denn das ist ein längerer Prozess, und wir kappen ihn jetzt. Ich habe dies etwas

als eine Schikane empfunden. Die SP-Fraktion ist einstimmig für die 0,7 %. Die Grünen haben 1 % gefordert. So wie die Diskussion jetzt ist, wären wir für Stimmfreigabe.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Wir sind anderer Meinung als Arnold Uebelhart. Der GPK-Sprecher hat es mit der Gleich- oder Ungleichbehandlung bereits etwas angesprochen. Ich habe dies im letzten Jahr kritisiert, nämlich die Tatsache, dass der Argumentation des Stadtrates folgend eigentlich jeweils Regierungsrat Wanner indirekt bestimmt, welche Lohnanpassung wir in diesem Saal zu genehmigen haben. Wenn irgendwelche Anträge formuliert wurden, die anders gelautet haben, vor allem tiefer waren als das, was der Kanton gewährt hat, wurde es eigentlich immer mit dem Argument der Gleichbehandlung abgewürgt. Wir nehmen jetzt den Stadtrat ganz einfach beim Wort, pochen auf Gleichbehandlung, stellen fest, dass der Kanton 0,5 % gewährt hat und folgen dem entsprechend, auch im Wissen darum, dass die Teuerung 0,5 % betrifft und wir diesen Teuerungsausgleich gewähren, aber keine Realloohnerhöhung daraus machen möchten, auch vor dem Hintergrund, dass die Löhne für die öffentlichen Angestellten in der Stadt Olten gut sind.

Felix Wettstein, Grüne: Christian, ich muss Dir widersprechen. Es war zwar Eure Position, dass Ihr nicht immer einfach mitziehen wolltet, wenn es beim Kanton hinauf gegangen ist. Mit dieser Position habt Ihr tatsächlich Mehrheiten erreicht. Das hat bewirkt, dass allein vor zwei Jahren, als wir zu einem ähnlichen Zeitpunkt im November hier zusammen gesessen haben – Du dabei – man dem städtischen Personal sage und schreibe 1,2 % weniger Lohnanstieg gewährt, als es damals die kantonalen Angestellten hatten. Auch drei oder vier Jahre vorher hat man 0,5 % weniger gewährt. Es ist begründet, dass die kantonalen Angestellten deutlich mehr gestiegen sind bzw. in etwa mit der Teuerung gestiegen sind, während dem das städtische Personal zweimal Reallohneinbussen hatte, weil das Parlament deutlich weniger geben mochte als der Anstieg beim Kanton war. Noldi, in diesem Sinne kommen wir tatsächlich zu einem anderen Schluss, wie man das, was die Personalverbände in ihrem Begleitschreiben, das wir alle erhalten haben, mitgegeben haben, einschätzen soll. Wir sind der Meinung, dass es eine äusserst moderate Forderung ist, auf 1,0 % zu gehen. In gewerkschaftlichen Kreisen gibt es die Forderung bis zu 3 %. Es ist klar, dass dies mit gewissen Branchen zu tun hat. Für uns ist es sehr begründet, weil man ja nicht einmal den ganzen Rückstand beantragt, um wett zu machen, sondern um nur ein kleines Zeichen zu setzen. Für uns ist aber das andere Argument mindestens so wichtig, die Tatsache, dass die Stadt in der letzten Zeit deutlich besser Rechnungen abschliessen konnte als budgetiert wurde. Der grosse Teil ist das Glück, einen guten Steuerzahler an Bord zu haben. Was aber auch dazu beigetragen hat, wenn man die Details betrachtet, ist, dass man eben auch im Einzelnen effizienter gearbeitet hat. Man hat durch eine gute Arbeitsorganisation tatsächlich seitens der Ausgaben zum Teil gespart. Bei den beeinflussbaren Einnahmen hat man sie auch herein geholt. Wenn wir jetzt grosszügig von Steuersenkungen sprechen können, ist ein Teil des Dankes nicht nur den Steuerzahlenden zurück zu geben, sondern ein Teil des Dankes ist auch dem Personal geschuldet. Es ist ein sehr moderater Anteil. Unsere zusätzlichen 0,3 % machen umgerechnet rund 1 Steuerpromill aus.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: In seiner Rechnung hat Felix Wettstein etwas vergessen. Das möchte ich gleich einleitend sagen. Wir hatten noch die Besoldungsrevision, die auch etwas mehr Geld gegeben hat. Dies müsste fairerweise auch noch gesagt werden. Wenn es wirklich so schlecht wäre, bei der Stadt zu arbeiten, würden wir ja keine Leute mehr finden und es würde niemand mehr für die Stadt arbeiten. Bis jetzt habe ich nicht gehört, dass die Stadt unattraktive Arbeitsanstellungen hat. Ich glaube, man kann es einfach sagen und Arnold Uebelhart hat es etwas angetönt: Die Lohnsumme steigt um 3 %. Wenn wir weniger neue Stellen schaffen, haben wir mehr Geld an die Leute, die hier arbeiten, zu verteilen. Ich möchte jetzt doch hinweisen – Felix Wettstein hat dies nämlich letztes Mal auch gemacht, und ich habe dies interessant gefunden – dass der Sonntag am letzten Sonntag einen Vergleich gemacht hat. Letztes Mal hat es Felix Wettstein noch gesagt. Diesmal passt es vielleicht nicht: Erhöhung der Lohnsumme in Prozenten. Man liest hier zum Beispiel „Coop 0,3, Migros 0,5“. Es geht um die Lohnsumme inklusive alle Beförderungen und

Neuanstellungen. Dann kommt in der Zusammenstellung der Kanton Zürich mit 0,9, der Kanton Solothurn mit 1,5, der Kanton Aargau mit 1,5 und die höchste ist die Holcim mit 2,5 % mehr Lohnsumme. In der Zusammenstellung gefehlt hat die Stadt Olten. Wir hätten einen Spitzenrang. Mit 3 % mehr Lohnsumme wären wir zuoberst auf der Liste. Das ist genau das. Wenn wir einfach immer mehr Stellen für das Personal schaffen, haben wir weniger Geld für diejenigen, die hier arbeiten.

Felix Wettstein: Urs Knapp, ich weiss sehr wohl zu unterscheiden zwischen der Lohnsumme und einem Lohnanstieg pro Person bzw. beispielsweise pro 100 Stellenprozente. Unsere Begründung: Wir beantragen 1,0 %. Wenn man unsere Begründung liest, sieht man, dass wir dies nicht mit Blick auf die Lohnsumme tun, sondern mit Blick auf das, was pro Stelleneinheit zusätzlich bezahlt wird. Zum wiederholten Mal ist hier behauptet worden, man habe sich doch mit der Besoldungsrevision dem Personal gegenüber grosszügig gezeigt. Das ist aus zwei Gründen eine völlig verquere Argumentation. Erstens war die Besoldungsrevision nötig, weil das frühere Besoldungssystem nach all unseren Überzeugungen rechte Ungerechtigkeiten enthalten hatte. Zweitens: Die eingesetzte Summe, um die Besoldungsrevision insgesamt durchzuführen, war alles andere als eine generelle Lohnerhöhung, sondern ein Anheben derjenigen, die nach heutiger Einschätzung lange Zeit eindeutig zu tief und vor allem in der internen Balance am falschen Ort waren. In diesem Sinne können nicht Äpfel mit Birnen aufgewogen werden. Die Besoldungsrevision war etwas Separates, das überhaupt nichts damit zu tun hat, wie sich die generelle Lohnentwicklung für das Personal auszahlt. Wenn wir heute 1 % dazu geben, sind wir tiefer als der Schnitt der öffentlichen Verwaltung und zwar nicht in der Lohnsumme, sondern im Anstieg pro Person.

Heidi Ehrsam: Bei dieser Diskussion möchte ich nicht werten, ob 0,7 %, 1 % oder 0,5 % der richtige Anstieg ist. Mehr stört mich, dass etwelche Reallohneinbussen gegenüber den Kantonsangestellten auf Jahre zurück aufgerechnet werden. Für mich ist die Einführung der Besoldungsrevision wie eine Schnittstelle. Wenn ich mich richtig erinnere, hatten wir seit der Einführung der Besoldungsrevision immer eine Gleichbehandlung mit den Kantonsangestellten. Als es um die Abstimmung der Besoldungsrevision ging, kann ich mich erinnern, dass wir dort kürzer getreten sind, weil wir die Abstimmung über die Besoldungsrevision bei der Bevölkerung nicht gefährden und überladen wollten. Unsere Fraktion hat sich seither eigentlich immer für die Gleichbehandlung eingesetzt. Das hat aber auch der Stadtrat gemacht. Christian Werner hat es bereits gesagt. Wenn sich in früheren Jahren hier eine gewisse Diskrepanz ergeben hat, ist jetzt sicher nicht der Zeitpunkt, dies nach der Besoldungsrevision irgendwie nach zu boxen. Vielleicht könnte ich Felix Wettstein recht geben, dass die Besoldungsrevision gerade für die niedrigen Einkommen und mit den enthaltenen Elementen nicht in allen Teilen ein solcher Hit, vor allem für die niedrigen Einkommen ist. Aber das haben wir damals schon gewusst, diejenigen, die es sehen wollten. Wir haben jedoch zur Besoldungsrevision ja gesagt und seither bei den Lohnanpassungen weitgehend mit dem Kanton gleich gezogen. Deshalb unterstütze ich den GPK-Antrag und nicht, weil ich 0,7 oder 1 % komplett daneben finde.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Thomas Rauch: Erstens: Wenn der Kanton irrt, ist dies noch kein Grund, dem zu folgen. Ich möchte vorausschicken, dass der Kanton primär von Nationalbankausschüttungen lebt. Zu den Fakten: Sie sind so, dass wir einen Konsumentenpreisindex haben, der seit Juni um 0,9 % abgenommen hat, denn wir haben im Oktober bereits eine negative Inflation. Die Nationalbank hat am Wochenende kommuniziert, dass die Inflation 2011 sehr, sehr gering war und 2012 eine negative Inflationsrate erwartet wird. Dies einmal zu den ökonomischen

Fakten. Deflation 2012 ist ein Szenario, das offensichtlich ist. Zweitens: Jetzt wird hier über Prozente gesprochen, wie wichtig dies ist. Überlegen wir einmal, was dies bedeutet. Welches ist die Wirkung des Teuerungsausgleichs? Wer Fr. 100'000.— verdient, wird einmal pro Monat für Fr. 40.— am Abend gehen können. Wer Fr. 200'000.— verdient, kann noch den Ehepartner oder wen auch immer mitnehmen. Wer Fr. 50'000.— bis Fr. 100'000.— verdient, bei dem ist der Effekt mehr oder weniger nicht spürbar. De facto: Die Massnahme ist eine Umverteilung, die immer gegen oben geht. Die Lohnschere wird grösser. Ich glaube, die SP hat dieses Instrument immer noch nicht verstanden. Es ist nämlich sehr asozial in der Wirkung. Der gesamtwirtschaftliche Effekt: Einkommensklassen über Fr. 100'000.— werden kaum mehr konsumieren. Dann haben wir einfach eine höhere Sparquote. Die Lohnsumme steigt einfach um 3 %. Ich glaube, es ist nicht die Zielsetzung der Stadt. Als positiv empfinden würde ich eigentlich ein ganz anderes Szenario, nämlich, dass man sagen würde: Die Stadt hat 4 % Personalkosten einsparen können. Das Personal soll 2,5 oder 3 % davon haben. Das ist der Weg, den es gehen muss. Hier die Prozentspalterei 0,5, 0,7, 1,0. Für Fr. 200'000.— gibt es Fr. 80.— pro Monat. Für die meisten Lohnbezüger der Stadt – ich kenne die Statistik nicht genau – ist es marginal, und wir reden hier ziemlich lange darüber. Faktenökonomisch zeige ich Deflation. In der realen Welt haben alle, die exportieren mehr oder weniger eine negative Margenentwicklung. Sie bangen um ihre Jobs. Head Quarters von internationalen Firmen sehen ihre Mitarbeitenden als Eurokostenstelle oder Dollars. Sie nehmen sehr wahrscheinlich zum Teil Lohn einbussen von 30 bis 40 % in Kauf. Vielleicht sind es andere Dimensionen. Aber es muss einfach einmal gesagt werden. Wir reden hier über 0,3 oder 0,5 und es ist de facto asozial. Deshalb finde ich eigentlich, man sollte sich, wenn man das Personal in den Vordergrund stellen möchte, darum bemühen, dass die Lohngruppen, die knappe Einkommensverhältnisse haben, vernünftige Löhne haben und die Lohnschere nicht immer wieder gegen oben öffnet. Das wäre eigentlich die Richtung, die es gehen sollte. Ich weiss, dass die Schweizer an ihrem Lohnausgleich oder an diesen Prozenten 0,2, 0,3 hängen werden, tagelang darüber streiten können. Der Effekt ist gleich null. Man kann dann immer die ideologischen Konzepte darüber herunter beten. Die Wirkung ist auch falsch, und in der Regel kommt der Teuerungsausgleich dann zum Zug, wenn er bereits in der Deflation steht. Dies zur Logik, die wir hier anwenden. Nachdem, was ich gehört habe, muss ich sagen, dass ich jetzt für 2012 einen Antrag auf eine Nullrunde stelle. Ich weiss, dass es eine kleine Phantasie ist. Aber ich möchte ein Zeichen setzen, dass man einmal überlegt, was man mit diesen Promill- und Prozentdiskussionen macht und was das Ganze soll. Man soll die Leute bei der Stadt korrekt und gut entschädigen und diejenigen, die zu tiefe Löhne haben, bitte entsprechend anpassen und dem Personal, wenn Personalkosten gespart werden können, einen grossen Anteil zurück geben. Das wäre die Richtung, die langfristig zukunftsfähig ist.

Dr. Markus Ammann: Ich finde das soziale Engagement, das ich von Thomas Rauch plötzlich höre, ja toll. Wahrscheinlich bist Du in diesem Sinne in der völlig falschen Partei. Ich staune etwas. Wenn ich die Argumentation, die ich jetzt gehört habe, weiter verfolge, kann man es ja einmal umkehren und fragen: Weshalb reden wir denn über Steuersenkungen? 1, 2, 3 % macht bei mir in der Tasche auch nur 80 Franken aus. Aber das will man dann unbedingt. Hier verstehe ich die Logik nicht. Dann wird die Stadt immer tel quel eins zu eins mit einem privaten Unternehmen verglichen. Im Prinzip kann man die Leute entlassen. Dann haben wir für die wenigen Leute, die wir noch haben, mehr Geld. So funktioniert es halt nicht. Wir sind keine Novartis, die dies kann, sondern ein öffentliches Unternehmen, das Aufgaben hat, die wir hier beschliessen. Diese Aufgaben sind zu erfüllen. Dafür braucht es Ressourcen. Dann können wir nicht einfach Leute entlassen und sagen: Wir brauchen sie jetzt nicht. Sondern wir bestimmen letztlich, was wir brauchen. Deshalb funktioniert dies auch nicht. Ich könnte jetzt auch noch etwas zur Lohnsumme sagen. Sie bezieht eben auch die Anzahl Köpfe der Mitarbeitenden ein. In der Regel sind die Lohnsummen auf die gleiche Anzahl Köpfe gerechnet. Wenn man bei der Stadt schaut, muss man sehen, dass wir wieder mehr Leute angestellt haben, offiziell hier im Parlament bewilligt. Dann müsste man dies eigentlich aus der Lohnsumme heraus rechnen. Von daher finde ich die Argumentation sehr

seltsam und schlage vor, sie bei den Steuern genau anzuwenden und bei 100 % zu belassen.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Mittlerweile liegen vier Anträge vor. Die GPK stellt folgenden Änderungsantrag: „Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2012 eine Lohnanpassung von 0,5 % gewährt. Der Antrag der Grünen lautet gleich, aber mit 1 %. Der Stadtrat möchte bekanntlich 0,7 %. Der Antrag von Thomas Rauch, FdP, lautet auf 0 %.

Der Antrag der Grünen „Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2012 eine Lohnanpassung von 1 % gewährt“ wird dem Antrag von Thomas Rauch, FdP, auf 0 % gegenüber gestellt.

Beschluss

Mit 25 : 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen obsiegt der Antrag von Thomas Rauch.

Der Antrag von Thomas Rauch wird dem Antrag der GPK gegenüber gestellt. Sie verlangt mit dem Antrag eine Lohnanpassung von 0,5 %.

Beschluss

Mit einer Mehrheit wird dem GPK-Antrag zugestimmt.

Der Antrag des Stadtrates auf eine Lohnanpassung von 0,7 % für das Jahr 2012 wird demjenigen der GPK auf 0,5 % gegenüber gestellt.

Beschluss

Mit 27 : 19 Stimmen wird dem Antrag der GPK auf 0,5 % zugestimmt.

Gesamtbeschuss

Mit 34 : 0 Stimmen bei 13 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2012 im Sinne der Erwägungen eine Lohnanpassung von 0,5% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Lohnbuchhaltung
Personaldienst
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 29/36

Prot.-Nr. 14

Sälischulhaus, Fassade Trakt 3, Sanierung/Kreditbewilligung

Zusammenfassung

Mit der geplanten Fassadensanierung des Traktes 3 nimmt die Energiestadt Olten ihre Vorbildfunktion bei der Sanierung von Gebäuden wahr. Dies gilt sowohl für den energetischen wie auch den konservatorischen denkmalpflegerischen Bereich. Gleichzeitig mit der Fassadensanierung werden auch die letzten potenziellen Gefährdungen durch schwach gebundene Asbestvorkommen beseitigt.

Der Stadtrat beantragt für die Fassadensanierung des Gemeinschaftstraktes einen Kredit von Fr. 3'050'000.00.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

1. Ausgangslage

Das Gemeindeparlament der Stadt Olten hat am 19. November 2009 den Baukredit für die Sanierung Fassade der Schultrakte Säli 1 und Säli 2 genehmigt. Auf Anfrage der Geschäftsprüfungskommission und diverser Fraktionen hat der Stadtrat im Rahmen der Parlamentsdebatte versichert, dass der Trakt 3 (Gemeinschaftstrakt) spätestens 2012 auch saniert werden soll. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag löst der Stadtrat sein Versprechen ein.

Das Sälischulhaus an der Engelbergstrasse 60 bis 64 in Olten wurde 1964 bis 1968 von den Oltnern Architekten Alfons Barth und Hans Zaugg erbaut. Als Mehrstufenschulhaus umfasst die Anlage drei klar voneinander abgegrenzte Baukörper (zwei Klassentrakte, ein Gemeinschaftstrakt mit Hauswirtschaftsschule, Turnhallen und Lernschwimmbekken), die rechtwinklig zueinander angeordnet auf 3 terrassenartigen Ebenen verschiedene Aussenräume ausscheiden. Die in Stahlskelettbauweise mit Vorhangfassaden ausgeführten Baukörper bestehen durch eine modular angelegte Raumorganisation mit flexibel gehaltenen Grundrissen. Prägend sind am Aussenbau die Rasterfassaden aus Glas mit Aluminiumprofilen.

Das Sälischulhaus gehört mit den Schulhäusern in Rothrist (1957–1961), Aarau (1959–1964) und Frauenfeld (1962–1968) zu den bekanntesten realisierten Bauten von Barth und Zaugg, die zur sogenannten «Solothurner-Schule» gezählt werden. Es ist ein für das Architektenduo charakteristischer Bau dieser Zeit und zeichnet sich durch eine streng geometrische Formgebung, modulare Koordination und einen hohen Grad an Flexibilität und Variabilität aus.

Die Schulhausanlage ist weitgehend in seiner ursprünglichen Form erhalten und somit als schützenswert einzustufen. Der Regierungsrat hat deshalb am 29. Juni 2010 das Sälischulhaus unter kantonalen Denkmalschutz gestellt und in das Verzeichnis der geschützten historischen Kulturdenkmäler des Kantons Solothurn eingetragen.

Das geplante Terminprogramm für die Sanierung der Trakte 1 und 2 konnte nicht ganz eingehalten werden. Da während der Sondierarbeiten für die neue Fassade völlig unerwartet schwach gebundene Asbestvorkommen (Spritzasbest) entdeckt wurden, gab es kleinere zeitliche Verzögerungen. Die Sanierung des Traktes 2 konnte Ende Herbstferien 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Sanierung des Traktes 1 erfolgt in Absprache mit den Verantwortlichen der Direktion Bildung und Sport in der ersten Jahreshälfte 2012. Einerseits wird durch diese Verschiebung um ein halbes Jahr die Renovationszeit verkürzt (mehr Sommer- als Winterzeit) und andererseits fällt die Sanierung des Trakt 1 zeitlich nicht mit den zahlreichen Neuerungen (Spezielle Förderung, Altersgem. Lernen, Frühfremdsprache) der Primarschule zusammen.

Die geplante Sanierung des Traktes 3 soll ab Anfang Juni 2012 erfolgen und nach den Herbstferien 2012 abgeschlossen sein.

2. Fassadenbeschreibung

Die Fassadenkonstruktion des Gemeinschaftstraktes (Trakt 3) wird gleich ausgeführt wie die Schultrakte 1 und 2. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf den konservatorischen Umgang mit der hochwertigen Bausubstanz gelegt, ohne die energetischen Aspekte zu vernachlässigen. Die nachfolgenden Abbildungen zeigen auf, dass die sanierte Fassade (Trakt 2) und die ursprüngliche Fassade (Trakt 1) ästhetisch genau gleich aussehen.



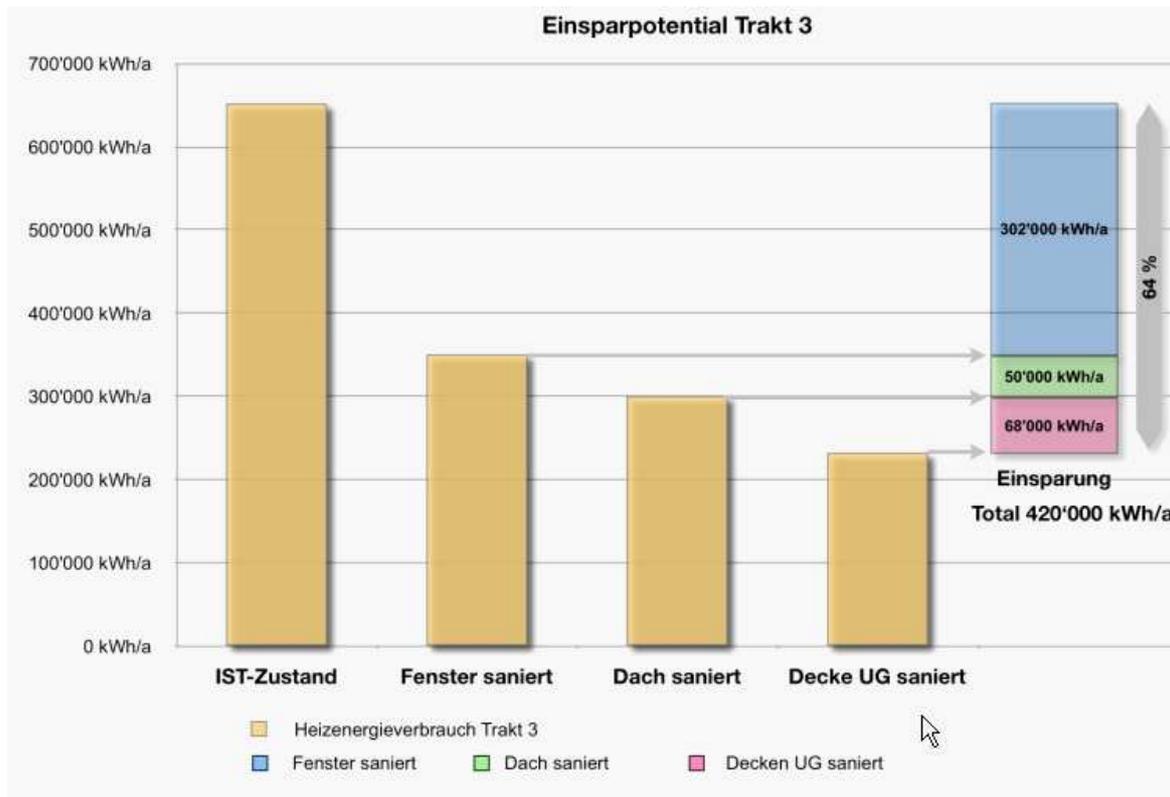
Trakt 1 ursprüngliche Fassade



Trakt 2 sanierte Fassade

3. Energetische Aspekte

Neben der Verbesserung der Behaglichkeit, durch die guten Wärmedämmwerte und der verbesserten Luftdichtigkeit einer neuen Fassadenverglasung kann eine erhebliche Reduktion des Heizenergiebedarfes erzielt werden. Die geplante Dachsanierung und die Deckendämmungen in den unbeheizten Räumen der Untergeschosse ermöglichen weitere energetische Verbesserungen. Die geplanten Massnahmen halten die strengen Zielwerte der Gebäudestrategie der Stadt Olten ein. Mit der Sanierung können ca. 64 % oder 420'000 kWh Heizenergie gegenüber dem aktuellen Verbrauch eingespart werden. Dies entspricht einer Menge Heizöl von ca. 40'000 bis 45'000 Litern pro Jahr.



4. Finanzielle Auswirkungen

4.1 Einmalige Kosten: Kostenvoranschlag

Die Kostenermittlung erfolgte grossmehrheitlich auf Grund von Unternehmerofferten.

Sämtliche geplanten Arbeiten wurden gemäss dem Gesetz über öffentliche Beschaffungen (Submissionsgesetz) ausgeschrieben und sind vergabereif. Der nachfolgende Kostenvoranschlag enthält keine Landkosten und keine Bauzinsen.

Kostenvoranschlag

(inkl. MwSt / Preisstand 01.04.2011 Zürcher Baukostenindex 114.0 Punkte / Basis 01.04.2005).

BKP	Bezeichnung	Betrag
21	Rohbau 1	1'600'000
22	Rohbau 2	445'000
23	Elektro- und Brandmeldeanlagen	410'000
24	Heizungs- und Lüftungsanlagen	55'000
27	Ausbau 1	65'500
28	Ausbau 2	150'000
29	Honorare	100'000
52	Muster, Modelle, Vervielfältigungen, Dokumentation	20'000
53	Versicherungen	5'000
56	Übrige Baunebenkosten	10'000
58	Übergangskosten für Rückstellungen und Reserven	190'000
Total Franken		3'050'000

4.2 Zu bewilligender Kredit

Zu bewilligender Kredit zu Lasten Konto-Nr. 293.503.039

Fr. 3'050'000.00

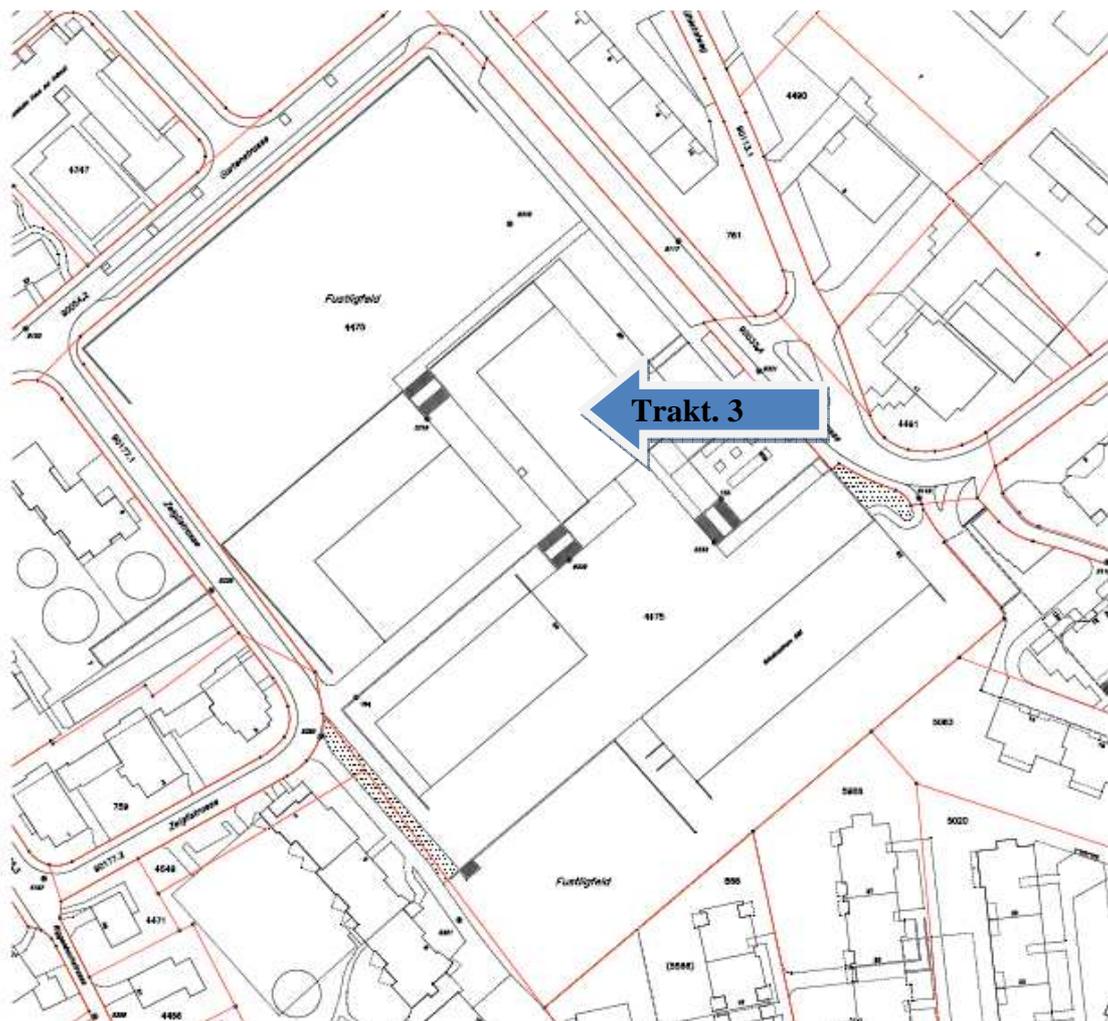
Vom Kanton oder Bund sind Beiträge von ca. Fr. 300'00.00 zu erwarten. Die definitiven Zusagen (Regierungsratsbeschlüsse etc.) erfolgen aber erst im Jahr 2012 nach dem Inkrafttreten der Kreditbeschlüsse.

Die Kosten sind im Investitions- und Finanzplan der Stadt Olten vorgesehen.

5. Organisation / Zuständigkeiten / Termine

Die Baudirektion ist als Baufachorgan für die Ausführung der Fassadensanierung zuständig und vertritt in dieser Eigenschaft die Einwohnergemeinde Olten. Die Projektleitung für die Realisierungsphase obliegt dem Hochbauamt. Die Vergabe von Aufträgen erfolgt durch die Baudirektion. Vorbehalten bleibt die Kompetenz des Stadtrates gemäss Art. 17 Geschäftsordnung des Stadtrats (Aufträge mit einer Kostenfolge von mehr als Fr. 200'00.00).

Die Fassadensanierung des Trakt. 3 ist ab Anfang Juni bis Mitte Oktober 2012 geplant.



Gleichzeitig mit der Fassadensanierung erfolgt die durch das Parlament bereits bewilligte Asbestsanierung. Dadurch werden die letzten potenziellen Gefährdungen der Benutzerinnen und Benutzer des Trakt 3 der Sälischulanlage beseitigt

6. Schlussbemerkungen

Die Fassadensanierung des Trakt 3 Sälischulhaus stellt wiederum ein wichtiges energiepolitisches Signal dar und die Energiestadt Olten bekennt sich einmal mehr zu einer nachhaltigen Strategie und zum aktiven Klimaschutz.

Neben der gestalterischen, funktionellen, technischen und finanziellen Optimierung ist auch die Nachhaltigkeit bei diesem Projekt besonders berücksichtigt. Mit der hochisolierten Fassade wird ein minimaler Energieverbrauch erreicht; dies im Einklang mit der bestehenden Bausubstanz.

Der Stadtrat ist überzeugt, mit der vorliegenden Fassadensanierung eine nachhaltige Lösung zu präsentieren und empfiehlt dem Gemeindeparlament, den Kredit zu genehmigen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Baukredit im Betrage von Fr. 3'050'000.00 wird zugunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 293.503.039 bewilligt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Züricher Baukostenindex vom 1. April 2011, Stand 114.0 Punkte / Basis 01.04.2005, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I. 1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Heidi Ehram: Der GPK-Sprecher hat vor zwei Jahren, als es um die Sanierung der Fassade der Trakte 1 und 2 des Sälischulhauses ging, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die GPK es bedauert, dass Trakt 3 nicht gleichzeitig saniert wird. Der Stadtrat hat dann versprochen, dass die Sanierung des Gemeinschaftstraktes spätestens im Jahr 2012 gemacht werden soll. Der Stadtrat hat sein Versprechen gehalten. Die entsprechende Vorlage steht heute zur Diskussion. Die GPK dankt dafür. Die Beratung dieses Geschäftes hat dann in der GPK nicht viel Zeit benötigt, weil Trakt 3 gleich saniert werden soll wie die Trakte 1 und 2. Zudem zeigt die bereits erfolgte Sanierung von Trakt 2, dass die geplante Fassadenkonstruktion und die Dachsanierung der wertvollen Bausubstanz des Schulhauses gerecht wird, aber auch energetisch eine bedeutende Verbesserung bringt. So war die Vorlage in der GPK unbestritten. Sie ist auf das Geschäft eingetreten und beantragt dem Parlament einstimmig, dem Beschlussesantrag zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die GPK-Sprecherin hat dieses Geschäft bereits sehr ausführlich dargelegt. Man kann ein Geschäft so lange vorstellen, bis man überall glaubt, dass es

wirklich eine gute Sache ist. Es geht immerhin um 3 Millionen Franken. Ich darf gleichwohl als Stadtrat noch etwas dazu sagen. Es ist tatsächlich in diesem Sinne einmal mehr eine Vorbildsvorlage des Parlaments, die auch ein energetisches, energiepolitisches Zeichen setzt und auch von den Abläufen bestens gewährleistet ist. Mir ist es einfach auch in dem Zusammenhang ein Anliegen zu betonen, dass die notwendig gewordene Zusammenarbeit, insbesondere auch mit der Direktion Bildung und Sport, sehr gut geklappt hat. Man denkt daran, dass auch mit Provisorien gearbeitet werden musste und im Frohheimareal entsprechende Bauten erstellt werden mussten. Von daher eine durchaus gelungene Vorlage, auch in der Gesamtkonzeption. Ich möchte Sie im Namen des Stadtrates bitten, dem Antrag zuzustimmen.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Die Fassaden eines Teils der Anlage sind ja bereits saniert worden, und es spricht nach unserem Dafürhalten nichts dagegen, im gleichen Sinn und Geist weiter zu fahren. Architektonisch ist der Erhalt des Gebäudecharakters bestens gelungen. Es wird bereits viel Energie gespart. Ich bin am zweit- oder drittheissesten Tag dieses Sommers einmal dort gewesen, und das Raumklima ist wunderbar. Unsere Fraktion heisst deshalb den Bericht und Antrag gut.

Heidi Ehram: Auch in der CVP/EVP/GLP-Fraktion ist das Geschäft äusserst positiv aufgenommen worden. Ich möchte die Ausführungen für die GPK nicht wiederholen, sondern einfach noch ergänzen, was uns sehr wichtig ist, dass sich eine Würdigung des architektonischen Wertes des Schulhauses ja erübrigt, nachdem der Regierungsrat das Schulhaus im letzten Jahr unter den kantonalen Denkmalschutz gestellt hat. Umso wichtiger ist es uns, dass das Schulhaus objektgerecht saniert wird. Das ist mit dem Projekt „Hommage“, das auch für den Trakt 1 und 2 die Vorgabe war, gewährleistet. In diesem Sinne tritt unsere Fraktion einstimmig auf das Geschäft ein und stimmt dem Beschlussesantrag zu.

Thomas Marbet, SP-Fraktion: Die Vorlage war auch in unserer Fraktion unbestritten wie auch die nächstfolgende, auf die wir noch zu sprechen kommen. Sie ist meiner Meinung nach knapp gehalten, anschaulich, eigentlich auch für einen Laien wie mich sehr gut. Deshalb spreche ich noch einmal dazu. Noch eine Bemerkung, die zu beiden Vorlagen gemacht werden kann. Wir gehen davon aus – es war hier aus geschrieben – dass das Submissionsgesetz bei der Vergabe von Aufträgen jetzt respektiert wird. Noch ein Wunsch von mir ist, dass geschaut wird, dass die Gesamtarbeitsverträge eingehalten werden und insbesondere, dass Unternehmen auch Lernende beschäftigen. Man darf auch einmal fragen wie viele. Einer ist keiner, würde ich hier einmal sagen. Noch eine Frage im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz: Verhindert er generell, dass Anlagen im Sinne von Photovoltaikanlagen auf Dächern gemacht werden können oder hat dies gar keinen Zusammenhang? Das hätte mich noch interessiert. Eine Sache, die ich seit Jahren immer wieder feststelle – das hat nichts mit der Fraktion zu tun – ist, dass wir bei diesen Beschlüssen immer eine Bauteuerung mitgenehmigen. Ich weiss nicht, ob dies seit zehn oder zwanzig Jahren immer so ist. Kann mir jemand sagen, was der Grund dafür ist? Ist dies eine gesetzliche Vorgabe? Ich stelle mir einfach vor, wenn wir im Betrieb ein Projekt machen, und wir haben auch grössere Projekte, die über mehrere Jahre gehen, gerade auch IT-Projekte, dass es einfach zu den Risiken gehört, dass man dies über Jahre hinweg abschätzen muss. Irgendwo ist dies für mich ein Anachronismus oder etwas ein alter Zopf. Die Bauteuerung ist irgendwie immer mitbewilligt. Kann mir jemand erklären, weshalb es dies eigentlich braucht?

Thomas Frey, FDP-Fraktion: Wir haben den Antrag auch gut gefunden. Das Gute daran ist, dass man draussen sehen kann, was wir für die 3'050'000 Franken erhalten. Die architektonische Würdigung hat bereits stattgefunden. Ich kann mich dem nur anschliessen. Wir werden auch einstimmig zustimmen.

Markus Flury: Auch aus Sicht der SVP-Fraktion ist das Geschäft nicht umstritten. Die vorgeschlagenen Arbeiten sind angebracht und werterhaltend. Wir sind auch der Meinung,

dass dieses Geschäft gut, transparent und informativ vorgestellt worden ist und sind einstimmig dafür.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Besten Dank für die gute Aufnahme des Geschäftes. Auch hier einmal mehr ein starkes Zeichen des Parlamentes. Die zwei Fragen, die im Raum stehen, ist einerseits der Denkmalschutz und andererseits die Bauteuerung. Hier konnte sich unser Leiter der Bauverwaltung geistig vorbereiten.

Adrian Balz: Wenn Ihr die zweite Vorlage betreffend Heizung und Lüftung mit Sonnenkollektoren genau gelesen habt, ist die Antwort dort eigentlich bereits enthalten. Sonnenkollektoren können auf dem Dach montiert werden, auch wenn es vom Denkmalschutz des Kantons Solothurn geschützt ist. Das kann positiv beantwortet werden. Bei der Bauteuerung ist es so, dass wir die Kostenschätzung in diesem Jahr gemacht haben. Wenn die Parlamentsvorlage heute genehmigt wird, kommt noch das Referendum und wir können die Verträge erst im nächsten Jahr abschliessen. Die Unternehmer und Handwerker haben natürlich auch eine Teuerung auf dem Lohn. Das Material wird teurer. Wenn Ihr beschliesst, man solle den Handwerkern die Teuerung im nächsten Jahr nicht gewähren, könnte man auf eine Bauteuerung verzichten. Wir haben nicht Verträge, wo wir dies sonst schon abschliessen können. Die Submission haben wir zwar gemacht, zum Teil schon vor zwei Jahren. Aber es gibt keinen Unternehmer, der Euch einen Festpreis macht, insbesondere im Stahlbau, wo man nicht weiss, wie es auf und ab geht. Deshalb ist es ein guter Index. Dazu kann ich sagen, dass die Bauteuerung bei den Vorlagen der letzten Jahre nie beansprucht wurde. Wir sind immer mit den normalen Krediten durchgekommen. Auch sagen muss man, dass es im Falle einer negativen Bauteuerung auch hinunter gehen würde.

Thomas Marbet: Ich habe noch eine Verständnisfrage. Auf Seite 4 steht: „Vom Kanton oder Bund sind Beiträge von ca.. 300 ...“. Fehlt dort eine Null?

Adrian Balz: Es sollte Fr. 300'000.— heissen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Baukredit im Betrage von Fr. 3'050'000.00 wird zugunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 293.503.039 bewilligt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Züricher Baukostenindex vom 1. April 2011, Stand 114.0 Punkte / Basis 01.04.2005, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 29/36

Prot.-Nr. 15

Sälischulhaus, Wärmeerzeugung und Lüftung, Sanierung/Kreditbewilligung

Zusammenfassung

Die geplante Sanierung der Wärmeerzeugung und Lüftung im Sälischulhaus mit einer neuen bivalenten Heizzentrale mit Holzpellet und Gasheizkessel und solaren Warmwassererzeugung stellt wiederum ein wichtiges energiepolitisches Signal dar. Mit dieser alternativen zukunftstauglichen Energieform zeigt die Stadt Olten auch auf, dass sie Verantwortung für die künftigen Generationen übernehmen will.

Der Stadtrat beantragt für die Sanierung der Wärmeerzeugung mit einer alternativen Energieform einen Kredit von Fr. 1'700'000.00.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Die Energieversorgung der Schulanlage Säli (3 Trakte) erfolgt heute mit einer Öl-Gasheizung. Die rund 20-jährige Heizzentrale befindet sich im 2. Untergeschoss des Gemeinschaftstraktes. Wie bei vielen Heizzentralen aus dieser Zeit ist sie deutlich überdimensioniert, insbesondere nach der Sanierung der Gebäudehülle. Zudem können Ersatzteile für die Regulierung nur noch schwer beschafft werden.

Die in den Jahren 1966–1968 installierten Lüftungsanlagen im Trakt 3, welche auch der Beheizung der Turnhallen dienen (es sind keine statischen Heizelemente vorhanden), entsprechen weder technisch noch energetisch (ohne Wärmerückgewinnung) den heutigen Anforderungen und haben die zu erwartende Lebensdauer von 25 Jahren massiv überschritten. Ersatzteile können zum Teil nicht mehr beschafft werden und es muss mit sehr aufwändigen Reparaturen gerechnet werden.

Der gesamte Energieverbrauch für Heizung, Warmwasser und Badewasser betrug im Jahr 2009/2010 ca. 2'320'000 kWh/a (entspricht ca. 240'000 lt Öl).

Nach der Sanierung der Gebäudehülle (Trakt 1 bis 3), der Wärmeerzeugung und der Lüftung wird der Energieverbrauch netto auf ca. 815'000 kWh/a (entspricht ca. 85'000 lt Öl) reduziert.

Gestützt auf die Ausgangslage ist es sinnvoll und notwendig, die Wärmeerzeugung (Heizzentrale) und Lüftung zu sanieren.

2. Erwägungen

Evaluation Wärmeerzeugung

In einer 1. Phase wurden diverse Wärmeerzeugungssysteme geprüft. Folgende drei Wärmeerzeugungssysteme sind aus heutiger Sicht nicht sinnvoll:

Grundwasser-Wärmepumpe

Eine Grundwasser-Wärmepumpe ist an diesem Standort nicht möglich. Es ist nicht genügend Grundwasser vorhanden.

Holzsnitzelfeuerung

Eine Holzsnitzelfeuerung wäre nur mit sehr grossem baulichem Aufwand realisierbar. Die Platzierung des Holzsnitzelsilos wäre zu aufwändig. Möglicher Silostandort (alte Tankanlage) ist zu weit von der Heizzentrale weg.

Blockheizkraftwerk (BHKW)

Nach der Sanierung der Gebäudehülle ist die Heizleistung der Schulanlage zu klein um ein BHKW wirtschaftlich zu betreiben.

In der 2. Phase wurden die aus Sicht der Fachplaner zum heutigen Zeitpunkt sinnvollen und machbaren Wärmeerzeugungssysteme näher untersucht:

Variante 1 Erdgas mit Solaranlage

Investitionskosten (relevante Kosten für den Variantenvergleich)	Fr.	530'280.00
Jahreskosten mit Umweltkosten	Fr./a	118'220.00

Es ist eine neue Gasheizzentrale mit 2 modulierenden Gasheizkesseln vorgesehen. Ein Oel-Gasbetrieb ist für diese Grösse (ca. 450 kW) kaum rentabel.

Die bestehenden Oeltankanlagen können stillgelegt und demontiert werden.

Für die Warmwassererzeugung wird auf dem Dach des Sporttraktes eine thermische Solaranlage mit ca. 140 m² Fläche installiert. Zusätzlich kann mit dieser Wärme ebenfalls ein Teil des Badwassers aufgewärmt werden.

Variante 2 Erdsonden-Wärmepumpe mit Erdgas und Solaranlage

Investitionskosten (relevante Kosten für den Variantenvergleich)	Fr.	1'324'080.00
Jahreskosten mit Umweltkosten	Fr./a	124'850.00

Es ist eine neue bivalente Heizzentrale mit Erdsonden-Wärmepumpe und Gasheizkessel vorgesehen. Mit diesem System kann die Redundanz erhöht werden, das heisst, bei einem Ausfall eines Wärmeerzeugers kann auf das andere System ausgewichen werden. Die benötigte Energie wird zu ca. 80 % mit der Wärmepumpe und solar erzeugt, den Rest übernimmt der Gasheizkessel.

Es müssten ca. 5'000 m Erdsonden gebohrt werden. Die maximale Tiefe an diesem Standort beträgt gemäss Amt für Umwelt 180 m. Das ergibt total 28 Bohrungen à 180 m. Eventuell müssen die Bohrungen auf ca. 20 reduziert werden wegen den Platzverhältnissen! Energieanteil Erdgas wird grösser.

Die bestehenden Oeltankanlagen können stillgelegt und demontiert werden.

Für die Warmwassererzeugung wird auf dem Dach des Sporttraktes eine thermische Solaranlage mit ca. 140 m² Fläche installiert. Zusätzlich kann mit dieser Wärme ebenfalls ein Teil des Badwassers aufgewärmt werden.

Variante 3 Holzpellet Kessel mit Erdgas und Solaranlage

Investitionskosten (relevante Kosten für den Variantenvergleich)	Fr.	722'000.00
Jahreskosten mit Umweltkosten	Fr./a	123'652.00

Es ist eine neue bivalente Heizzentrale mit Holzpellet und Gasheizkessel vorgesehen. Mit diesem System kann die Redundanz erhöht werden, das heisst, bei einem Ausfall eines Wärmeerzeugers kann auf das andere System ausgewichen werden. Die benötigte Energie wird zu ca. 80 % mit dem Holzpelletkessel und solar erzeugt, den Rest übernimmt der Gasheizkessel.

Das Pellet-Lager würde im Bereich des alten Kohlekellers disponiert. Der Pelletverbrauch liegt bei ca. 100–120 Tonnen pro Jahr. Das Silo hat eine Grösse von ca. 70 m³. Es müssen ca. 3–6 mal pro Winter Pellet geliefert werden.

Die bestehenden Oeltankanlagen können stillgelegt und demontiert werden.

Für die Warmwassererzeugung wird auf dem Dach des Sporttraktes eine thermische Solaranlage mit ca. 140 m² Fläche installiert. Zusätzlich kann mit dieser Wärme ebenfalls ein Teil des Badwassers aufgewärmt werden.

Ergebnis der Evaluation Wärmeerzeugung

Gestützt auf die Untersuchung der obgenannten 3 Wärmeerzeugungssysteme wird in Absprache mit den zuständigen Fachleuten und der städtischen Umweltfachstelle empfohlen, die Variante 3 «Pellet» inkl. solare Warmwassererzeugung zu installieren. Die Investitionen der drei verschiedenen Varianten unterscheiden sich wesentlich. Diesen Unterschieden ist mit den Kapitalkosten (3 %, 20 Jahre) Rechnung getragen. Obschon die Variante «Erdgas mit Solaranlage» mit den heute gültigen Energiepreisen, bezogen auf die Jahreskosten, leicht billiger ist, wird eine Variante mit einer alternativen Energieform vorgeschlagen. Dies wird insbesondere begründet mit der Energieplanung und der vom Stadtrat genehmigten Gebäudestrategie für stadt-eigene Bauten und Anlagen, welche sich am SIA Effizienzpfad orientiert. Dieser zeigt anhand von Zielwerten auf, wie das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich erreicht werden kann. Die Gebäudestrategie der Stadt Olten sieht das Erreichen des Zielwerts bis 2050 für Neu- und Umbauten vor.

Lüftung

Das geplante Lüftungskonzept beinhaltet einerseits die Reduktion der Luftmengen auf die für die Lufthygiene und die Beheizung notwendige Menge sowie andererseits den Einbau von Wärmerückgewinnungsanlagen. Mit Hilfe einer neuen Regulierung und einer betriebsabhängigen Steuerung können die Betriebskosten erheblich gesenkt werden. Durch den Einbau von Brandschutzklappen und dem Anbringen von Brandschutzisolationen werden die aktuellen Vorschriften der Gebäudeversicherung umgesetzt.

3. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Einmalige Kosten: Kostenvoranschlag

Kostenvoranschlag

(inkl. MwSt) Preisstand 01.04.2011 Zürcher Baukostenindex 114.0 Punkte/Basis 01.04.2005)

Heizung	Fr.	722'000.00
Lüftung	Fr.	632'000.00
Elektro	Fr.	130'000.00
Bauseitige Arbeiten (Brandschutz etc.)	Fr.	100'000.00
Diverses / Reserve	Fr.	<u>116'000.00</u>
Total Franken	Fr.	<u>1'700'000.00</u>

Zu bewilligender Kredit

Zu bewilligender Kredit zu Lasten Konto-Nr. 293.503.40

Fr. 1'700'000.00

Vom Kanton oder Bund sind Beiträge von ca. Fr. 80'000.00 zu erwarten. Die definitiven Zusagen erfolgen aber erst im Jahr 2012.

Die Kosten sind im Investitions- und Finanzplan der Stadt Olten vorgesehen.

4. Organisation/Zuständigkeiten/Termine

Die Baudirektion ist als Baufachorgan für die Sanierung der Wärmeerzeugung und Lüftung zuständig und vertritt in dieser Eigenschaft die Einwohnergemeinde Olten. Die Projektleitung für die Realisierungsphase obliegt dem Hochbauamt. Die Vergabe von Aufträgen erfolgt durch die Baudirektion. Vorbehalten bleibt die Kompetenz des Stadtrates gemäss Art. 17 Geschäftsordnung des Stadtrats (Aufträge mit einer Kostenfolge von mehr als Fr. 200'000.00).

Die Heizungssanierung ist im Sommer/Herbst 2012 geplant.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Baukredit im Betrage von Fr. 1'700'000.00 wird zugunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr 293.503.040 bewilligt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Züricher Baukostenindex vom 1. April 2011, Stand 114.0 Punkte/Basis 01.04.2005, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Felix Wettstein: Die GPK empfiehlt Zustimmung zu diesem Geschäft. Der Ersatz der in die Jahre gekommenen Heizanlage ist notwendig. Die Anlage, wie sie uns vorgelegt wird, umfasst Wärme und Lüftung für die gesamte Schulanlage. Eine Verbundlösung mit benachbarten Wohngebäuden im Quartier ist nicht näher geprüft worden, was eines der GPK-Mitglieder bedauert hat. Ihr könnt jetzt orakeln wer. Ich verrate nur etwas: Ich war es nicht. Unter den drei in Frage kommenden Varianten schlägt der Stadtrat diejenige vor, die am wenigsten CO2 ausstösst. Die Unterschiede sind nämlich beträchtlich, wie wir uns in der GPK orientieren liessen. Variante 1 würde mehr als 170 Tonnen CO2 pro Jahr ausstossen. Variante 2 liegt im Bereich zwischen 36 und 80 Tonnen pro Jahr, und Variante 3 mit den Holzpellets und dem Gasheizkessel stösst nur gerade 33 Tonnen CO2 pro Jahr aus. Ein solches Bekenntnis zu einer neuen alternativen Energieform mit den Holzpellets in Kombination mit Erdgas unterstützt die GPK, auch wenn es in der Anschaffung nicht die günstigste Variante ist, die uns vorgelegt worden war. Damit setzt der Stadtrat ein

energiepolitisches Zeichen. Das möchten wir begrüßen. Wir haben auch die Bestätigung erhalten, dass mit dieser neuen Anlage das Erdgas bzw. allenfalls ein Teil des Erdgases in Form von Biogas ersetzt werden könnte. Der Beschluss muss noch dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Das ist bei der Abfassung des Berichts und Antrags untergegangen. Bis jetzt hat es auch nicht auf dem gelben Blatt gestanden. Ich hoffe, ich habe die GPK-Debatte richtig im Kopf. Die GPK beantragt zusätzlich den üblichen Punkt II., der Beschlussesantrag 1 sei dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Er ist drauf. Du hast wahrscheinlich noch die vorgängige Version.

Felix Wettstein: Wir waren in der GPK sehr früh dran. Deshalb habt Ihr seither eine korrigierte Version erhalten.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich kann es fast noch kürzer machen und auch Felix Wettstein sagen, dass der Stadtrat hier selbstverständlich sehr Gehorsam und Einsicht zeigt, dass diese Korrektur passieren muss und es in der Vorlage auch so ist. Es ist klar, dass dies dem fakultativen Referendum untersteht. Deine Ausführungen kann ich insofern auch bestätigen. Uns war wichtig, dass man die Varianten auch prüft und gegenüber stellt. Es ist so, wie der GPK-Sprecher gesagt hat, dass man den CO₂-Ausstoss schliesslich den Nachschaffungskosten gegenüber gestellt hat und dort in diesem Sinne ein auch hier energiepolitisches Signal setzen wollte. Ich bitte Sie, auch im Namen des Stadtrates, dem zuzustimmen und in diesem Sinne auch der ganzen Schulanlage eine komplette Sanierung zu gönnen.

Daniel Dähler, FDP-Fraktion: Auch wir werden diesen Antrag natürlich geschlossen unterstützen. Ich denke, es geht in die richtige Richtung, wie dies schon aufgezeigt wurde. Ich möchte hier nicht gross verlängern. Von daher ist es eine gute Sache. Ich denke, das wird mehrheitlich in diesem Sinne durchkommen.

Myriam Frey Schär: Über das vorliegende Vorhaben sind wir Grüne erfreut und bedanken uns bei den Verfassern, namentlich auch bei der Energiefachstelle. Ich möchte an dieser Stelle einfach noch einmal kurz auf unsere Haltung hinweisen, dass es einer Energiestadt gut anstehen würde, sämtliche kommunalen Dächer, die sich dafür eignen, und das sind wahrscheinlich die meisten, auch automatisch zur Solarstromerzeugung zu nutzen.

Stephan Hodonou: Auch die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat sich mit der Sanierung von Heizung und Lüftung im Sälischulhaus beschäftigt und das Geschäft war es auch bei uns nicht umstritten. Ich glaube, es ist für uns wirklich klar, dass es Sinn macht und man auf dem von der Stadt eingeschlagenen Weg für eine umweltfreundliche und energiebewusste Stadt konsequent weiter fährt und nach der Sanierung der Gebäudehülle auch weiter fährt. Es ist schon eindrücklich, was passieren kann, das Potenzial, das beim Energieverbrauch abgeschöpft werden kann, dass man von 2,32 GWh pro Jahr auf fast zwei Drittel auf 815 Megawattstunden herunter fahren kann. Das zeigt einfach, welches Potenzial wir noch nicht ausgeschöpft haben. Wenn die Stadt hier voraus und wirklich irgendwo auch mit gutem Beispiel voran geht und dies abschöpft, ist dies sehr gut, auch für diese Stadt. Wir glauben, dass es gut ist, dort weiter zu fahren, gerade auch mit dem Heizungssystem, und den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, Solarstrom zu generieren. In diesem Sinne stehen wir ganz klar hinter diesem Geschäft und werden einstimmig eintreten und zustimmen.

Thomas Marbet: Auch die Fraktion SP unterstützt die Vorlage. Es zeigt sich, dass diese Gebäudesanierungsstrategie richtig ist und die Stadt auch Vorbildfunktion hat. Es scheint mir eine Vorlage zu sein, die für einen interessierten Laien im Vergleich zur anderen für einen unbedarften Leser doch auch an die Grenzen geht. Deshalb sei eine Frage erlaubt. Was bedeutet dieser SIA-Effizienz-Pfad? Man kann sich vielleicht etwas vorstellen. Kann ich noch eine Erklärung haben, was dies heisst?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Vielleicht zuerst noch etwas zur Anregung oder dem Wunsch von Myriam Frey. Ihr habt uns verpflichtet, das heisst, wir haben uns im Rahmen des Finanzplanes selber verpflichtet, dass wir regelmässig Budgetposten zurück gestellt haben, genau um dies zu realisieren. Ich darf dies auch im Namen des Energieministers sagen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Damit es gleich effizient ist: Die zweite Verpflichtung oder Aussage: Der Stadtrat hat beschlossen, über das ganze Stadtgebiet ein Solarstudium zu machen, was im Übrigen die Stadt Zofingen ein paar Tage nach uns auch beschlossen hat.

Adrian Balz: Das hängt mit der 2000-Watt-Gesellschaft zusammen und zeigt auf, wie man sie erreichen kann. Beim SIA ist dies definiert. Wenn ich dies heute Abend im Detail erklären müsste, müssten wir die Steuerdebatte wahrscheinlich auf morgen verschieben. Aber ich würde dies vielleicht gerne einmal an einem Vortrag mit der Energiefachstelle nachliefern, was dies genau heisst.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Daniel Dähler: Ich möchte kurz das Wort ergreifen, weil bereits wieder grössere Begehrlichkeiten mit Biogas, Photovoltaikanlagen usw.in den Raum gestellt wurden. Ich glaube, die Stadt hat sich einer Strategie verschrieben, an der wir sie messen können, und denke, es ist auch immer wichtig, dass wir dies tun. Aber meiner Meinung nach zeigt das Votum von Stephan Hodonou doch letztlich, dass wir bei den Hüllen anfangen müssen, bevor wir weitere Sachen ausdehnen. Bei der Phtotovoltaik haben wir extreme Abhängigkeiten. Dort müssen die Dächer in der Regel saniert oder nicht älter als fünf Jahre sein. Sonst haben wir ein Problem, das Ganze zu montieren. Bei der Finanzierung gibt es andere Möglichkeiten, als unbedingt die Stadtfinanzen damit zu belasten.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Baukredit im Betrage von Fr. 1'700'000.00 wird zugunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr 293.503.040 bewilligt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Züricher Baukostenindex vom 1. April 2011, Stand 114.0 Punkte/Basis 01.04.2005, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 29/7

Prot.-Nr. 16

Stadthaus, Teilsanierung/Kreditbewilligung

Zusammenfassung

Der Stadtrat will mit der geplanten Teilsanierung das Stadthaus für die nächsten Generationen fit machen. Dies gilt sowohl für die bauliche wie auch technische Wiederherstellung des Stadthauses. Dabei werden neben den ökologischen (Erreichung des Minergiestandards) auch die wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt. Auch dem Umgang mit der bestehenden Architektur und Bausubstanz wird grösste Beachtung geschenkt, prägt doch das Stadthaus das Stadtbild von Olten seit rund 45 Jahren. Der Stadtrat beantragt für die Teilsanierung des Stadthauses einen Kredit von Fr. 13'500'000.–.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

1. Ausgangslage

Auf Grund des hohen Energieverbrauchs, der den Zielen der Energiestadt Olten widerspricht, hat der Stadtrat – gestützt auch auf das im Oktober 2008 vom Parlament überwiesene Postulat Lea von Wartburg (SP) und Mitunterzeichnende betr. energetische Stadthausanierung – die energietechnische Sanierung des Stadthauses in sein Regierungsprogramm 2009 bis 2013 aufgenommen.

In einem ersten Schritt wurde 2009 im Rahmen einer strategischen Planung der Zustand des Stadthauses untersucht (inkl. Asbest- und PCB-Gutachten, Erdbebensicherheit, behindertengerechtes Bauen, Brandschutz- und Energiekonzept).

Zusammenfassend kann folgendes Resultat festgehalten werden:

Das Stadthaus Olten wurde 1966 von den Architekten Willi Frey und Alois Egger, Solothurn, erbaut (Wettbewerb 1958). Das Gebäude ist ein architektonischer Zeitzeuge und ein markantes Wahrzeichen für Olten. Das Stadthaus war für die damalige Zeit ein innovatives Konzept, welches auch noch nach 45 Jahren seine Aufgabe erfüllt.

Der visuelle Eindruck entspricht der Nutzungsdauer. Grössere sichtbare Schäden sind keine festzustellen.

Die Gebäudehülle entspricht bezüglich Wärmeschutz absolut nicht mehr dem Stand der Technik. Das Gebäude wurde in der Vergangenheit soweit notwendig unterhalten und einzelne Bauteile wurden erneuert.

- Betonsanierung der Sichtbetonfassaden in Etappen 2003 – 2006
- Abdichtung Flachdach Hochhaus 2005
- Neue Metall-Fenster-Fassade EG, strassenseitig 2005
- Lamellenstoren in Etappen 1990 – 1995
- Erneuerung Aufzüge 2000
- Neue Wärmeerzeugung BHKW 2009

Die übrigen Bauteile und technischen Anlagen sind noch in ursprünglichem Zustand. Grundsätzlich ist das Stadthaus Olten weiterhin gebrauchstauglich. Aufgrund der langen Nutzungsdauer haben einzelne Bauteile (insbesondere die Fenster) und technische Anlagen die zu erwartende Lebensdauer erreicht beziehungsweise entsprechen nicht mehr den aktuellen Normen und Empfehlungen.

Auf Grund von ersten Kostenschätzungen im Jahr 2009 musste mit Erneuerungskosten in der Höhe von Fr. 8.5 bis 12.5 Mio. Franken gerechnet werden. Bei der Frage der Verhältnismässigkeit einer solchen Investition sind verschiedene Faktoren zu berücksichtigen:

- Wie hoch ist der aktuelle Rest- und Nutzwert des Gebäudes?
- Was würde ein entsprechender Neubau kosten?

Der Restwert des Gebäudes entspricht im Minimum dem notwendigen Aufwand für die Erneuerung (12.5 Mio.). Ein Ersatzbau würde mehr als das Doppelte kosten, also ca. Fr. 30 Mio. Dazu kommen noch die betrieblichen Kosten für den Umzug und für die Provisorien. Ein Neubau am gleichen Ort würde aufgrund der Abbruch- und Vorbereitungsarbeiten und Durchführung eines Wettbewerbes eine Verzögerung von 6 bis 8 Jahren bedeuten.

Das Stadthaus zählt zudem sicher zu den bedeutendsten Zeugen der Nachkriegsmoderne in der Stadt Olten, wenn nicht im ganzen Kanton Solothurn.

Gestützt auf die Resultate der strategischen Planung hat der Stadtrat im Jahre 2010 die Baudirektion beauftragt, ein Auswahlverfahren für die Generalplanerleistungen «Sanierung Stadthaus» im selektiven Verfahren durchzuführen. Dazu wurde ein spezielles Beurteilungsgremium unter dem Vorsitz von Stadtrat Dr. Martin Wey eingesetzt.

Auf die Ausschreibung der Generalplanerleistungen sind gesamthaft 18 Bewerbungen fristgerecht eingereicht worden. Es wurden 5 Teams für die zweite Stufe ausgewählt, welche bestmöglich für das geplante Bauvorhaben geeignet sind.

Auf Grund der Zuschlagskriterien und Gewichtungen hat das Beurteilungsgremium dem Stadtrat beantragt, die Auftragserteilung zur Weiterbearbeitung der Bauaufgabe dem Team Batimo (Architektur, Gesamtleitung) zu vergeben.

Der Stadtrat folgte den Empfehlungen des Preisgerichtes.

Die Arbeiten der 5 Teams wurden im November 2010 der Öffentlichkeit im Rahmen einer kleinen Ausstellung präsentiert.

2. Projekt

Der projektierte Erneuerungsumfang umfasst schwergewichtig die Erneuerung der Fenster im Hochhaus sowie der angrenzenden Bauteile (Boden, Wände, Decken), ein neues Brüstungskonzept mit Konvektoren (Heizkörpern) und ausbaubaren Elektrokanälen, ein neuer automatischer Sonnenschutz, den Einbau einer zweckmässigen Lüftung, die Erneuerung der Elektroanlage inkl. Beleuchtung und der sanitären Anlagen, die

Modernisierung der zwei bestehenden Aufzüge sowie die Verbesserung des Brandschutzes nach den heute gültigen Vorschriften.

Dabei wurden folgende Ziele eingehalten

- Wahrung des architektonischen Erscheinungsbildes
- Optimierung des Gesamtkonzeptes bezüglich Nachhaltigkeit und Investitionskosten
- Erreichung des Minergiestandards (Energiesparpotenzial von zwei Dritteln gegenüber dem heutigen Verbrauch!)
- Realisierung in Etappen unter Berücksichtigung des laufenden Betriebs

Der Projektperimeter umfasst die Obergeschosse (1. Geschoss) bis und mit Dachgeschoss (11. Geschoss), die Kernzone inkl. Vorzonen Untergeschoss bis und mit Zwischengeschoss. Im Untergeschoss, in der Autoeinstellhalle und im Erdgeschoss werden die prioritären Massnahmen gemäss Brandschutzkonzept ausgeführt (Brandmeldeanlage Vollschutz, Sprinkleranlage Autoeinstellhalle und Kernzonen, Sicherstellung der Fluchtwegsituationen). Ausgeklammert aus dem Projektperimeter wird explizit das Erdgeschoss, in dem erst vor 6 Jahren strassenseitig neue Metallfenster eingebaut wurden. Hingegen wird im Rahmen der Sanierungsarbeiten die Passerelle über die Dornacherstrasse abgebrochen.

Die jetzige energetische und sicherheitstechnische Sanierung wird angesichts ihrer Dringlichkeit unabhängig von Nutzungsüberprüfungen durchgeführt: Der hohe Energieverbrauch, der den Zielen der Energiestadt Olten widerspricht und bei den Reaudits für Negativpunkte sorgt, und die vorhandenen Sicherheitsmängel (Brandschutz und Personensicherheit) lassen es nicht zu, die Ergebnisse mehrerer laufender Prozesse abzuwarten, welche die Nutzung beeinflussen können. Die aus diesen Prozessen resultierenden Massnahmen können auch nach der energetischen und sicherheitstechnischen Sanierung ohne nachteilige Auswirkungen umgesetzt werden.

Die Erdbebensicherheit des heutigen Bestandes wurde geprüft. Vom beauftragten Bauingenieur wurde bestätigt, dass die normenkonforme Sicherheit gewährleistet ist und keine Erdbebenertüchtigungsmassnahmen notwendig werden.

Das Projekt sieht vor, die bestehenden Balkonsituationen ausschliesslich als Servicebalkone für Unterhalts- und Reinigungsarbeiten zu nutzen. In Anbetracht des geringen allgemeinen Nutzens und der vorhandenen Sicherheitsmängel ist es sinnvoll, die architektonisch prägenden Sichtbetonstrukturen nur noch autorisiertem Personal zugänglich zu machen. Damit entfallen architektonisch kaum vertretbare Nachrüstungen der bestehenden Brüstungselemente. Einzig eine innenliegende Reeling zur Sicherung des Servicepersonals muss umgesetzt werden.

3. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

(inkl. MwSt) / Preisstand 01.04.2011, Zürcher Baukostenindex 114.0 Punkte / Basis 01.04.2005).

Für 50 % der Bauarbeiten liegen bereits Richtpreisofferten vor. Der restliche Teil erfolgt auf Kostenschätzungen und Erfahrungszahlen.

Der detaillierte Kostenvoranschlag mit Baubeschrieb ist dem Bericht und Antrag beigelegt.

0 Projektierungen		Fr. 500'000.–
01 Bewilligter Projektierungskredit (Budget 2011)	Fr. 500'000.–	
1 Vorbereitungsarbeiten		Fr. 865'000.–
10 Bestandesaufnahmen, Baugrunduntersuchungen	Fr. 20'000.–	
11 Räumungen, Terrainvorbereitungen	Fr. 270'000.–	
12 Sicherungen, Provisorien	Fr. 85'000.–	
13 Gemeinsame Baustelleneinrichtung	Fr. 470'000.–	
14 Anpassungen an bestehende Bauten	Fr. 20'000.–	
2 Gebäude		Fr. 11'035'000.–
21 Rohbau 1	Fr. 890'000.–	
22 Rohbau 2	Fr. 2'295'000.–	
23 Elektroanlagen	Fr. 2'300'000.–	
24 Heizung-, Lüftungsanlagen	Fr. 1'095'000.–	
25 Sanitäranlagen	Fr. 735'000.–	
26 Transportanlagen	Fr. 320'000.–	
27 Ausbau 1	Fr. 865'000.–	
28 Ausbau 2	Fr. 1'015'000.–	
29 Honorare	Fr. 1'520'000.–	
5 Baunebenkosten		Fr. 1'100'000.–
51 Bewilligungen, Gebühren	Fr. 55'000.–	
52 Muster, Modelle, Vervielfältigungen, Dokumentation	Fr. 100'000.–	
53 Versicherungen	Fr. 25'000.–	
54 Umzüge / Nutzungsprov	Fr. 250'000.–	
56 Übrige Baunebenkosten	Fr. 30'000.–	
58 Reserven (ca. 5 %)	Fr. 640'000.–	
Total Investitionskosten inkl. MwSt		Fr. 13'500'000.–

4. Organisation / Zuständigkeiten / Termine

Die Baudirektion ist als Baufachorgan für die Ausführung der Fassadensanierung zuständig und vertritt in dieser Eigenschaft die Einwohnergemeinde Olten. Die Projektleitung für die Realisierungsphase obliegt dem Hochbauamt. Die Vergabe von Aufträgen erfolgt durch die Baudirektion. Vorbehalten bleibt die Kompetenz des Stadtrates gemäss Art. 17 Geschäftsordnung des Stadtrats (Aufträge mit einer Kostenfolge von mehr als Fr. 200'000.–).

Die Volksabstimmung ist in der 1. Jahreshälfte 2012 geplant. Bei Annahme der Volksabstimmung kann die Ausführung ab Anfang 2013 erfolgen und dauert knapp ein Jahr.

Die Teilerneuerung soll / muss unter Betrieb und geschossweise (2 Geschosse pro Baustufe) erfolgen. Vorgesehen ist eine Etappierung von oben nach unten. Damit ist sicherge-

stellt, dass die einmal fertiggestellten Geschosse nicht mehr von Handwerkern betreten werden müssen. In Anbetracht des innerstädtischen Umfelds und der unter Betrieb durchzuführenden Sanierung ist dem Aspekt der Sicherheit zentrale Bedeutung beizumessen. Die Sicherheit von Mensch, Betrieb und Anlageteilen muss zu jeder Zeit gewährleistet sein.

Entscheidend ist hier die vollständige Autonomie des jeweiligen Baustellenperimeters sicherzustellen. Es werden die baulichen Voraussetzungen geschaffen, damit der Perimeter autonom erschlossen und sämtliche Medienführungen geschossweise ausser Betrieb und später wieder in Betrieb genommen werden können. Mit diesem Ansatz werden Störungen des laufenden Stadtverwaltungsbetriebes ausgeschlossen und kostenintensive bauliche Provisorien vermieden.

5. Schlussbemerkungen

Die Teilsanierung des Stadthauses stellt wiederum ein wichtiges energiepolitisches Signal dar und die Energiestadt Olten bekennt sich einmal mehr zu einer nachhaltigen Strategie und zum aktiven Klimaschutz.

Neben der gestalterischen, funktionellen, technischen und finanziellen Optimierung ist auch die Nachhaltigkeit bei diesem Projekt besonders berücksichtigt. Mit der hochisolierten Fassade im Minergiestandard wird ein minimaler Energieverbrauch erreicht, dies im Einklang mit der bestehenden Bausubstanz, wo das architektonische Erscheinungsbild grösstmöglich erhalten wird.

Der Stadtrat ist überzeugt, mit der vorliegenden Teilsanierung des Stadthauses eine nachhaltige Lösung zu präsentieren, und empfiehlt dem Gemeindeparlament resp. dem Volk, den Kredit zu genehmigen.

Beschlussesantrag:

I.

4. Der Baukredit für die Teilsanierung des Stadthauses im Betrag von Fr. 13'500'000.– wird zugunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 090.503.010 bewilligt.
5. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Züricher Baukostenindex vom 1. April 2011, Stand 114.0 Punkte / Basis 01.04.2005, gilt als mitbewilligt.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem obligatorischen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Dr. Rudolf Moor: Der Sprecher der GPK freut sich ausserordentlich, dass er zu diesem Geschäft sprechen darf, weil es ja seiner Meinung nach das schönste Haus der Stadt ist, um die es hier geht. Deshalb freut es ihn natürlich, dass er auch über eine aus seiner Sicht positive Haltung der GPK berichten kann. Er war nämlich selber überrascht, dass dies

praktisch ohne Diskussion durch gegangen ist. Wir haben nämlich in der GPK zur Sanierung eigentlich fast gar nichts diskutiert. Zu reden gegeben hat etwas, das gar nicht Gegenstand der Vorlage ist. Das ist das sogenannte Erdgeschoss. Dazu hat es einerseits Fragen gegeben, weshalb es nicht auch saniert werden soll. Man hat dann gehört, dass es bereits saniert ist. Damit ist diese Frage relativ klar beantwortet. Andererseits ging es um die Nutzung des Erdgeschosses. Das ist definitiv nicht Gegenstand dieser Vorlage. Es ging darum, dass das Erdgeschoss auch kommerziell genutzt werden könnte. Man hat einmal gehört, dass die Zusammenlegung der Schalter der Stadt- und Kantonspolizei ein Thema wäre. Man hat gehört, dass dies offenbar im Moment kein Thema mehr ist. Die Sanierung selber ist praktisch nicht in Frage gestellt worden, und man hat aus Sicht der GPK Eintreten und Zustimmung zu dieser Vorlage beschlossen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Auch hier geht es um die Sanierung einer Gebäudehülle. Ich muss aber sagen, dass zu den vorhergehenden Vorlagen schon ein Unterschied besteht. Nicht dass es weniger wichtig wäre, aber erstens ist es eine andere Benutzergruppe – ich sage es einmal so – die betroffen ist und hier arbeitet, und zweitens ist es auch ein ganz anderer Betrag. Das Volk wird darüber abstimmen müssen, wenn das Parlament die Zustimmung gibt. Deshalb denke ich von der Sache her, dass diese Gebäudehülle saniert werden muss, dürfte unbestritten sein. Wir haben in der Vergangenheit relativ viele Sanierungen durchgeführt. Dort ist es vor allem Betonsanierungen, um Erneuerungen von Aufzügen gegangen. Das mag der eine oder von andere von Euch auch schon mitbestimmt haben. Der eigentliche Akt der Energieeffizienz bzw. der Sanierung der Hülle als solche steht mit den rund 13 Millionen Franken jetzt bevor. Ich muss vorweg schicken, dass es nicht nur darum geht, in den Bereichen der Energieeffizienz und des Wohlfühlens im Raum – das wissen Sie selber, wenn Sie an Kommissionssitzungen teilnehmen – sondern schliesslich auch um Sicherheit geht. Das muss man bei dieser Vorlage auch betonen. Es geht nicht nur um Energie und eine Gebäudehülle als solche, sondern dass wir auch von den Gebäudeversicherungen klare Auflagen haben, inwieweit das Gebäude gesichert werden muss. Ein Beispiel: Die Brüstungen, die wir haben, oder auch die Öffnungen auf die Brüstungen. Man kann sich jetzt fragen, was die Angestellten auf diesen Brüstungen zu tun haben. Es geht ja nicht nur darum, sondern darum, dass die Brüstungen und auch die Fenster letztlich auch von aussen her gereinigt werden, insbesondere, dass die entsprechenden bestehenden Vorschriften auch eingehalten sind. Wichtig erscheint dem Stadtrat, dass mit dieser Sanierung natürlich die Energieeffizienz erreicht wird. Aber für uns ist auch ganz wichtig, dass im Zusammenhang mit dem Stadthaus noch eine zweite Frage beantworten muss. Wie wird es benutzerfreundlich? Und zwar nicht für diejenigen, die dort arbeiten, sondern für diejenigen, die ins Haus kommen, so dass, wie die Schalter in Zukunft arrondiert werden, wie wir den Kunden, unsere Bürgerinnen und Bürger, empfangen, natürlich eine zentrale Frage ist, die jetzt nicht mit dieser Vorlage behandelt wird, sondern nachher in der Folge klar und geführt an die Hand genommen werden muss. Es ist etwas Kleines, das Sie vielleicht im Bericht und Antrag auch gelesen haben, dass wir nämlich einem langen Wunsch, so meinen wir es wenigstens, entgegen kommen möchten, dass wir die Passerelle über die Dornacherstrasse abbrechen. Ich weiss, hier kommen dann wieder Emotionen von Pausenplätzen hoch. Aber ich denke, wir konnten diese Diskussion führen. In diesem Sinne ist dieser Abbruch auch sicher zu verantworten. Probleme im Zusammenhang mit dem Bauablauf – man kann sich ja fragen, wie dies technisch laufen soll, wie das Gebäude saniert werden soll – werden wir nachher in der Detailplanung, die wir noch ausschreiben und entsprechend Aufträge erteilen werden, noch lösen. Die Projektleitung muss insbesondere auch den Betrieb aufrecht erhalten können, während dem das Haus saniert wird. Dies meine Ausführungen rein zur baulichen Geschichte als solche. Ich möchte Sie bitten, auch dieser Vorlage zuzustimmen und dem Volk gegenüber – das wird wahrscheinlich ebenfalls unsere Mission sein, aber hoffentlich macht das Parlament hier auch mit – die entsprechenden Sukkurse zu geben, damit wir das Stadthaus in diesem Sinne für die Energiezukunft fit machen können.

Thomas Pfluger, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich bin etwas überrascht, dass die GPK, obwohl man vielleicht sagen könnte, sie sei im Kleinen ein Abbild des Parlamentes, hier wirklich einhellig sagt: „Das schönste Gebäude in Olten“. Ich habe gemeint, ich könne hier noch etwas ausholen und etwas Anwalt für dieses Gebäude spielen. Vielleicht tue ich es trotzdem noch etwas. Das Haus aus den Sechziger Jahren ist nicht nur wärmetechnisch aus den Sechziger Jahren. Es ist schon so, dass man damals der wärmetechnischen Sanierung noch nicht so grossen Wert beigemessen hat. Aber es ist eben auch ein Vertreter aus dieser Zeit und nicht der schlechteste Vertreter. Ich habe verschiedentlich, nicht nur hier im Parlament, aber von Leuten gehört, die dies das scheusslichste Gebäude in Olten finden. Das hört man schon auch immer wieder. Wo ich Gelegenheit dazu habe, bringe ich ein Votum für dieses Haus. Es ist, und ich sage dies als Architekt, wirklich sehr in naher Anlehnung an corbusianische Sechziger-Jahre-Hochhausarchitektur, und es ist eine gut gemachte. Es ist aber auch etwas eines unserer Wahrzeichen in Olten. Wir haben mehrere. Olten ist halt auch nicht Solothurn und Bern. Olten ist nicht makellos schön. Aber Olten ist auf eine Art spannend schön. Das Hochhaus, die Stadtverwaltung mitten in der Innenstadt. In Luzern oder Murten würde dies wahrscheinlich nicht gehen. Aber in Olten stimmt es so und passt eben. Vielleicht sind die Kritiker eher etwas bei der Nutzung; sie sei etwas speziell. Martin Wey hat gesagt, es sei nicht nur das Geld, aber die Nutzung sei speziell. Vielleicht gönnt man den Leuten drin die Höhe über den Kirchtürmen nicht. Sicher ist aber natürlich, dass die 13,5 Millionen Franken viel Geld sind. Es ist wirklich viel Geld. Es hat auch viele Stockwerke und das Gebäude ist gross. Wenn man das Gebäude annähernd etwas in Schuss halten möchte, muss man das Geld in die Finger nehmen. Wenn man die Kosten angeschaut hat, hat man auch gesehen, dass die 13,5 Millionen Franken noch etwas mit Reserven gespickt sind. Es ist nicht so, dass sie jetzt ausgereizt werden müssten. Ich glaube, es gäbe keine Schelte, wenn sie unterschritten würden. Das ist wie mit anderen Projekten auch, ANDAARE damals auch, als in der Botschaft etwas höher budgetiert wurde, als es eigentlich effektiv ohne Reserven kosten sollte. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion steht zu ihrem Stadthaus und wird den beantragten Sanierungskredit einstimmig unterstützen.

Theo Schöni, Fraktion Grüne: Das vorliegende Geschäft ist auch in unseren Reihen unbestritten. Somit werden wir Eintreten beschliessen und den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Für uns Grüne ist das Stadthaus sowohl aus Sicht der Architektur als auch von seinem prägenden Standort für unser Stadtbild ein erhaltenswertes Objekt. Unter diesen Umständen und angesichts der Lebensdauer ist es angezeigt, die vorgesehenen Bauteile und Anlagen einer Sanierung zu unterziehen. Es wäre alles andere als unverständlich, wenn dies nicht im Sinne der städtischen Gebäudesanierungsstrategien erfolgen würde. Nachdem die Abklärungen ergeben haben, dass mit der Sanierung der Minergiestandard erreicht wird, sind wir überzeugt, dass mit dem Werterhalt dieses Gebäude nicht weiter zugewartet werden darf. Wir oder mindestens ich hätte es begrüsst, wenn wie beim Sälischulhaus das Energiesparpotenzial in einer Grafik hätte aufgezeigt werden können. Erstens kann eine Grafik besser als viele Worte gelesen werden, und zweitens hätten wir eine klare Zahl präsentiert erhalten, um wie viel sich der künftige Energieverbrauch gegenüber dem heutigen Wärmeverbrauch reduziert. Ich habe das Glück, auch wenn ich bei mir zu Hause das eigene Rohr, das oben heraus ragt, nicht sehe, immer auf das Stadthaus zu schauen und zu sehen, welche Fahne dort Jahr und Tag oben heraus kommt. Gemessen daran werde ich dann überrascht sein, wenn dies in Zukunft anders aussehen wird. Für dieses Vorhaben geben wir allerdings viel Geld aus, sind aber der Meinung, dass sich diese Investitionen unabhängig vom Nutzen dieses Gebäude auszahlen werden. Die Kosten sind detailliert und nachvollziehbar ausgewiesen und die Bauzeit hält sich mit einem Jahr in akzeptablen Grenzen. Ich bin froh, dass Martin Wey auch darauf hingewiesen hat. So unbestritten die bauliche und energetische Sanierung dieses Gebäude ist, umso mehr gibt es über die Nutzung zu diskutieren. Dieses Aspektes sollte sich der Stadtrat mit Blick auf die erforderliche Volkabstimmung bewusst sein. Bereits heute Überlegungen anstellen und vielleicht sogar ein entsprechendes Konzept ausarbeiten lassen, das aufzeigt, wie flexibel

und unter welchen Voraussetzungen dieser Raum in Zukunft genutzt werden könnte. Wir werden auf das Geschäft eintreten und ihm einstimmig zustimmen.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Besten Dank für das gut vorbereitete Geschäft, eigentlich eine nicht zu diskutierende Massnahme, wenn man den alten Titel anschaut. Dort hat noch gestanden: „Brandschutztechnische Sofortmassnahmen/Nachtragskredit“. Ich nehme an, dass die Gebäudeversicherung den nötigen Dampf gemacht hat. Nicht zu diskutieren, weil diese Massnahme für die Sicherheit der Mitarbeiter und Besucher des Stadthauses relevant sind. Selbstverständlich auch für uns, wenn wir hier tagen dürfen. Die SP ist erfreut, dass die äussere Gestalt des Stadthausturmes beibehalten wird und Dämmungsmassnahmen Fassade innenseitig bewältigt werden. Ich möchte hier nicht ausführlicher werden und mich beim Anwalt für dieses Haus bedanken. Wir teilen die Meinung hier auf breiter Ebene. Zwei Punkte, die der GPK-Sprecher schon erwähnt hat, gehören nicht zum Geschäft. Sie haben uns aber doch ein Stück weit Anlass zur Diskussion gegeben. Gerne hätten wir eigentlich Antworten zur qualitativen Verbesserung der atmosphärischen Situation gehört. Wir finden nämlich die Ankommenssituation in den Stockwerken, wenn man aus dem Lift steigt, eher unfreundlich und abweisend. Es ist geradezu wohltuend, wenn im 7. Stock Adrian Balz jeweils die Türe offen hat, wenn man auf der anderen Seite hinaus schauen und einen wunderbaren Blick auf unsere Stadt erhaschen kann. Vielleicht ist es den Denkmalpflegern ein Graus, was ich sage, aber ich könnte mir gut vorstellen, und das ist meine persönliche Meinung, dass die Wände zwischen den Büros und den Gängen durchaus durch Glaswände ersetzt werden könnten, dort, wo das Geld gezählt wird, selbstverständlich nicht. Das ist ja eben geheim. Ganz unerträglich ist die Situation in den unteren Stockwerken, wo sich ja die grosse Treppe in der Erschliessung den grössten Platz nimmt. Notabene ist es gerade dort, wo sich die meisten Personen bei den Ämtern melden. Es wäre eigentlich wirklich schön, wenn man dies hätte klären können. Ich persönlich hätte natürlich noch gerne etwas zur Nutzungsverbesserung des Dachgartens gehört. Er wird bei den Baumassnahmen beschädigt werden müssen. Man muss ja irgendwo deponieren. Es ist übrigens ein Garten des international bekannten Gartenarchitekten Ernst Kramer aus Zürich. Wir haben hier wirklich ein schönes Bonmot und dürfen stolz darauf sein. Es wäre schön, wenn er der Öffentlichkeit und den Kindern wieder zugänglich gemacht werden könnte. Darüber haben wir uns schon beim letzten Mal unterhalten. Heute ist es ja ein bedauerliches Dasein als Raucher-Lounge für die städtischen Angestellten. Wir denken, dass hier eigentlich mehr drin liegen würde. Zum Sockelgeschoss möchte ich nicht viel sagen. Hier hoffe ich, dass wir von Martin bald die wissenschaftliche Abhandlung zu den zu kleinen Back-Office-Situationen hören. Wir sind natürlich immer noch der Meinung, und ich erinnere daran, dass der Vorstoss nicht abgeschrieben wurde, dass wir dort noch etwas hören möchten. Dass die Vorlage konsequent durchgezogen wurde, haben wir schon beim Posten 090.314.02 gesehen. Eine kleine amüsante Sache: Sogar das Fensterputzen hat man dort für das nächste Jahr bereits heraus gestrichen. Ihr habt dies wirklich komplett durchdacht. Die SP wird die brandschutztechnischen Massnahmen einstimmig unterstützen und dem Antrag zustimmen.

René Wernli, FdP-Fraktion: Ich möchte nicht viel länger werden und die architektonischen Exkurse sparen. Die FdP-Fraktion unterstützt den Antrag auch. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass es eine gute Sanierung ist, die sich in den bestehenden Strukturen bewegt und sich auf das Wesentliche konzentriert. Beim Nachrüsten der gesetzlichen Sachen wie Brandschutz etc. und die Vorschriften, denen nachgelebt werden sollte, ist es auch langsam an der Zeit, dass dem nachgekommen wird. Als Energiestadt steht es dem Verwaltungsgebäude dieser Stadt an, dass es seine Haut den heutigen Möglichkeiten der Energieeinsparung anpasst. Das macht Sinn, und damit sind natürlich auch die Anpassungen von Heizungen, Lüftungen etc. verbunden. Wenn man sich in diesem Gebäude einmal schutztechnisch etwas bewegt, stellt man fest, dass es hier nicht wirklich viele Brandschutzmassnahmen gibt. Für die einen mag es eine Freude sein, wenn man weiss, dass die Feuerwehrlleiter nur bis etwa in den 4. Stock reicht und alles was darüber ist, hat in einem

Brandfall relativ schlechte Chancen heraus zu kommen und sonst mit hautverändernden Massnahmen. Ich denke, die Brüstungen kann man als kriminell bezeichnen. Sie sind auch schon so tief, dass man bald nur noch Pygmäen zum Fensterputzen anstellen darf, damit sie nicht hinunter fallen. Wir sind der Auffassung, dass es sich nicht um eine Luxussanierung, sondern um das Nötige und Vernünftige geht. Ich habe den Kostenplan durchgesehen und muss sagen, dass die Kosten transparent und plausibel sind.

Christian Werner: Dieses Geschäft hätte bei uns eigentlich David Wenger vertreten sollen. Er ist allerdings noch in Budapest und erst morgen wieder hier. Deshalb kann ich kurz etwas sagen. Wir haben dies in der Fraktion relativ lange diskutiert. Bei uns wurde vor allem noch der Standort diskutiert. Ich gehe davon aus, dass dies nachher noch von FdP-Seite bzw. von einzelnen Votanten vorgebracht wird. Die Idee, dies abzureissen und an einem anderen Ort wieder zu richten, hat schon etwas für sich, dass man es beispielsweise nach Olten SüdWest verlegen würde und den guten Platz mitten in der Innenstadt, den man jetzt aufwerten möchte, irgendwie für das Gewerbe frei machen würde. Das haben wir kurz diskutiert. Zumindest wurde teilweise die Idee vertreten. Unter dem Strich sind wir aber der Meinung, dass man das Stadthaus dort sanieren soll, wo es jetzt steht. Wir werden aus diesem Grunde einstimmig auf das Geschäft eintreten und den Beschlussesanträgen, so wie sie vorliegen, auch zustimmen.

Felix Wettstein: Es betrifft das Erdgeschoss und zwar den Teil, in dem wir selber sitzen. Gesagt wurde, das Erdgeschoss sei schon saniert worden. Wenn ich zur Medienbank schaue, erfrieren sie fast. Stephan Hodonou sitzt immer noch im T-Shirt da. Ich komme zum Schluss, dass in dem Raum, in dem wir uns jetzt befinden, noch nicht das Optimale gemacht ist. Ist es ein Bestandteil des Projektes oder nicht?

Adrian Balz: Sanierung des Erdgeschosses hat geheissen, dass wir die Fenster aussen herum saniert haben. Der Ratsaal selber ist selbstverständlich noch nicht saniert worden, ausser gestrichen. Wenn es hier zieht oder weniger zieht, ist dies, weil dieser Raum mit der Luft geheizt wird. Ihr seht nirgends Radiatoren. Diejenigen, die hier hinten sitzen, haben Pech gehabt. Sie sitzen im Durchzug. Stephan Hodonou sitzt halt auf der Sonnenseite. Deshalb hat er so warm. Wir werden versuchen, mit der Heizung und Lüftung so zu optimieren, dass wir den Zug weg bringen. Aber vielmehr können wir hier nicht machen. Ich denke, der Raum, wie er ist, ist sonst an und für sich richtig entworfen und gestaltet. Aber das Klimatische werden wir selbstverständlich in diesem Zusammenhang prüfen. Wir müssen einfach noch eine Abstimmung machen, ob die Leute mehr frieren oder mehr schwitzen.

Stephan Hodonou: Einfach als persönliche Bemerkung: Ich möchte Euch allen nicht vor der Sonne stehen. Ihr dürft gerne einmal hier sitzen und dies geniessen.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Es gibt natürlich auch positive Sachen. So sind die Berichte immer relativ frisch.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Theo Schöni: Ich habe noch eine Frage zur Passerelle, die abgebrochen werden soll. Bei den Kosten weiss ich nicht, ob man dies unter den Rohbauten subsumieren muss oder ist dieser Teil vielleicht vergessen gegangen. Im Übrigen finde ich es gut, dass die Passerelle weg kommt, auch wenn sie wahrscheinlich Bestandteil dieses Baus ist. Ich hätte es begrüsst, wenn auf dieser Seite ein Zugang zur Dachterrasse beibehalten worden wäre, auch ohne Passerelle.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Baukredit für die Teilsanierung des Stadthauses im Betrag von Fr. 13'500'000.– wird zugunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 090.503.010 bewilligt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Züricher Baukostenindex vom 1. April 2011, Stand 114.0 Punkte / Basis 01.04.2005, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 17

Projekt Entwicklung Olten Ost/Kreditgenehmigung

Ende 2011 läuft das Projekt Urban Chance Olten Ost aus. Um die erreichten Erfolge nachhaltig zu sichern, soll in den nächsten vier Jahren erstens eine Stadtteilentwicklungsstrategie und darauf aufbauend zweitens eine Immobilienstrategie entwickelt und umgesetzt werden. In den nächsten vier Jahren soll das Quartiermanagement zudem auch institutionell verstetigt werden. Es ist daher geplant das Projekt im Rahmen eines zweiten Projekt Urban fortzusetzen. Dem Gemeindeparlament wird zu diesem Zweck ein Investitionskredit von CHF 400'000 für die Jahre 2012 bis 2015 beantragt.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Seit Anfang 2009 läuft auf der rechten Aareseite der Stadt Olten das Projekt „Chance Olten Ost“, das vom Bund und vom Kanton Solothurn im Rahmen der Projets urbains unterstützt wird. Es handelt sich um einen mehrdimensionalen Prozess zur Entwicklung und Aufwertung des Stadtteils rechts der Aare. Neben dem eigentlichen Quartierentwicklungsprozess liegt ein spezielles Augenmerk auf der Migrationsthematik und der Liegenschaftserneuerung. Mit diesem dreiteiligen Vorgehen berücksichtigt Chance Olten Ost die realen Gegebenheiten in Olten Ost und will dadurch die Voraussetzungen schaffen, um in Olten Ost eine positive Entwicklungsdynamik in Gang zu setzen.

Die Bedeutung von Liegenschaften bzw. des Einbezugs ihrer Besitzerinnen und Besitzer in städtische Entwicklungsprozesse ist bekannt und gleichzeitig einer der Stolpersteine vieler solcher Prozesse. Dass die Stadt Olten mit ihrem Entwicklungsprojekt zusammen mit zehn weiteren Städten ins Bundesprogramm „Projets urbains“ aufgenommen wurde, ist denn auch – neben der laut den zuständigen Instanzen beim Bund interessanten dreiteiligen Projektstruktur – diesem speziellen Augenmerk auf der Liegenschaftsstrategie zu verdanken. Es ist daher auch eine Mitarbeiterin des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO, Doris Sfar, welche als Vertreterin des Bundes im strategischen Gremium des Projektes „Chance Olten Ost“ Einsitz hat.

Auch im Projekt Chance Olten Ost hat sich der Bereich Liegenschaften als harter Brocken erwiesen: Während in den beiden Teilprojekten Quartierentwicklung und Integration im dreijährigen Programm der Projets urbains – unter anderem mit der Durchführung eines Mitwirkungsprozesses zur Zukunft des Stadtteils, mit der Schaffung eines Veranstaltungszyklus zum Thema Integration sowie der Aufgleisung verschiedener weiterer Integrationsmassnahmen, mit der Eröffnung eines Begegnungszentrums etc. – wesentliche Erfolge gefeiert werden konnten (vgl. Beilagen 1 und 2), fehlen derzeit noch die nötigen Grundlagen für eine aktive Liegenschaftsstrategie, eingebettet in eine städtebauliche Entwicklungsstrategie auf der rechten Aareseite, zu der auch ein Masterplan Verkehr gehört.

Durch eine Weiterführung des Projekts Olten Ost im Bereich der Liegenschaftenstrategie sollen die bereits eingetretenen Erfolge in Olten Ost nachhaltig gesichert werden. Das Vorhaben wurde wiederum als Projekt urbain für die Phase II (2012-2015) eingegeben, um dadurch am Know-how-Austausch zwischen den beteiligten Gemeinden sowie mit den involvierten Bundesstellen zu partizipieren und einen Teil der finanziellen Mittel über Bund und Kanton sicherzustellen. Der Entscheid des Bundes steht noch aus; der Kanton hat bereits seine Unterstützung zugesichert (vgl. Ziff. 7).

2. Grundsätzliche Idee

Im Teilprojekt „Liegenschaften“ von Chance Olten Ost wurde von der Überlegung ausgegangen, dass insbesondere im Stadtteil Olten Ost ein grosser Bedarf zur Liegenschaftserneuerung bestehe und diese mit geeigneten Mitteln gefördert werden sollte, um eine Abwertung des Stadtteils zu vermeiden. Aus Literatur und Best-Practice-Beispielen wurde gemeinsam mit der Begleitgruppe (Vertreter Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieberatung, Immobilienmarkt) und der Arbeitsgruppe (Quartierbewohner) im Teilprojekt „Liegenschaften“ eine Reihe konkreter möglicher Massnahmen abgeleitet.

Entgegen der vermuteten generellen Abwertungsgefahr ist – wie insbesondere die Bestandsaufnahme in Olten Ost und Gespräche mit Exponenten aufzeigten – im Stadtteil Olten Ost aktuell eine zunehmende Entwicklungsdynamik festzustellen (Neubauten Campus FHNW und Sälihof, Umnutzung Nussbaum-Areal, Erneuerung Ostzugang des Bahnhofs etc.). Die einzelnen Projekte entstehen jedoch weitgehend unabhängig voneinander und auf eigene Initiative der Eigentümer und Investoren. Die Impulswirkung dieser und weiterer Projekte gilt es gezielt für die nachhaltige und qualitätsvolle städtebauliche Entwicklung in Olten Ost zu nutzen. **Dazu ist eine ganzheitliche Entwicklungsstrategie der Stadt erforderlich, die jedoch bislang weitgehend fehlt.** Auch ist die Bereitschaft und Unterstützung der Politik und der Eigentümer für Massnahmen erfahrungsgemäss grösser, wenn ein Standort über ein klares Profil und entsprechende Entwicklungsperspektiven verfügt.

Aufgrund der erwähnten Bestandsaufnahme hat die Hochschule Luzern, welche dieses Teilprojekt bisher begleitete, ein Modell mit sechs möglichen Instrumenten erarbeitet, mit denen im Wesentlichen das gegenseitige Verständnis, die Kommunikation und die Kooperation zwischen der Stadt und den Eigentümern sowie unter den Eigentümern selber gefördert werden sollen – dies als Voraussetzung, um seitens der öffentlichen Hand auch private Erneuerungsvorhaben unterstützen zu können (vgl. Beilage 3). Ausschlaggebende Überlegungen sind dabei, dass Eigentümer weniger fachliche Unterstützung für Sanierungen brauchen als ein **Wissen und Gewissheit darüber, was in ihrer Umgebung, das heisst bei benachbarten Eigentümern und im grösseren Umfeld, geschieht und die Nutzungsperspektiven ihrer eigenen Liegenschaft positiv beeinflussen kann.** Die Palette der möglichen Massnahmen reicht denn auch von einer städtebaulichen Entwicklungsstrategie über kooperative Planungsprozesse in Schlüsselgebieten, Aufklärung und Sensibilisierung von Eigentümern bis zu moderierten Erneuerungsprozessen mit betroffenen Eigentümern. Dazu gehören aber auch Vorbildprojekte der Stadt mit eigenen Liegenschaften als „Leuchttürmen“. Auch die Bildung einer Stiftung – zum Beispiel für die Betreuung oder Übernahme privater Liegenschaften mit Sanierungsbedarf – ist im Rahmen des Teilprojektes Liegenschaften ein Thema.

Neben den inhaltlichen auf Olten Ost bezogenen Zielsetzungen verfolgt das Vorhaben im Sinne eines Pilotprojektes für Olten zusätzlich methodische Zielsetzungen. Insbesondere soll das Instrument der integrierten, interdisziplinären Stadtteilentwicklungsstrategie erstmals für Olten umgesetzt werden und als Modell für weitere Stadtgebiete dienen.

3. Vorgehen

Das Projekt hat primär zum Ziel, eine stetige und aktive Stadtteilentwicklung bezüglich Städtebau, Freiraum und Verkehr in Olten Ost zu begründen und umzusetzen. Das in Olten Ost erarbeitete Prozesswissen soll sodann das Fundament bilden für eine zielgerichtete Stadtteilentwicklung in anderen Oltnen Stadtteilen (z.B. Innenstadt, Schöngrund oder – im Falle einer Fusion – auch Trimbach). Über dieses primäre Projektziel hinaus sollen die Quartierentwicklungs- und Partizipationsprozesse in der zweiten Phase verstetigt und ausgeweitet werden. Das Vorhaben gliedert sich in drei Phasen:

I. Städtebauliche Analyse

II. Stadtteil-Entwicklungsstrategie

III. Umsetzungsphase

In den Phasen II und III werden die ansässige Bevölkerung und die Immobilienakteure mit beteiligt.

Phase I:

Städtebauliche Analyse: Erhebung des Ist-Zustandes und des Entwicklungspotenzials

- a) Siedlungsstruktur und -typologie
- b) Freiraum- und Verkehrssituation
- c) Nutzungsverteilung, Quartierinfrastrukturen, Sozialraumanalyse
- d) Gebäudezustand, Eigentumsverhältnisse, Verdichtungspotenzial
- e) Identifizierung der relevanten Player und Akteure im Liegenschaftsbereich sowie bei geplanten und laufenden Entwicklungen (FH-Campus, Nussbaum-Areal etc.)

Parallel und koordiniert dazu wird die Stadtplanung Olten ein Verkehrskonzept Olten Ost erstellen, welches nicht Bestandteil dieses Projektantrages ist. Das Verkehrskonzept soll folgende Elemente beinhalten:

- a) Flankierende Massnahmen in Zusammenhang mit dem Bau der Regionalen Entlastungsstrasse ERO (Unterbindung Durchgangsverkehr – die neue Hauptverkehrsführung birgt erhebliche Gefahren für die Wohnquartiere in Olten Ost)
- b) Verkehrsoptimierung auf Sammel- und Erschliessungsstrassen, Beruhigung und Aufwertung von Strassenräumen abgestimmt mit Freiraumkonzept (u.a. T 30- und Begegnungszonen)
- c) Schwach- und Problemstellenbeseitigung sowie Aufwertung des Langsamverkehrsnetzes (bspw. im laufenden Projekt Winkelunterführung, ein Vorhaben fürs Agglomerationsprogramm der 2. Generation)

Phase II:

Stadtteil-Entwicklungsstrategie Olten Ost: Formulieren von Entwicklungs-Leitlinien, Handlungsfeldern, Zielgrössen und integrierten Massnahmenkonzepten in den Dimensionen:

- a) Städtebau (z.B.: (Zwischen-)Nutzung und temporäre Freigabe von Brachflächen und erneuerungsbedürftigen Liegenschaften zum Stadtumbau, Leuchtturmprojekte)
- b) Nutzungskonzepte
- c) Freiraumkonzept auf Ebene Stadtteil, öffentliche Räume (Strassenräume, Plätze, Pärke) und Areale/Liegenschaften, unter Einbezug der lokalen Bevölkerung als Element der Identitätsstiftung
- d) Konzept und Massnahmenplan Verkehr (s.o.)

Phase III:

Umsetzungsphase: Koordinierte Umsetzung der Massnahmenkonzepte ausgehend von der Stadtteil-Entwicklungsstrategie Olten Ost. Die Massnahmen können daher derzeit nicht abschliessend genannt werden, denkbar sind jedoch:

- a) Infrastruktur-Investitionen der öffentlichen Hand (z.B. Bifangplatz, Verkehrsscheide Säli, Begegnungszonen)
- b) Strategische Liegenschaftskäufe der öffentlichen Hand
- c) Zwischennutzungen (z.B. ausgewählte Ladenlokalitäten entlang der alten und neuen Aarauerstrasse, Wohnraum für Studierende, studentische Dienstleistungen)
- d) Kooperative Planungsprozesse in Schlüsselgebieten (z.B. Bahnhof, Campus FHNW)
- e) Moderierte Entwicklungsprozesse (Aarauerstrasse / Unterführungsstrasse: Nutzungskonflikte Wohnen-Gewerbe und Wohnen-Verkehr entschärfen, standortgerechte Nutzungen und Erneuerungen; Alte Aarauerstrasse / Von Roll Strasse: Entwicklung einer Learning Area mit Start-ups, studentischen Spin-offs und studentischen Nutzungen wie Buchladen, Cafés etc.; Wilerfeld (Hochhäuser): Erneuerung und Verdichtung, Aufwertung der Freiräume zu attraktiven Begegnungsorten für Erholung, Spiel und Sport)

4. Ziele: Von der Ist- zur Soll-Situation

Methodische Zielebene

Handlungsfelder	Ist-Situation	Soll-Situation
Gebietsbezug	Das seit Anf. 2009 laufende Projekt Chance Olten Ost, das vom Bund und Kanton im Rahmen der Projets urbains unterstützt wird, soll weiter geführt werden mit dem Ziel, das Teilprojekt Liegenschaften zu realisieren und dadurch die bereits eingetretenen positiven Entwicklungen zu sichern und zu fördern.	Das im Projekt erworbene Prozess- und Methodenwissen steht laufend auch weiteren Stadtentwicklungsvorhaben zur Verfügung. Das Instrument der Stadtteilentwicklungsstrategie wird allmählich auf sämtliche Oltnere Stadtteile übertragen und periodisch (alle rund. 10 Jahre) überprüft.
Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzepte	Mit dem Projekt Chance Olten Ost konnten grosse Fortschritte im Bereich der Integration und der Quartierentwicklung erzielt werden. Ein wesentlicher, die Quartierentwicklung und Integration beeinflussender Treiber ist jedoch die Liegenschaftenentwicklung, welche bislang unkoordiniert verläuft und dadurch die Ergebnisse in den beiden anderen Bereichen potenziell in Frage gestellt. Es findet zudem bislang keine Koordination zwischen Quartierentwicklung und Verkehrsplanung statt.	Eine integrale Entwicklungs-Strategie, ist Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung von Olten Ost. Mit der partizipativen Entwicklung der Stadtteil-Entwicklungsstrategie und daraus abgeleiteten und z.T. kooperativ/partizipativ umgesetzten Massnahmen im Bereich Liegenschaften/Freiraum ist eine wesentliche Lücke geschlossen worden. Koordiniert mit den hier beschriebenen Vorhaben wird zudem der Massnahmenplan Verkehr schrittweise umgesetzt.

Ressourcenbündelung und Projektorganisation	Die projektbezogene Organisation unter der Leitung der Hochschule Luzern mit dem Stadtschreiber, welcher die Schnittstelle zur Verwaltung bildete, sowie dem externen Quartiermanagement war für die Startphase eine sehr geeignete Form, um eine Aussensicht wie auch eine gewisse Unabhängigkeit zu wahren.	Mit der Gesamtprojektleitung durch die Leiterin Stadtentwicklung ist das Thema Quartierentwicklung im Unterschied zur Phase I näher an die Verwaltung herangeführt und als Aufgabe der Stadtverwaltung implementiert worden. In der weiteren Projektleitung sind sämtliche relevanten Akteure für eine gelingende Quartierentwicklung zusammengeführt. Das Quartiermanagement wird als Mandat dem Leiter des Quartierzentrums vergeben, was die Nutzung von Synergien erleichtert.
Quartiermanagement	Durch die Einrichtung der Geschäftsstelle Olten Ost per 1.7.2010 konnten wichtige Vorhaben realisiert oder initialisiert werden: Begegnungszentrum, Aufwertung Unterführungsstrasse, Quartierführer, Anlaufstelle für Quartierbevölkerung. Es zeigt sich, dass die Verbindung zur Quartierbevölkerung in dieser Organisationsform und aufgrund des begrenzten Pensums nicht optimal hergestellt werden kann.	Das Quartiermanagement ist als Stadtteilbüro im Begegnungszentrum mit regelmässigen Öffnungszeiten verstetigt und fungiert als Anlaufstelle einerseits für die Bevölkerung und andererseits für die Stadtverwaltung/ Stadtentwicklung. Die im Mitwirkungsprozess entwickelten Themen werden kontinuierlich weiter bearbeitet und entwickelt.
Partizipation	Im Rahmen der Mitwirkung Chance Olten Ost wurden positive Erfahrungen mit partizipativen Prozessen gemacht. Einzelne Arbeitsgruppen arbeiten weiter und realisieren konkrete Projekte.	Der Mitwirkungsgedanke ist in regelmässig stattfindenden Plattformen institutionalisiert. Auch im Bereich der Liegenschaften- und Freiraumentwicklung werden entsprechende Verfahren angewandt und als Standardprozesse in der Verwaltung etabliert und auf andere Quartiere übertragen.
Monitoring	Es fand das Monitoring im Rahmen des Programms Projets urbains statt. (Sitzungen Strategisches Gremium, Austausch-Plattformen, Evaluation).	Das Projektmonitoring wird in diesem bewährten Rahmen weiter geführt.
Evaluierung	Bislang können einzelne Massnahmen und Projekte im Bereich der Stadt- und Quartierentwicklung in sich evaluiert werden. Der Erfolg von Stadtplanungs- und -entwicklungsprogrammen als Ganzes lässt sich jedoch nicht evaluieren, da weder Zielvorstellungen noch Zielgrössen formuliert sind.	Die langfristig angelegte Stadtteilentwicklungsstrategie hat es ermöglicht Ziele zu formulieren, deren Erreichungsgrad periodisch zu überprüfen und zu analysieren. Die Strategie war demnach Voraussetzung für die zielgerichtete Einflussnahme auf die Stadt- und Quartierentwicklung sowie -planung. Für 2012 ist die Initiierung eines sozial- und wirtschaftsräumlichen Monitorings über die Stadt Olten budgetiert. Auf diesem Weg lassen sich mittelfristig die Wirkungen der Projekts Olten Ost beobachten und evaluieren.

Inhaltliche Zielebene

Handlungsfelder	Ist-Situation	Soll-Situation
Wohnumfeld und öffentlicher Raum	Heterogene Mischung von attraktiven Wohnangeboten sowie eher abgewerteten und belasteten Liegenschaften. Kaum sorgfältige Gestaltung des öffentlichen Raumes, geringe Attraktivität des öffentlichen Raums.	Eine deutliche Aufwertung von Liegenschaften und Steigerung der Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums sind eingetreten, er fungiert vermehrt als sozialer Treffpunkt im Quartier und steht den Nutzungsbedürfnissen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Verfügung. Die Lebensqualität in Olten Ost hat sich auch unter Einbezug des Massnahmenplans Verkehr verbessert.
Liegenschaftsmarkt und -bewirtschaftung	Olten Ost ist von einer dynamischen Entwicklung geprägt, die jedoch ungesteuert erfolgt. Es gibt keine Vernetzung und Koordination der Liegenschaftenbesitzer und ihrer Investitionsentscheide. Die Stadt Olten hat sich bislang mit Ausnahme des Erwerbs einer Liegenschaft für das Quartierzentrum kaum im Liegenschaftsbereich engagiert.	Die Stadtteil-Entwicklungs-Strategie und die daraus abgeleiteten Massnahmen sind Grundlage für den Dialog zwischen Stadt und Immobilienbesitzenden, für die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins über die Chancen und Risiken der Stadtteil- und Liegenschaftsentwicklung sowie für Investitionsentscheide von Eigentümerinnen und Investoren. Die Stadt Olten ist als Akteur für eine koordinierte Immobilien-Entwicklung in Olten Ost präsent.
Umwelt, Mobilität	Der Bereich Umwelt und Mobilität war in Phase I kein Projektschwerpunkt. Durch Einzelvorhaben (z.B. Sälihof, Nussbaum-Areal, Fachhochschule) induzierte Verkehrsflüsse belasten das Quartier.	Die Quartierentwicklung orientiert sich am Freiraumkonzept und Massnahmenplan Verkehr. Bei der Sanierung von Liegenschaften werden die Energiefachstelle, die Stadtgärtnerei und die Umweltfachstelle einbezogen.
Durchmischung, Sozialverträglichkeit	Die ausländische Wohnbevölkerung konzentriert sich vorwiegend auf der rechten Aareseite (Olten Ost) in Strassenzügen mit eher günstigem Wohnraum und Hochhäusern. Die Gesamtbevölkerung lebt z.Z. unter dem Eindruck einer Segregation der ausländischen und einheimischen Wohnbevölkerung, auch unter dem Eindruck der Nutzung einzelner Liegenschaften durch bestimmte Herkunftsgruppen. Zum Zweiten besteht z.T. die Befürchtung einer künftigen Binnenwanderung von sozial besser gestellten Bevölkerungskreisen von Olten Ost nach Olten (Süd-) West und damit einhergehend einer weiteren Verschlechterung der sozialen Durchmischung. Zahlreiche Aktivitäten im Bereich der Integrationsarbeit und Teilhabe wurden in der Phase I begonnen und implementiert.	Ausgehend von der Erkenntnis, dass das Konzept der „sozialen Mischung“ nicht zu einer Verbesserung individueller oder gesellschaftlicher Probleme führt, ist dieses auch nicht Ziel in Olten Ost. ¹ Vielmehr wird gesellschaftlichen Problemstellungen mit konkreten Interventionen (z.B. im Bereich Städtebau, Freiraum), mit Integrationsaktivitäten, Empowerment und Partizipation begegnet. Ziel ist eine Steigerung der Lebensqualität in Olten Ost und eine Verbesserung des Images dieses Stadtteils. Bei der Erneuerung von grösseren Liegenschaften und Arealen wird auf sozialverträgliche Prozesse geachtet, namentlich durch Beratung, Information und, soweit möglich, Partizipation, etappierte Umsetzung, Vermittlung von Ersatzangeboten

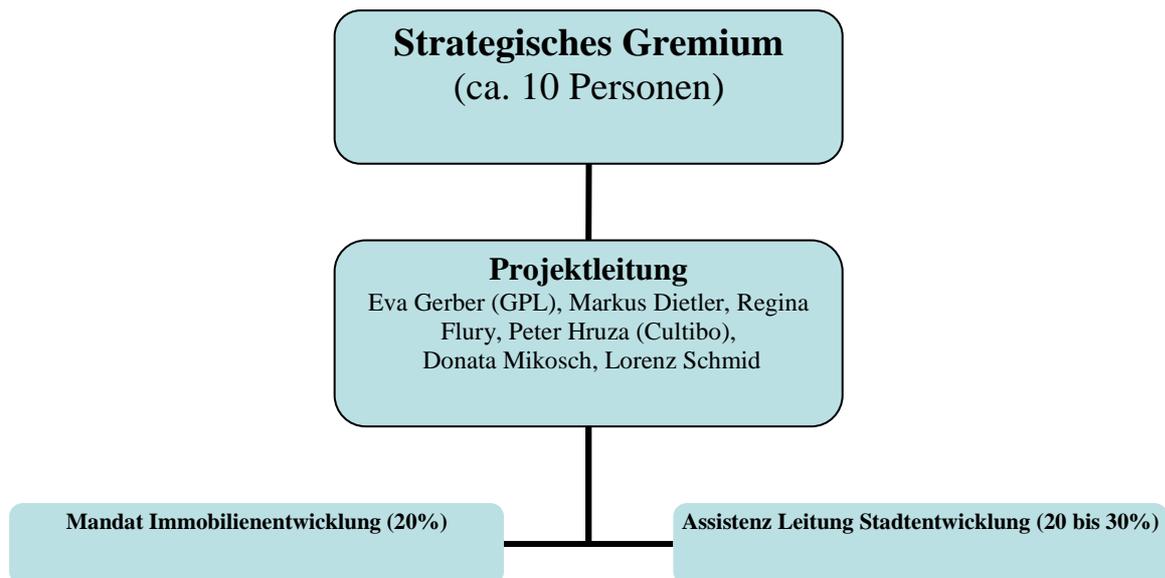
¹ Vgl. Programm *Projets Urbains* (Hrsg.): *Soziale Mischung und Quartierentwicklung: 5 Fragen – 5 Antworten*, Bern 2011

5. Projektplan

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Vorbereitung						
Erstellung Detaillierter Projektplan inkl. Kommunikationskonzept für 2012/13 in Projektleitung (PL)						
Phase I, Analyse						
Start-Veranstaltung PL/ strategisches Gremium						
Analysen Freiraum, Städtebau, Immobilien, Soziales, Verkehr)						
Antritt Mandat Immobilienentwicklung						
Kontaktaufnahme mit Immobilienakteuren						
Phase II, Strategie						
Workshops PL, Konsolidierung Analyseergebnisse						
Entwurf integrierter strategischer Leitlinien (inkl. Handlungsfelder) in PL						
<i>Entwurf Strateg. Leitlinien als Gesprächsthema in Stadtrat²</i>						
Workshop(s) mit Immobilienbesitzenden zu strategischen Leitlinien						
Workshop (s) mit Bevölkerung zu strategischen Leitlinien						
Workshop PL / ExpertInnen: Formulierung Stadtteilentwicklungsstrategie: Leitlinien, Handlungsfelder, Zielgrössen und Massnahmenkonzept Liegenschaften						
<i>Bericht und Antrag StEK/Stadtrat</i>						
Phase III, Umsetzung						
Massnahmen gemäss Strategie						
Projektabschluss und Evaluation (Finanzen, Prozess und Inhalte)						
Sicherstellen der Verstetigung von Prozesse und Gremien						

² Evtl. auch Stadtentwicklungs- und Baukommission

6. Projektorganisation



Die Projektorganisation besteht aus einer Strategischen Steuerung und einer Projektleitung. Die Aufgabe des **strategischen Gremiums** ist die regelmässige Überprüfung und Steuerung des Gesamtprozesses und der Ausrichtung, die Integration der beteiligten Akteure und die Verankerung des Gesamtprojekts in Politik und Bevölkerung.

Mitglieder des Strategischen Gremiums sind:

- Stadtpräsident von Olten, Ernst Zingg
- 1-2 Mitglieder der Kommission für Stadtentwicklung
- VertreterIn Bildungsstadt Olten.Bifang³
- VertreterIn Primarschulen
- Kanton Solothurn, Raumplanung, Bernard Staub
- Kanton Solothurn, Integration, Albert Weibel
- Markus Dietler, Stadtschreiber
- Quartierverein Rechtes Aareufer, Arthur Spring
- Bundesamt für Wohnungswesen, Doris Sfar (sofern Projekt urban bewilligt wird)
- Eva Gerber, Leiterin Stadtentwicklung

Die Aufgabe der **Projektleitung** besteht darin, sämtliche Aspekte einer integrierten Stadtteilentwicklung einzubringen und je nach Bereich gewisse inhaltliche Vorarbeiten zu begleiten oder zu erstellen. Sie besteht aus Eva Gerber, Leiterin Stadtentwicklung (Gesamtprojektleiterin), Lorenz Schmid, Stadtplaner (Bereich Verkehrs- und Raumplanung, Freiraumplanung, Städtebau), Donata Mikosch (Bereich Integration), Regina Flury von Arx (Energie, Umwelt, Mobilität), Markus Dietler (Kommunikation), Peter Hruza (Leiter Begegnungszentrum Cultibo/Stadtteilbüro). Der/Die Mandatsträger/in Immobilienentwicklung wird ebenfalls an den Projektleitungssitzungen teilnehmen.

Während die Arbeiten in Phase I und grösstenteils auch II vorwiegend in den Kompetenzbereich der Stadt fallen und z.T. mittels Drittaufträgen abgewickelt werden können, empfiehlt sich für einen Grossteil der Umsetzungsmassnahmen (Wegbereitung für Zwischennutzung, Kooperative Planungen und moderierte Erneuerungsprozesse die **Mandatierung einer externen Fachperson für Immobilienentwicklung**, die bei

³ „Bildungsstadt Olten.Bifang ist eine Projektgruppe von elf Bildungsinstitutionen mit rund 30'000 Kundinnen und Kunden und rund 1500 Lehrpersonen auf der rechten Aareseite, welche sich für einen attraktiven Bildungsstandort im Stadtteil einsetzt. An bisher zwei Gesprächen wurde mit den Verantwortlichen ein koordiniertes Vorgehen mit dem Projekt Entwicklung Olten Ost vereinbart.

grundstücksübergreifenden Entwicklungsprozessen oder Einzelvorhaben von übergeordnetem Interesse für die Koordination, Moderation und Mediation zuständig ist und als Vermittlerin zwischen den Eigentümern und der Stadt auftritt. Eine neutrale Mittelsperson erhöht das Vertrauen und die Akzeptanz auf beiden Seiten und somit auch die Verhandlungsbereitschaft. Über die Mandatierung mittels Leistungsvereinbarung durch die Stadt ist diese Person zudem verpflichtet, im öffentlichen Interesse zu agieren, und erhält eine offizielle Legitimation für ihre entsprechenden Tätigkeiten, zu denen insbesondere gehören:

- Moderation von Workshops mit betroffenen Eigentümern (und Stadt) zur Erarbeitung einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie, einer verbindlichen Zielvereinbarung aller Beteiligten für ein gemeinsames Vorgehen und zur Definition konkreter Massnahmen bzw. eines konkreten Umsetzungsprojekts
- Einleitung und Koordination der erforderlichen Verfahren, Abklärungen, Gutachten, sowie Vermittlung von Akteuren und Interessen, Mediation von Konflikten
- Projekt- bzw. prozessbezogene interne und externe Kommunikation d.h. rechtzeitige und spezifische Information und Einbezug von Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Experten und Öffentlichkeit, sowie Controlling und Reporting an die Beteiligten.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert eine rege Netzwerkpflege zu den relevanten Akteuren (Eigentümer, Mieter, Nutzer, Investoren etc.) sowie gute Kenntnisse der städtebaulichen Situation und des Immobilienmarktes in Olten. Somit verfügt diese Person idealerweise über eine hauptberufliche Tätigkeit im Kanton Solothurn / in der Region Olten mit eigener Arbeitsplatzinfrastruktur in den Bereichen Standort- und Immobilienmanagement und/oder Architektur und Raumplanung, sowie ausgewiesene Kompetenzen im Projektmanagement, Stakeholdermanagement und in der Führung und Mediation von Verhandlungsprozessen. Die Erfüllung der Aufgaben im Auftrag der Stadt erfordert zudem eine zeitliche Flexibilität und Verfügbarkeit für ein durchschnittliches Pensum von 20%. Für diese Tätigkeiten im Auftrag der Stadt wird eine Leistungsvereinbarung erstellt.

Zusätzlich wird für die Projektdauer eine Assistenz im Sinne einer **Projektunterstützung** im Umfang von 20 bis 30% für die Gesamtprojektleitung eingeplant, diese wird verknüpft mit einer Assistenzstelle Stadtentwicklung in Lohnklasse 12 (20 freie Stellenprozente, nachdem Leitung Stadtentwicklung zu 100% bewilligt, aber nur zu 80% besetzt ist).

7. Finanzielle Auswirkungen

Für das Projekt Chance Olten Ost wurden im Rahmen der Budgets 2009 bis 2011 in der Investitionsrechnung CHF 440'000 bewilligt, wovon CHF 140'000 als Bundes- und Kantonsbeiträge zugesichert waren. Für die Weiterführung des Projektes Olten Ost mit Schwerpunkt Liegenschaften in den Jahren 2012-2015 ist ein Investitionskredit von insgesamt CHF 600'000 erforderlich (Beilage 4). Das Projekt wurde für die zweite Phase des Bundesprogramms Projets Urbains eingegeben (Beilage 5); es wurden für die gesamte Beitragsperiode CHF 160'000 beantragt. Der Entscheid des Bundes ist bis Ende November angekündigt. Vom Kanton sind Unterstützungen im bisherigen Rahmen (CHF 40'000) zugesichert (Beilage 6). Dem Gemeindeparlament wird die Genehmigung eines Anteil von CHF 400'000 bzw. 100'000.- pro Jahr für die Fortsetzung des Projektes beantragt. Sollte der Bund das Projekt nicht in die zweite Phase des Bundesprogramms Projets Urbains aufnehmen, wird das Projekt mit den bewilligten Krediten durchgeführt und müssen insbesondere für die Umsetzung von Massnahmen separate Kredite beantragt werden.

8. Stellungnahme der Kommission für Stadtentwicklung

Die Kommission hat die grundsätzliche Stossrichtung an ihrer Sitzung vom 28. April 2011 befürwortet. An ihrer Sitzung vom 22. September 2011 hat sie dem vorliegenden Antrag mit 3:1 Stimme bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Beschlussesantrag:

I.

1. Für die Weiterführung des Projektes Olten Ost wird ein Investitionskredit von CHF 400'000 für die Jahre 2012 bis 2015 genehmigt.
2. Der Schaffung einer auf die Projektdauer 2012 bis 2015 befristeten, via Investitionskredit finanzierten 20 bis 30%-Stelle einer Projektunterstützung, kombiniert mit der bestehenden Assistenzstelle Stadtentwicklung, in Lohnklasse 12 (Funktionslohn 2011 CHF 66'259) wird zugestimmt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I./1. dieses Beschlusses wird dem fakultativen Referendum unterstellt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Daniel Dähler, GPK: Das Thema hat nicht mehr ganz die Dimensionen angenommen wie die Zusatzanträge, die jetzt noch eingegangen sind. Wir waren auch etwas dezimiert, für alle, die wieder anfangen zu spekulieren. Das Ganze ist mit 5: 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen worden. Themen waren vor allem – das spiegelt sich letztlich in diesen Anträgen wieder – dass Ziele relativ diffus oder gar nicht definiert wurden und somit die Messbarkeit relativ schwierig ist. Es ist auch nicht ganz so trivial. Das kann man sicher sagen und hat es auch in diesem Sinne zur Kenntnis genommen. Die Definition des Perimeters hat natürlich auch wieder zur Diskussion gestanden, weil das Thema Olten Ost relativ ein grosser Perimeter ist. Wenn man einen solchen Antrag stellt, könnte man schon im Vorfeld definieren, wo man ansetzen möchte oder zumindest einmal Ideen geben, in welche Richtung es gehen sollte. Wichtig war auf der anderen Seite von der Finanzierung her auch, dass man die Bundesgelder, die hier auch schmackhaft gemacht wurden, wie auch die Kantonsbeiträge, schliesslich noch realisieren kann. Alles in allem ist es auch aufgrund des Resultates eigentlich sehr emotionslos über die Bühne gegangen und von daher auch nicht sehr breit diskutiert worden. Es hat sich nun in dem Sinne zugespitzt, dass zwei Zusatzanträge formuliert wurden. Ich denke, es gilt heute Abend vor allem, über sie zu diskutieren.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Merci, Daniel Dähler, für Deine nicht trivialen, sondern klaren Erläuterungen. Die Emotionslosigkeit war bei der GPK vielleicht so. In den Fraktionen hat es dann gewisse Emotionen gegeben. Das führt mich dazu, einige Worte zu diesem relativ komplexen Gebiet, aber vor allem zu diesen komplexen Papieren zu sagen. Ich glaube, das war eines der Themen. Fünf Bundesstellen – ich muss es einfach wieder einmal betonen – vier Bundesämter für Wohnungswesen, Migration und Sport unter Führung des Bundesamtes für Raumentwicklung sowie die Kommission für Migrationsfragen haben die

sogenannten projets urbains, die Quartier- oder Stadtteilentwicklungsprojekte in der Schweiz lanciert. Der Titel heisst – das kann im Internet unter dem Bundesamt für Raumentwicklung herunter geladen werden – „Wer hier wohnt, soll mitreden und gut leben“. Das ist eine banale, aber meiner Meinung nach sehr tiefsinnige Aussage zu diesem projet urbain. Worum geht es jetzt in Olten bei der Entwicklung Olten Ost und ganz konkret in dieser Vorlage? Mit dem projet urbain, Chance Olten Ost, ist 2008 ein Entwicklungsprozess eingeleitet worden. Er hat zum Ziel, die Lebensqualität der Bevölkerung dieses Stadtteils zu verbessern. Übrigens leben wir alle, die dort wohnen, gleich gut. Aber es gibt Sachen, die verbessert werden können. Zum anderen, und das muss hervor gehoben werden, geht es auch sehr darum, das Potenzial in diesem Stadtteil für die Entwicklung für ganz Olten zu nutzen, und es gibt ein Potenzial. In der ersten Phase hat man wichtige Elemente der Quartierentwicklung gestartet. Die Bevölkerung konnte sich für ihre Anliegen einbringen, und das ist sehr interessant und vor allem auch sehr befriedigend, haben sich sehr viele Leute bereit erklärt, sich ehrenamtlich für diesen Stadtteil zu engagieren. Die Aktivierung der Bevölkerung ist auch Voraussetzung für die Stadtentwicklung grundsätzlich. Nicht nur wir hier sind zuständig, sondern wir brauchen auch unsere Bevölkerung, wenn wir etwas entwickeln wollen. Ohne das engagierte Eintreten der Bevölkerung geht es nicht. Man kommt dann auch nicht an die finanziellen und personellen Grundlagen heran, um ein solches Quartier zu entwickeln. Es braucht Integrationsplattformen und dementsprechend auch Massnahmen. Das hat dazu beigetragen, dass Olten auf der Gemeindeebene nicht beeinflussbare Arbeitsmigration im Hinblick auf eine Entwicklung der Zukunft Olten Ost nutzen können will. Angedacht, aber mangels Ressourcen bis dato und präzisen Vorstellungen, und das ist vielleicht auch eine kleine Aussage, die der Sprecher der GPK gemacht hat, noch nicht präzisen Vorstellungen, hat man insbesondere einen der Pfeiler des projet urbain, nämlich die Immobilienangelegenheit, noch nicht in der Form, wie man es in den ersten drei Jahren hätte können oder müssen, angegangen. Das Potenzial, zum Teil wohnen in der Stadt Olten, aber auch in der Region, vor allem aber als Wohnstadt Olten, ist in diesem Sinne noch nicht unterstützt worden. Der Ausgangspunkt für das ganze Projekt waren drei wichtige Bauwerke. Es hat nämlich im untersten Teil des ganzen Gebietes angefangen. Das ist die Erneuerung oder Sanierung des Bahnhofs selber, welche die SBB oder der Bund gemacht haben, zweitens Bahnhof Ost, das vom Parlament grossartigerweise bewilligt wurde und läuft, und drittens, was schon in der ganzen Grösse sichtbar ist, der Neubau der Fachhochschule. Das löst etwas aus. Diese drei Sachen entwickeln nicht gleich ein Quartier für sich selber. Sie erneuern sich einmal selber. Aber daraus entsteht nicht einfach automatisch eine Entwicklung, wie man dies landläufig annehmen könnte. Private brauchen zu diesem Zweck zwei Sachen: Eine transparente Politik und entsprechende Investitionsentscheide der öffentlichen Hand, um sich weiter zu entwickeln. Die öffentliche Hand kann die Immobilienentwicklung und Erneuerung in der Regel nur indirekt beeinflussen. Es kann nicht sein, dass wir Liegenschaften von Privaten sanieren. Letztlich entscheidet der private Akteur autonom, in welcher Art und Weise er in die ihm gehörende Liegenschaft investieren will. Es ist bekannt, dass in vielen Gebieten der Stadt Olten nicht nur auf der Ostseite Liegenschaften vorhanden sind, wo die Eigentümerschaft weit von Olten weg ist und sie eine Verwaltung aus dem Raum oder sogar ausserhalb verwaltet. Das ist wieder etwas anderes als jemand, der selber vor Ort ist. Die Hochschule Luzern hat im Bereich einer Quartierentwicklung auch für die Stadt Luzern ein Grundlagenpapier geschaffen, wo die zentrale Aussage lautet, dass die Immobilienakteure für ihre Investitionsentscheide weniger eine Beratung brauchen, wie sie das Gebäude sanieren müssen – hier gibt es sehr viele private Unternehmungen, Büros, die dies sehr viel besser können als die öffentliche Hand – sie brauchen eine verlässliche Aussage der öffentlichen Hand darüber, wie sich ein Stadtteil oder ein Quartier in den kommenden Jahren hinsichtlich zum Beispiel Verkehrsführung, Strassen-, Freiraumgestaltung oder anderen Investitionen im öffentlichen Raum entwickelt. Dementsprechend springt man auf oder macht es nicht. Wenn nichts passiert, denkt man: Hier passiert ja ohnehin nichts. Wenn man aber weiss, dass es in diesem Quartier eine Liegenschaft gibt, die völlig neu gemacht wird, weil sie der Stadt gehört, es gibt eine neue Strassenführung oder einen Freiraum, der neu gestaltet wird, wenn es nur eine wunderbare Gestaltung eines Bifangschulhausplatzes ist, löst dies etwas aus.

Das ist nicht von mir erfunden. Es ist erhärtet. Hier kommen Immobilienunternehmer zu uns oder eben auch direkte Eigentümer. Olten verfügt über keine kohärente, integrierte und politisch abgestützte Vorstellung darüber, wie sich der Osten Oltens hinsichtlich der Themen Städtebau, Freiraum und Verkehr entwickeln soll und welche Massnahmen und Investitionen man hier ins Auge fasst. Das ist in den Fraktionen auch gesagt worden, insbesondere in derjenigen, der ich angehören darf. Die Strategie muss vorhanden sein. Die Stadt Olten kann nicht glaubwürdig mit Immobilienakteuren ins Gespräch kommen und gemeinsame Vorstellungen entwickeln, wenn man keine Grundlagen hat. Ein Beispiel für eine solche Strategie: Für Besitzer von Wohnbauten ist es entscheidend zu wissen, wie sich die Freiräume oder Verkehrsströme im Umfeld entwickeln, wenn sie daran denken, ihre Immobilien zu erneuern oder etwas hinein zu investieren. Lohnt sich eine Sanierung überhaupt? Ist es zu erwarten, dass zum Beispiel zahlungskräftigere Leute in dieses Quartier hinein kommen, weil man es weiter entwickelt und dementsprechend

Infolge technischer Probleme mit der Anlage wurden die Voten teilweise nicht aufgenommen.

und es ist halt schon so. Ich kritisiere Urs Knapp immer, wenn er Zürich als Beispiel anführt. Aber hier muss ich nun einmal das Beispiel von Zürich bringen. Sinnigerweise haben wir in Eva Gerber eine Stadtentwicklerin, die dieses Gebiet sehr gut kennt. An der Weststrasse in Zürich hat die Aussicht auf eine Verkehrsberuhigung massive Investitionen bei den Immobilienbesitzern ausgelöst. Wenn das Anliegen, dass beispielsweise der Bifangplatz vom Verkehr befreit werden soll, in Betracht gezogen würde, müsste doch geklärt werden, wo der Verkehr durchgeht. Das hat Einfluss auf die Entwicklung dieser Liegenschaften und dieses Gebietes. Dann kommt etwas dazu, das wir immer gewusst haben, aber das nie in dieser Komplexität hervor gekommen ist. Jetzt kommt es mit der geballten Ladung. Es hilft aber auch. Das ist die Bildungsstadt Olten Bifang. Es sind 30'000 Kundinnen und Kunden jährlich, 1'500 Arbeitsplätze, selbstverständlich mit der Fachhochschule als Zentrum, aber die ganzen Ausbildungszentren, Berufsbildungszentren im Umkreis haben sich zu einer Bildungsstadt zusammen getan. Sie verlangen von den Stadtbehörden vehement Aussagen, und es hat bereits eine erste Sitzung stattgefunden, genau zu den Themen, die ich vorher erwähnt habe. Wie wird der Verkehr geführt? Wie sieht unser Umfeld im Campus der Fachhochschule aus und so weiter und so fort? Sie wollen auch wissen, wie der Ladenmix aussieht. Wie ist die Gastronomie aufgestellt? Ich muss Euch ja nicht sagen, dass die Studentinnen und Studenten irgendwo etwas trinken oder essen wollen. Die Immobilienentwicklung ist ein offener Prozess. Hier setzen jetzt genau die Entwicklung und das Projekt, das wir Euch vorlegen, an. In einem ersten Schritt geht es jetzt darum, eine ganzheitliche Strategie hinsichtlich des Städtebaus, Freiraums und Verkehrs zu entwickeln, die Bezug auf die Bedürfnisse und sozialen Gegebenheiten dieses Ortes nimmt. Aber die Erarbeitung dieser Strategie kann nur im Austausch mit den Akteuren dazu gemacht werden, nämlich Wirtschaft, Bildungsstadt, Immobilienbranche und natürlich ganz entscheidend Wohnbevölkerung. Wir müssen deshalb nicht das Rad erfinden. Das haben andere Städte bereits erfolgreich durchgeführt. Ich wiederhole: Das berühmte Babel-Quartier in Luzern, das sich genau mit diesem System sehr gut entwickelt hat. Luzern ist eine schöne Stadt. Aber wir können auch, was Luzern kann. Der Aufbau eines solchen Dialogs unter den Leuten, insbesondere natürlich aber mit den Immobilienakteuren, ist die Basis für einen Prozess für Massnahmen. Zu diesem Zweck wurde eine Organisation geschaffen, wo eigentlich alle relevanten Bereiche integriert sind, damit die Koordination und der Rückfluss der Sachen, die hier erarbeitet werden, immer garantiert sind. Das unterstützt die sogenannte ganzheitliche Stadtteilentwicklung und verhindert so sektorielle Lösungen. Es hat doch niemand etwas dagegen, ich denke auch nicht von den Leuten, die dort wohnen, wenn eine Liegenschaft sich entwickelt, saniert und schön wird, weil einfach der Immobilienbesitzer sagt, er wolle etwas machen. Es gibt

Infolge technischer Probleme mit der Anlage wurden die Voten teilweise nicht aufgenommen.

Kein Mensch hat etwas dagegen. Das wird auch nicht verhindert. Aber es geht immer etwas um den Blick für das Gesamte. Genau derjenige, der die Sanierung auch macht, fragt, wenn er das Baugesuch bei der Stadt abgibt, im zweiten Satz: Passiert noch etwas im Umfeld? Muss ich etwas beachten? Es ist erhärtet und effektiv so. Zur Weiterführung der bisherigen Tätigkeiten im Projekt Olten Ost, projet urbain erster Teil: Wir haben das Begegnungszentrum Cultibo geschaffen. Heute hat es Exponenten, Präsidium und Vizepräsidium des Vereins, der gegründet wurde, hier bei uns. Sie sind Mitglied des Gemeindeparlamentes. Cultibo ist nicht einfach ein Haus, wo man etwas ein- und ausgehen kann. Das ist wie ein Kristallisationspunkt für die gesamte Entwicklung geschaffen. Wenn wir von Stellen und Prozentsätzen sprechen: Der Leiter des Zentrums erhält im Rahmen dieses Projektes das Mandat, eine Art Management zu machen, mit regelmässigen Öffnungszeiten in diesem Quartier. Er ist quasi die Anlaufstelle der Bevölkerung, andererseits aber auch von uns, für einen Informationstransfer. Die entwickelten Themen im Mitwirkungsprozess werden kontinuierlich weiter bearbeitet und entwickelt. Die Massnahmen dazu, die wir immer noch leben und weiter führen, und Massnahmen, die bis jetzt schon gemacht wurden, sind im Integrationsleitbild abgebildet und werden selbstverständlich weiter geführt. Ich bin etwas ausführlicher gewesen. Es ist auch gesagt worden, und ich glaube, man darf das Wort brauchen, obwohl ich in der Pause korrigiert worden bin, es sei ein akademisches Papier, das schwierig zu lesen sei. Es ist tatsächlich so, dass man hier nicht geschrieben hat, es würden im nächsten Jahr 15 Balkone renoviert. Das wäre jetzt zu einfach. Was aber der Stadtrat sehr wohl zur Kenntnis genommen hat, möchte ich gleich zu Beginn sagen, weil die Diskussion ja dann ohnehin kommt. Zu den beiden Anträgen, die im Raum stehen: Die FdP sagt, der Stadtrat solle dem Gemeindeparlament nach der Strategiearbeit für die Auslösung von Massnahmen die eigentliche Strategie zur Genehmigung vorstellen. Das ist völlig im Sinne des Stadtrates. Es ist für uns wie ein Controlling. Man kann ja auch Fehler machen. Es macht absolut Sinn, dass ein Gemeindeparlament, das alle Bevölkerungsteile repräsentiert, zu etwas ja sagt. Es macht durchaus Sinn, wenn auf der rechten Aareseite zur Kenntnis genommen werden darf, dass die Bewohnerinnen und Bewohner und die Repräsentantinnen und Repräsentanten der linken Seite im Parlament sagen, das sei etwas Gutes. Das tut nämlich auch gut. Hier kann ich sagen, dass es ein guter Ansatz ist. Der zweite Antrag, der sagt, man solle die Zielsetzung bzw. den Perimeter dieses Entwicklungsgebietes klarer oder detaillierter umreissen, kommt etwas zu früh, wenn man sagt: Nach der Phase 1, weil die Strategie ja erst nach der Phase 2 entwickelt ist. Dann haben wir durchaus Sympathie, dass man auch dort den Perimeter definiert. Aber etwas müsst Ihr uns, dem Stadtrat, der Stadtentwicklung und den Mitarbeitenden, die intensiv daran arbeiten, natürlich auch abnehmen: Wir entwickeln ja nicht einen Teil eines Quartiers, der gut ist, und wissen ganz genau, dass bei der Unterführungsstrasse eine andere Thematik ist als am Terrassenweg, einfach, weil ich dort wohne. Ich glaube, das liegt auf der Hand. In diesem Sinne möchte ich Euch im Namen des Stadtrates bitten, diesem Projekt zuzustimmen. Die akademische Ausführung dieser Vorlage hat noch eine Bewandnis. Wir wollen unbedingt im Bundesprojekt bleiben. Ich bin dafür bekannt, dass ich mich in Bern hinknie und versuche, Geld aus bestehenden Fonds los zu reissen, wenn wir dies können. Wir müssen natürlich unseren Beitrag auch leisten. Der Bund verlangt gemäss dieser Vorlage gewisse Aussagen. Vielleicht ist die Aussage hier mehr „bundeslike“ als gut oder einfach lesbar für uns alle hier. Das müsst Ihr einfach zur Kenntnis nehmen. Ich möchte Euch bitten, der Vorlage zuzustimmen. Wenn noch Fragen sind, gibt Eva Gerber als Projektleiterin aus ihrer Sicht Auskunft zur fachlichen Situation.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Bei diesem Geschäft müssen wir wahrscheinlich zuerst zwischen einem formalen und einem inhaltlichen Teil unterscheiden. Wir haben versucht, das Projekt einem Kreditposten im Budget zuzuordnen, hatten aber gewisse Mühe, dies zu tun. Schliesslich haben wir es dann getan, aber gemerkt, dass die Beträge irgendwie nicht stimmen, und haben dann eigentlich nach Rückfrage feststellen müssen, dass das Projekt gar nicht im Budget enthalten ist. Deshalb würde ich jetzt einmal den ersten Antrag stellen, wenn ich mich richtig erinnere, unter Position 790.501.003 Fr. 100'000.— für das Jahr 2012

ins Budget aufzunehmen. Auch sonst hatten wir mit dem Papier etwas Mühe, zum Beispiel die Zuordnung der Stellen. Woher kommen sie? Wie sind sie finanziert? Ich glaube aber, dass wir es dann geschafft haben, und wir wissen heute in etwa, wie sie zuzuordnen sind. Nach diesen eher formalen Schwierigkeiten konnten wir uns auch noch materiell mit dem Geschäft beschäftigen und sind zu einem deutlich positiveren Fazit gekommen. Kurz und bündig: Wir sind der Meinung, dass das Projekt richtig und wichtig ist für die Stadt Olten. Richtig ist es, weil es ein hervorragendes und nach unserer Ansicht gut eingeführtes Projekt ist, nämlich Chance Olten Ost oder projet urbain, wie Ernst Zingg immer sagt, vertiefen und bei den Menschen im Quartier noch besser zu verankern. Quartiermanagement und Integration sind nach drei Jahren erfolgreich aufgebaut, eingeführt, brauchen aber sicher noch mehr Zeit. Auch das hat der Stadtpräsident gesagt. Vielleicht auch ein paar weitere Schritte, um auch im Quartier dann als selbstverständlich akzeptiert zu sein. Der dritte, eigentlich spannendste Teil des ehemaligen oder neuen Projektes ist die Frage der Liegenschaftsentwicklung, die nach unserer Ansicht vor allem auch aus Ressourcengründen, aber sicher auch, weil es der schwierigste Teil ist – das kann man auch sagen – bisher etwas stiefmütterlich weg gekommen ist. Olten ist zwar in der glücklichen Lage, dass wir keine eigentlichen Ghettos haben. Wir haben auch keine Quartiere oder Gruppierungen, die fast in Parallelgesellschaften leben, wie es zum Teil in den Grossstädten in Deutschland durchaus sichtbar ist. In Olten haben wir keine Ein- und Ausfallstrassen, die verslumen. Aber wir haben in Olten einzelne Konstellationen, wo es mindestens Tendenzen mit Konfliktpotenzial gibt. Es gibt soziale Entmischung, vernachlässigte Baustruktur, zu viel Verkehr, viel Lärm, Orte, wo wir auch denken, da funktionieren die hoch gelobten Marktmechanismen überhaupt nicht oder bringen mindestens nicht das Ergebnis, das wir als Gesellschaft dort eigentlich möchten. Wenn wir jetzt erkennen, dass wir dort solche Probleme haben, haben wir jetzt aber auch die Chance, diesen Entwicklungen rechtzeitig und mit den geeigneten Mitteln zu begegnen oder diese Probleme aufzufangen. Welche Mittel und Instrumente es sind, und das finde ich an diesem Projekt interessant, wissen wir eigentlich gar noch nicht so richtig. Deshalb finde ich, dass die Fortführung oder Neulancierung dieses Projektes unbedingt nötig ist. Wichtig ist das Projekt, weil wir damit auch ein Stück weit, vielleicht sogar schweizweite Pionierarbeit leisten und zwar im Zusammenhang mit der Liegenschaftsentwicklung. Ein Thema, das in vielen Städten ein Problem ist oder Schwierigkeiten bietet. Aber es gibt keine Patentrezepte dazu. Noch wichtiger für Olten: Wir bekommen eine Chance, Erfahrungen mit solchen Instrumenten zu machen, mit diesem zukunftssträchtigen Quartier- oder Stadtentwicklungsinstrument. Olten wird in Zukunft auch schon ohne Fusion – das muss man sich bewusst sein – immer stärker durch Quartiere und Stadtteile geprägt werden. Linke, rechte Aareseite werden Begriffe sein, die eher verschwinden. Wenn man nach Olten SüdWest schaut, entsteht dort ein ganz neuer Stadtteil. Wir können nach Süden schauen, Kleinholz. Dort entsteht ein neues Quartier. Wir können nach Osten schauen, Fustlig, Säli. Dort entstehen ganze Quartiere neu. Wir werden in Zukunft von Quartieren oder Stadtteilen sprechen und nicht mehr einfach nur von linker und rechter Aareseite. Eine allfällige Fusion würde diesen Prozess nur noch forcieren oder vielleicht sogar multiplizieren. Aber die Probleme werden in etwa die gleichen sein. Die neuen Entwicklungen und Strukturen müssen wir also mit geeigneten Instrumenten auffangen können. Mit diesem Projekt haben wir mindestens die Chance zu lernen, mit solchen Instrumenten umzugehen und damit zu arbeiten. Aus diesem Grunde unterstützt die SP-Fraktion das Projekt vollumfänglich. Wir bitten Sie, das Projekt auch im Budget entsprechend aufzunehmen. Noch einige kleine Bemerkungen zu den Anträgen: Hier schliessen wir uns im Wesentlichen den Ausführungen des Stadtpräsidenten an. Wir denken auch, dass ein solcher Zwischenschritt oder dass man dies ins Parlament trägt und dort auch diskutiert und spiegelt, bei einer solchen Stadtteilentwicklungsstrategie durchaus Sinn macht. Wir sind aber auch überzeugt, dass es wenig Sinn macht, quasi zwanghaft irgendeinen Perimeter festzulegen. Er wird vermutlich auch in der Stadtentwicklungsstrategie zum Ausdruck kommen, wo man effektiv weiter arbeitet und wo nicht. Wir sind eigentlich der Meinung, dass man auf den zweiten Antrag durchaus verzichten kann.

Anna Engeler, Fraktion Grüne: Wir sind diesem Projekt nicht wie die GPK emotionslos, sondern an der Fraktionssitzung ziemlich ratlos gegenüber gestanden. Es ist weder Fisch noch Vogel. Man weiss nicht so richtig, wie es heraus kommt. Wir haben uns drei mögliche Szenarien ausgedacht: Entweder sagen wir zum Schluss: „Ausser Spesen nichts gewesen“, oder wir haben irgendwo einen Placebo-Effekt, wo die Leute das Gefühl haben, weil man sich darum kümmere, fühle man sich etwas besser, oder aber wir schaffen tatsächlich einen Mehrwert, was wir mit dem Projekt eigentlich erreichen möchten. Wir denken, es ist wichtig und richtig, dass man eine gemeinsame Entwicklungsstrategie für Olten Ost macht, gerade in dem Moment, wo man die grossen Projekte wie zum Beispiel das projet urbain hat, das wir schon im ersten Teil hatten, und wir durchaus Sachen erreicht haben, die wir auch zu würdigen wissen. Dass man das Momentum nutzen möchte, um das Projekt weiter zu treiben, ist eigentlich der richtige Moment, um dies zu machen. Umgekehrt kommen wir hier mit der ganzen Liegenschaftsthematik in ein Gebiet, das wir nur schwer beeinflussen können. Der Handlungsspielraum der Stadt ist, wie es Ernst Zingg bereits gesagt hat, relativ klein. Wir haben schon mehrmals diskutiert, ob es die Aufgabe der Stadt ist, Liegenschaften aufzukaufen. Es gibt Momente, wo ich dies befürworten würde. Hier jetzt wahrscheinlich eher nicht. Wir sind wieder etwas bei unserer Ladenmix-Thematik. Wir können nicht erzwingen, dass es weniger Kebap-Läden hat. Auch die Liegenschaftsbesitzer können wir nicht dazu zwingen, ihre Gebäude zu sanieren. Von daher ist etwas unsere Ratlosigkeit gekommen. Bringt es das Geld? Wir wollten mit unserem Änderungsantrag zu diesem Geschäft eigentlich dem etwas entgegen wirken, dass wir zumindest fragen: Worauf will man sich konzentrieren, weil Olten Ost ein riesiges Gebiet ist. Wie im Beschlussesantrag steht, gibt es in Olten Ost durchaus auch sehr attraktive Quartiere, wo eigentlich nicht sehr viel Handlungsbedarf besteht. Die FdP hatte die gleiche Idee und vielleicht auch etwas die gleiche Ratlosigkeit. Wir haben dies diskutiert und würden unseren Antrag in diesem Sinne zurück ziehen, unter der Bedingung, dass ein solcher Perimeter der Liegenschaften, Teil einer Gesamtstrategie wäre, die uns dann vorgelegt würde. Unter diesen Bedingungen ziehen wir unseren Antrag zurück und stimmen dem Geschäft zu, in der Hoffnung, dass es dann eben zum bestmöglichen Fall kommt, dass wir wirklich etwas für dieses Gebiet erreichen können.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Bei uns hat dies durchaus zu Diskussionen geführt. Für uns ist das Ganze etwas ein zweischneidiges Schwert. Positiv finden wir die Grundidee oder Grundabsicht, in Gebäude investieren zu wollen. Die Liegenschaftsentwicklung ist von der Idee her zu unterstützen, weil der Wert oder die Qualität dieser Liegenschaften natürlich Einfluss auf den Mietzins hat. Der Mietzins wiederum hat Einfluss auf die Frage, wer effektiv nachher dort wohnt. Vorher ist das Stichwort Ghettoisierung oder Ansätze etc. gefallen. Vor diesem Hintergrund denke ich, dass es eine gute Absicht ist. Wir haben aber trotzdem unsere liebe Mühe mit dem Ganzen. Das ist auch genannt worden. Es ist im Zusammenhang mit dem Projekt Chance Olten Ost zu verstehen. Es steht auch im vorliegenden Bericht und Antrag. Im Wesentlichen geht es darum, die erreichten Erfolge des Projektes Chance Olten Ost nachhaltig zu sichern. Dafür soll ja der Kredit ausgelöst werden. Es ist vorher erwähnt worden. Man würdigt immer, was erreicht wurde. Die erzielten Erfolge müssen gewürdigt werden. Aber was haben wir denn erreicht? Welches sind die konkreten Erfolge des Vorgängerprojektes? Uns ist es schleierhaft, was man dort wirklich erreicht hat bzw. welche Erfolge erzielt wurden. Ich sage dem jetzt bewusst so. Man hat einen Migrantentreffpunkt geschaffen. Ich gehe viermal täglich dort vorbei und habe dort noch nie oder kaum jemals Schweizer gesehen, habe mir aber noch sagen lassen müssen, dass auch schon Stadt- und Gemeinderäte dort gewesen seien. Die Ausnahme bestätigt die Regel. Aber ob wirklich schweizerische Anwohner dieses Quartiers einmal ins Cultibo gehen würden oder sich angesprochen fühlen würden, stelle ich ganz schwer in Frage. Ich bin ja Anwohner des Bifangquartiers, als entsprechender Vertreter der rechten Aareseite, aber eben einer aus dem Bifang, der dort halt die Realität sieht. Was sonst noch erreicht wurde, ist schleierhaft. Es ist auch fraglich, was für die Schweizerinnen und Schweizer im Vorgängerprojekt gemacht wurde. Dort stelle ich als Anwohner einfach fest, dass im Bifangquartier, wohne ich wohne, tatsächlich eine gewisse Ghettoisierung stattfindet. Wenn ich manchmal am Abend

nach Hause komme, hängen irgendwelche Leute über ihre Balkone irgendwelche persischen Teppiche. Das tropft einfach herum. So stelle ich es mir etwa in Ostanatolien vor. Ich möchte niemandem auf die Füsse treten, aber das sind Sachen, die ich nachher nicht mehr ganz einordnen kann, und wo ich mich ziemlich fremd fühle. Auch wenn man an einem Samstagmorgen beim türkischen Einkaufscenter im Bifang schaut, wie die Autos parkiert sind, ist dies haarsträubend. Es ist egal, ob dort ein Parkplatz ist oder nicht. Dort könnte die Polizei vielleicht auch einmal kontrollieren. Sie können manchmal fast nicht hinaus gehen, weil sie so nahe parkieren und dort so wild ihre Autos hinstellen, relativ speziell. Das Andere ist angesprochen worden. Es hat praktisch nur noch albanische Cafés und türkische Kebap-Buden. Das ist einfach eine Entwicklung, die wir nicht sehr positiv finden. Was man ausser dem Cultibo-Treffpunkt konkret dagegen gemacht hat, ist uns schleierhaft. Auch eine Tatsache ist, was sich nachher in den Anträgen äussert, dass klare Zielsetzungen fehlen. Ich habe einmal gelernt, dass Ziele smart, spezifisch messbar, ausführbar, realisierbar und terminiert sein müssen. Was wir hier haben, ist keines von beidem. Ich sehe nicht, inwiefern dies smarte Ziele sein sollten. Anders ausgedrückt: Wir geben Geld aus, wissen aber gar nicht genau wofür. Damit haben wir Mühe. Den gestellten Anträge, vor allem dem FdP-Antrag, stimmen wir zu. Ich weiss jetzt nicht, ob der grüne definitiv zurück gezogen wurde oder nicht, weil ich unter einer Bedingung zurück ziehen etwas schwierig finde, ob er dann noch im Raum ist oder nicht. Wenn er nicht definitiv zurück gezogen wird, würden wir dem auch zustimmen. Aber den Beschlussesanträgen, insbesondere dem Kredit und der 20- bis 30 %-Prozent-Stelle können wir nicht zustimmen. Wir werden dies grossmehrheitlich ablehnen. Entsprechend lehnen wir auch den Antrag der SP-Fraktion ab.

Daniel Probst, FdP-Fraktion. Die GPK hat die Diskussion emotionslos geführt, die Grünen ratlos. Wir haben sie sehr engagiert oder ganzheitlich und sachlich fundiert und mit Emotionen geführt. Es war intensiv. Wir hatten ähnliche Themen, wie wir es etwas von den Grünen gehört haben. Auch hätten wir ähnliche Themen wie die SVP, was schliesslich auch zu unserem Zusatzantrag geführt hat, nämlich demjenigen mit den klaren Zielen. Ein paar Worte zu unseren Gedanken dazu: Wir sind uns einig, dass es dieses Quartier gibt. Da gehört ein Quartier dazu, wo man hinschauen muss und wir uns eine Weiterentwicklung wünschen würden. Hier glauben wir auch, dass es Sachen gibt, die eine Stadt machen kann - wir haben zum Beispiel über eine bessere Beleuchtung, ein Verkehrsregime diskutiert - wo ein Platz oder ein Quartier durchaus aufgewertet werden kann, man sich wohler fühlt, wo sich vielleicht dann auch Investoren, Hausbesitzer wohler fühlen und entsprechend dort allenfalls etwas tun. In dieser Diskussion sind wir aber auch zu Themen gekommen, die wir zum Teil den Unterlagen entnehmen konnten, wo wir fanden, dies führe zu weit. Bei uns ist das Stichwort Planwirtschaft auch gefallen. Als wir zum Beispiel im Bericht des letzten Projektes, des projet urbain, gelesen haben, dass manchmal, wenn die Mietzinsen zu hoch seien, halt auch die Stadt einen Teil übernehmen müsse. Gerade vorher hat mir mein Kollege Thomas Rauch gesagt: Wenn dies durchkommt, muss ich ja heute in diesem Quartier ein Haus kaufen und einen hohen Mietzins verlangen. Zahlt mir nachher die Stadt etwas daran? Das sind Sachen, die damit ausgelöst werden können. Ich denke, man muss aufpassen, und das hat uns der Stadtrat dann auch bestätigt, und wir hatten eine gute Diskussion, welche Instrumente man hier anwendet. Zum Teil kann man natürlich auch gleich falsche Entwicklungen auslösen. Das heisst, wenn man punktuell richtige, gut überlegte Massnahmen einleitet, denken wir durchaus, dass man ein Quartier auch entwickeln kann. Aber wir hatten die gleichen Diskussionen, wie sie meiner Ansicht nach auch bei den Grünen stattgefunden haben. Die Frage ist etwas: Was kann gemacht werden, was nicht? Auch stellt sich die Frage, wie stark in das Eigentum einer Person eingegriffen werden kann. Wir haben die Freiheit, etwas zu tun oder nicht zu tun, Gewerbefreiheit usw. Ein älterer Fraktionskollege von uns, Andreas Schibli, hatte einmal bestimmte Vorstellungen, man könnte den Ladenmix verändern. Hier ist er innerhalb unserer Fraktion alleine gestanden, weil wir eben fanden, dies führe zu weit. Ich denke, das muss sicher auch überlegt werden. Eine zweite Befürchtung, die wir hatten und wo uns der Stadtrat ebenfalls beruhigen konnte – ich sage es hier, damit es auch verbürgt ist – war, dass wir etwas Bedenken hatten, dass es, wenn es erfolgreich läuft, durchaus in anderen Quartieren auch

gemacht werden kann. Dann haben wir uns bereits vorgestellt, dass dann jedes Quartier sein eigenes Cultibo oder seine Anlaufstelle hat, wir zwar hier ein Stadthaus haben, aber dann noch fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, je nachdem, wie man zählt, verschiedene Quartier überall noch Quartieranlaufstellen hat, wo auch noch jemand von der Stadt ist. Man hat uns dann klar sagen können, dass es nicht so ist und dabei bleibt, dass wir eine zentrale Stadtentwicklung haben und diese Sachen dort gemacht werden. Wir fanden, das würde tatsächlich zu weit führen. Bei uns ist die Stadt so gross, wie in Zürich wahrscheinlich ein Quartier gross ist. Hier muss auch in anderen Dimensionen gedacht werden, und ich glaube, hier braucht es nicht noch viele Aussenstellen. Man ist ja innerhalb von 10 Minuten in Olten an einem anderen Punkt. So enorm gross ist die Stadt nicht, auch wenn einmal mit anderen Gemeinden fusioniert werden sollte. Als letzten Punkt haben uns konkrete, messbare Ziele, an denen wir uns messen können, ob die umgesetzten Massnahmen wirklich auch etwas bringen, ganz klar gefehlt. Es fällt uns auch schwer oder ist uns schon schwer gefallen zu sehen, was Chance Olten Ost bis jetzt eigentlich ganz konkret gebracht hat. Hier konnte uns der Stadtrat auch einige Beispiele nennen, die wir nicht direkt im Bericht lesen konnten, aber dann doch gehört haben. Es gibt durchaus auch Erfolge. Vielleicht geht der Stadtrat nachher noch darauf ein. Der letzte Punkt mit den Zielsetzungen hat uns dann zu diesem Zusatzantrag geführt, von dem wir hoffen, dass er von Euch angenommen wird. Wir haben gehört, dass der Stadtrat dafür ist, und denken, es ist notwendig, dass wir einen Zwischenschritt oder –halt machen können, wo wir eben sehen, wie die Strategie und die Massnahmen aussehen, dies dann diskutieren und verabschieden können, damit es umgesetzt werden kann. Dort gehört für mich der Perimeter ganz klar dazu und man sagt, wo die Schwerpunkte gesetzt werden können. Wenn wir hier heute die Zusicherung des Stadtrates haben, der vorher angetönt hat, dass es so ist, kann man diesen Antrag wahrscheinlich schon zurück ziehen. Noch ein letzter Punkt, den wir an die Projektgruppe mitgeben möchten: Es ist zwar im Bericht erwähnt, die Zusammenarbeit mit schon bestehenden Institutionen wie Wirtschaftsförderung, vielleicht Olten Tourismus usw. Wir hatten auch dort die Befürchtung, dass es plötzlich Doppelspurigkeiten geben könnte, weil sich solche Organisationen wie die Wirtschaftsförderung, die ja auch einen Leistungsauftrag der Stadt haben, zum Teil gerade auch schon um solche Fragen kümmern, dass man die bestehenden Sachen ganz klar nutzt und nicht noch einmal parallel in diesem Projekt aufbaut. Schliesslich sind wir einstimmig für Eintreten und grossmehrheitlich für den Beschlussesantrag mit unserem Zusatzantrag.

Marlène Wälchli Schaffner: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat den Bericht und Antrag des Stadtrates für das Projekt Entwicklung Olten Ost/Kreditgenehmigung gesichtet, und wir haben intensiv diskutiert. Wir sind einstimmig für Eintreten auf das Geschäft und werden auch dem Antrag des Stadtrates, inklusive FdP-Antrag, zustimmen. Die im Bericht vorgeschlagenen vielfältigen Instrumente konnten wir alle nachvollziehen und auch das Vorgehen in die Phasen 1 bis 2 sind für uns notwendige Schritte, um eine Analyse zu machen, um dann wirklich in der Phase 3 eine zielorientierte Entwicklung einzuleiten. Für uns ist klar, dass es eine Weiterführung der angefangenen Entwicklung braucht. Ohne die Bewilligung und Kreditgenehmigung würden wir sagen, dass eigentlich ein abrupter Stopp droht. Dieser wäre dann auch ein Rückschritt, den wir eigentlich nicht erleben möchten. Wir haben schon viel über Zielorientiertheit und nicht so smarte Ziele gehört. Doch im Bericht ist eigentlich eine sogenannte Soll-/Ist-Bilanz aufgezeigt, wo man in den verschiedenen Handlungsfeldern klar lesen kann, dass mittelfristig auch eine Auswirkung dieses Projekte, wo die Erfolge beobachtbar sein wollen und man dies auch evaluieren möchte. Wo ist der heutige Mehrwert? Wo sind die direkten Auswirkungen? Was ist unmittelbar sichtbar? Wenn es so einfach wäre, hätten wir vielleicht etwas weniger Papier erhalten. So war eine Stimme in unserer Fraktion. Man hat wie krampfhaft versucht, etwas herbei zu holen, was nicht schon als Erfolg gemessen werden konnte. Trotzdem sind wir der Überzeugung, dass es Erfolge sind, die auch sichtbar sind. Deshalb sind wir der Meinung, dass es etwas Glauben braucht, und es braucht auch Vertrauen in die Personen, die ihre Kräfte und Energie einsetzen und sich auch weiterhin für das Projekt einsetzen werden. Wir glauben, dass alle Beteiligten, und das ist unserer Ansicht gut aufgezeigt worden, vom Stadtrat klar geführt

werden. Diese klare Strategie begrüßen wir eigentlich. Beispielhaft möchten wir noch auf die Liegenschaftsentwicklung eingehen. Dort haben wir wirklich Hoffnung, dass die erkannten Lücken, von denen wir gelesen haben, jetzt geschlossen werden. Gerade im Hinblick auf die Liegenschaften sind wir froh, dass der Stadtrat Impulse und eine Gesamtstrategie aufnimmt und sie weiter verfolgen will. In diesem angefangenen Prozess braucht es mehr Führung. Das kann nur mit der Gesamtstrategie vielversprechend gewährleisten. Dort meinen wir, dass auch ein Mehrwert sichtbar wird. Als Fraktion sind wir überzeugt, dass es mit den richtigen Massnahmen und Strategien gelingen wird. Das Gebiet Olten Ost hat mehr Potenzial. Deshalb unterstützen wir den Antrag des Stadtrates. In diesem Sinne wird unsere Fraktion einstimmig dem Antrag des Stadtrates zustimmen, und wir freuen uns, wenn wir 2015 gemeinsam einen Erntedank mit reifen Früchten feiern können. In diesem Sinne auch ein Projekt für ein lebenswertes Olten.

Anna Engeler: Ich ziehe meinen Antrag definitiv zurück, sofern der Stadtrat mir zu Händen des Protokolls noch einmal bestätigt, was er mir vorher in der Pause gesagt hat.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Selbstverständlich. Wir haben dies abgemacht, und ich stehe zum Wort. Es waren Zeugen dabei. So wie es jetzt begründet worden ist, würden wir es handhaben. Ich glaube, dieses Plenum ist sich einig, dass erstens der Antrag der FdP erheblich erklärt wird und zweitens derjenige von Anna Engeler, Grüne, integriert wird und Teil des Ganzen ist. Ich möchte mich für die wunderbaren Worte der Kollegin aus dem CVP-Bereich bedanken. Die Aussagen von Christian kann ich jedoch nicht stehen lassen. Ich muss es einfach wieder einmal sagen. Am 23. November 2009 hat man nicht gewusst, wo am Informationsabend zum projet urbain die Leute in der Aula der Fachhochschule untergebracht werden sollen. Sicher waren auch einige von Euch dabei. Wenn man nur 20 % von dem, was am Aperitif an uns heran getragen und ausgetauscht wurde, aufgenommen hat, konnte man fast nicht abschätzen, wie dann 100 % aussehen. Es war ein enormes Bedürfnis der rechten Aareseite. Machen wir ein Gewerbe-Beispiel. Sie sagen: Im Sälipark läuft es gut, und andernorts geht gar nichts. Was macht Ihr im Stadtrat oder Parlament für uns? Das ist mehrmals gefallen. Was ist die Sicherheit? Ich gebe Dir recht. Das Parkieren ist ein Thema. Es muss geahndet werden, wenn es nicht stimmt. Werden wir nur Kebap-Stände und Albaner-Beizen haben? Ich möchte dies jetzt nicht gewertet haben. Das sind alles Sachen, die man sehr ernst genommen hat. Am 23. Januar 2010 war im Stadttheater die Werkstatt. Dort hatte es unter anderem auch Teilnehmende von der linken Aareseite. Das ist zum Beispiel eine der Aussagen, die gemacht wurden. Müssen wir auf jeder Seite ein Begegnungszentrum machen? Das ist überhaupt nicht die Meinung. Aber man will von einer Entwicklung profitieren. Es gibt auch hier nicht nur positive Situationen. Was hat man erreicht? Am 19. Juni hat auch im Stadttheater eine Ergebniskonferenz zur Werkstatt stattgefunden. Unter anderem hat man eine Liegenschaft gekauft. Man kann sagen, das ist banal. Die Stadt kauft ein Haus. Was soll das? Das ist doch nicht das Thema. Die Liegenschaft haben wir relativ rasch erworben, weil wir gemerkt haben, und es ist sogar in der Kompetenz des Stadtrates, weil es von den Kosten her gegangen ist, dass es ein neuralgischer Punkt im Bifang ist und sich von dort aus einiges entwickelt. Es ist halt schon so, dass es in diesem Begegnungszentrum auch Schweizer hat. Ernst Zingg und ein paar andere hier waren auch schon dort. Aber die ausländischen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt treffen sich halt auch dort, um sich auszutauschen. Es macht durchaus Sinn, wenn sie dann noch angeleitet werden, was man machen könnte, damit es für sie und ihre Umgebung besser wird. Man hat zum Beispiel das Begegnungszentrum geschaffen. Die Vorlage Bahnhof Olten Ost ist inhaltlich wesentlich durch die Bedürfnisse in dieser Werkstatt, der Leute, die dort mitgemacht haben, gewachsen, genau gleich, wie ANDAARE auch. Die ganzen Forderungen und die ganzen Projektteile sind zum Teil in diesen Werkstätten gewachsen. Ob dies ein Erfolg ist, weiss ich nicht. Es haben Abstimmungen stattgefunden. Man hat gewonnen. Es werden Projekte realisiert. Jetzt aber ganz konkret: Man hat zum Beispiel moniert, dass die Beleuchtung in der Unterführungsstrasse als Eingangstor in das Quartier oder die rechte Stadtseite hunds miserabel ist. Es ist ein Loch. Die Beleuchtung wird gemacht und in der nächsten Zeit installiert. Das ist eine Investition, welche die Stadt nicht

einmal sehr viel Geld kostet. Das ganze bisherige projet urbain hat – Kollega Wey soll mich nicht falsch verstehen, aber wenn man in einer Viertelstunde sagt, 13,5 Millionen Franken seien gut – sind Fr. 100'000.—, um ein ganzes Stadtquartier vorwärts zu bringen, nicht so sehr daneben. Es ist kein guter Vergleich als Finanzminister. Aber bekanntlich zählt ja jeder Franken. Die Bildungsstadt hat sich ganz klar wegen dieses Projektes formiert. Sie haben gesagt: Hier können wir mithelfen, damit unser Campus anders aussieht als dass man einfach nur eine Grenze oder hohe Wand macht und damit einen Abschluss hat. Wir wollen dies mitmachen. Man hat ganz konkret das Projekt der Wirtschaftsförderung, und hier möchte ich gleich das Wort von Daniel Probst aufnehmen, angesprochen. Es ist selbstredend, dass der Wirtschaftsförderer bei diesem Projekt dabei ist. Wer hat bis jetzt betreffend Liegenschaften mit den Leuten verhandelt, wenn es zum Beispiel um die Läden im ganzen Bifangquartier gegangen ist. Das ist eine Sisyphus-Arbeit. Es liegt zum Teil vor, wer hier was gesagt hat und woher sie kommen usw. Davon profitieren wir jetzt sehr. Die Jungunternehmerunterstützung „plug und start“ geht in die rechte Aareseite hinüber. Dort hat es Liegenschaften, die sich eignen, solche Firmen unter zu bringen und über die Fachhochschule zu unterstützen und mit Privaten und Firmen, die wir hier schon haben, die Geld geben und ihnen mit dem Know-how-Transfer helfen. Das läuft sehr gut an. Wir haben bereits acht solche Unternehmungen in Olten, die sich hier installiert haben. Wir haben in der Arbeitsgruppe Integration vier Veranstaltungen durchgeführt. Die Präsidentin der Integrationskommission kann ja hier aus dem Vollen schöpfen. Im Bereich Integration war das Thema Sprache die Hauptforderung des Parlaments. Wir haben Deutschkurse, deutsche Konversation mit Erwachsenen, Sprachförderung im Vorschulalter weiter gegeben. Wir haben die Weiterbildung in den Spielgruppen aufgegleist. Man hat Unterstützungsmassnahmen, ganz entscheidend wichtig heute, und da wird ja gar niemand dagegen sein hier, der Eltern ausländischer Kinder, aber auch Jugendlicher, die zum Beispiel ins Berufsleben gehen müssen, wie wir sie dazu bringen, dass sie sich in einer Bewerbung behaupten können und so weiter und so fort. Das ist ein ganz wichtiger Bereich, und es sind alles Projekte, die erfolgreich laufen und schon jetzt vom Kanton beurteilt werden, der auch noch etwas Geld dazu gibt. Das Projekt Midnight, dass man sich in einer Turnhalle trifft, Sport treibt und nicht auf der Strasse herum hängt – man braucht dann vielleicht nachher keine Krücken wie ich – aber man trifft sich. Das ist ein Erfolgsprojekt der Direktion Bildung. In diesem Saal finden Empfänge von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern statt, wo zum Beispiel der Stadtschreiber und ich die Funktion der Stadt Olten erklären. Ihr könnt es Euch nicht vorstellen. Wir sprechen eine Stunde lang und die Veranstaltung dauert drei Stunden. Die Leute interessieren sich sehr wohl, wer hier sitzt, dass es die SVP ist und sie eine Partei der Schweiz ist. Herrn Blocher kennt man bei den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Man kennt nachher auch die Struktur der Stadt, interessiert sich und weiss, weshalb irgendjemand reklamiert, weil etwas nicht stimmt. Das sind Arbeiten, die entstanden sind. Das Vertrauen dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger ist vorhanden, und sie kommen hierher. Das musste irgendjemand machen. Es ist Teil oder Auswirkung dieses Projektes. Ich habe jetzt sehr viel von Integration gesprochen. Es ist einfacher, ein Standbein des projet urbain als Immobilien. Das muss klar gesagt werden. Von den elf Städten, die bis jetzt dabei sind, hatten bis jetzt rund drei Erfolg im Immobilienbereich. Pratteln ist eine davon und konnte ein Quartier entwickeln, das in einem schlechten Zustand war. Dort wohnen wieder Leute, die Freude daran haben. Gute Fussballer wohnen auch dort. Burgdorf ist ein Beispiel, wo eine einzige Unternehmung aufgrund der Unterstützung der Stadt praktisch fertig gebracht hat, dass sich ein ganzes Gebiet erneuert. Nicht teure Mietzinsen hat es daraus gegeben, sondern man musste feststellen, dass nicht einfach die Bevölkerung ausgetauscht werden kann. Wir müssen etwas machen. Sonst werden wir irgendeinmal ein Problem haben. Daran möchten wir uns auch messen. Deshalb noch einmal im Namen des Stadtrates: Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns unterstützen würdet. Hier gibt es eine Antwort auf die Frage, die nach der Phase 2 noch im Raum steht.

Dr. Markus Ammann: Wir sind noch zwei kleine Sachen aufgefallen. Eines ist, dass Daniel gesagt hat, er wolle keine Planwirtschaft. Wir sind Sozialdemokraten und wollen auch keine Planwirtschaft. Aber ich habe es vorher schon gesagt: Der Markt richtet eben auch nicht

alles. Wir haben es vorher gehört: Nur Kebap-Stände und Albaner-Beizen. Das ist der freie Markt, der dies schafft. Man muss vielleicht noch dazu sagen, dass vermutlich viele dieser Vermieter Schweizer oder Schweizer Institutionen sind. Einfach, um das Bild etwas abzurunden. Zum Zweiten, das ich sagen wollte: Marlène Wälchli hat es bereits angetönt: Die smarten Ziele. Das Wort smart höre ich im Geschäft auch ständig. Ziele müssen smart sein. Das ist etwas ein Manager-Ausdruck oder Manager-Slang. Da muss man sich vielleicht überlegen, was smart eigentlich heisst. Smart heisst gescheit, intelligent, elegant, vielleicht auch schlau. In diesem Sinne sind die Ziele, die hier formuliert sind, in meinen Augen durchaus smart. Es ist aber nicht digital. Es ist nicht ja oder nein oder gut oder schlecht, sondern es sind gescheite Ziele und ein gescheiter Soll-Zustand definiert, wo man durchaus auch in einem Bericht prüfen kann, ob es erreicht ist oder nicht.

Yabgu Ramazan Balkaç: Noch kurz zu Christian: Ich weiss nicht, aus welcher Perspektive und welche bestimmten vier Tage er ausgesucht hat, aber aus meiner Perspektive, wenn ich vier Tage im Cultbo bin, mache ich ganz andere Feststellungen. Deshalb schlage ich vor: Komm doch einmal herein.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ursprünglich sind zwei Anträge vorgelegen. Derjenige der Grünen Fraktion wurde gegenstandslos zurück gezogen respektive wird einfließen. Zum Beschlussesantrag I./1. liegt nicht ein Änderungsantrag, sondern eine Präzisierung vor. Ich möchte, dass Herr Sieber ihn noch kurz begründet.

Markus Sieber: Grundsätzlich ist es so, dass der Kredit, der in der Investitionsplanung in der Form vorgesehen war, bei der Überarbeitung des Finanzplanes zum Investitionsbudget weggefallen ist, weil er im Finanzplan noch mit einer Null enthalten war. Grundsätzlich ist es so, dass man jetzt vom Beschluss eigentlich formulieren müsste, dass für die Weiterführung des Projektes Olten Ost ein Nachtragskredit zum Investitionskredit 790.501.03 der Investitionsrechnung in der Höhe von Fr. 400'000.— für die Jahre 2012 – 2015 genehmigt werden müsste. Der Grund, dass es ein Nachtragskredit ist, ist, dass wir auf der gleichen Kreditnummer bereits einen Kredit bewilligt haben und es dadurch die Fortführung des ersten Kredites ist, der in der Vergangenheit bereits bewilligt war.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ich lese den abgeänderten Text vor: „Für die Weiterführung des Projektes Olten Ost wird ein Investitionsnachtragskredit zu Gunsten Konto 790.501.003 Investitionsrechnung von Fr. 400'000.— für die Jahre 2012 – 2015 genehmigt“.

Anträge

1. Zustimmung mit 41 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung
2. Zustimmung mit 39 : 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen
3. Zusatzantrag FdP: Zustimmung mit 46 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Gesamtbeschluss

Mit 44.: 2 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Für die Weiterführung des Projektes Olten Ost wird ein Investitionskredit von CHF 400'000 für die Jahre 2012 bis 2015 genehmigt.
2. Der Schaffung einer auf die Projektdauer 2012 bis 2015 befristeten, via Investitionskredit finanzierten 20 bis 30%-Stelle einer Projektunterstützung, kombiniert mit der bestehenden Assistenzstelle Stadtentwicklung, in Lohnklasse 12 (Funktionslohn 2011 CHF 66'259) wird zugestimmt.
3. Der Stadtrat wird dem Gemeindeparlament die erarbeitete Stadtteilentwicklungsstrategie zur Genehmigung vorlegen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I./1. dieses Beschlusses wird dem fakultativen Referendum unterstellt.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Leiterin Stadtentwicklung
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. November 2011

Akten-Nr. 18/20, 18/22

Prot.-Nr. 18

Stadtpolizei, polizeiliche Zivilangestellte/definitive Stellenbewilligung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Die Stimmberechtigten der Stadt Olten haben am 19. April 2009 der personellen Erweiterung der Stadtpolizei um 4 Stellen für Polizeibeamte definitiv und 2 Stellen für polizeiliche Zivilangestellte befristet für drei Jahre, mit einer Zustimmung von über 80% entsprochen. Dadurch konnte dem wachsenden Sicherheitsbedarf der Oltnen Bevölkerung begegnet werden.

Am 1. August 2009 wurden die Stelle polizeilicher Zivilangestellte/r Technischer Dienst und am 1. September 2009 die Stelle polizeiliche Zivilangestellte/r Schalter/Administration besetzt.

Durch diese personelle Massnahme konnten sich gut ausgebildete Polizeikräfte konzentrierter und intensiver auf ihre effektiven Polizeiaufgaben fokussieren.

Es ist ein zentrales Anliegen der Direktion Öffentliche Sicherheit und des Kommandos der Stadtpolizei, dass beide Arbeitnehmenden frühzeitig über das weitere Vorgehen betreffend befristete Arbeitsstellen informiert werden können. Aus diesem Grund wird die Umwandlung in definitive Stellen mit Wirksamkeit per 1. August 2012 bzw. per 1. September 2012 mit dem Budget 2012 beantragt.

2. Analysen und Anforderungen

2.1 Reorganisation der Stadtpolizei

Das Projekt „Stadtpolizei Olten 2011“ wurde am 1. Februar 2011 in den operativen Betrieb überführt. Dabei wurde neben dem Leistungsauftrag und den Tätigkeitsfeldern auch das Organisationsmodell überprüft und politisch legitimiert. In der nachfolgenden Abbildung ist die Einbettung der beiden polizeilichen Zivilangestellten dargestellt. Die Funktion der polizeilichen Zivilangestellten Schalter und Administration ist dem Bereichsleiter Logistik unterstellt. Die Funktion des polizeilichen Zivilangestellten Technischer Dienst ist der Bereichsleiterin Verkehr unterstellt. Diese Unterstellung wurden explizit so gewählt, weil daraus für die Organisation am wenigsten Friktionen und Schnittstellen generiert werden. In der Phase des Projektes wurde auch immer wieder überprüft, welche Aufgaben die Stadtpolizei auch in Zukunft noch ausführen und welche sie abgeben soll. Aus folgenden Gründen haben das Projektteam und damit schlussendlich auch der Projektausschuss auf

einen Abbau der Dienstleistungen der Stadtpolizei zum heutigen Zeitpunkt verzichtet:

- Generierung von neuen direktionsübergreifenden Schnittstellen (z.B. mit dem Werkhof)
- Abgabe der Fachkompetenz
- Schaffen von neuen Stellen in anderen Direktionen
- Outsourcing (Fremdvergabe) von Dienstleistungen sind sehr kostenintensiv
- Effizienz und Effektivität fraglich, da zum Beispiel der ganze Prozess „Vergabe von öffentlichem Grund“ bei der Stadtpolizei ist. Vom Antrag über die Verfügung bis zur Signalisation. Dabei ist auch die interne Schnittstellenpflege eine andauernde Aufgabe.

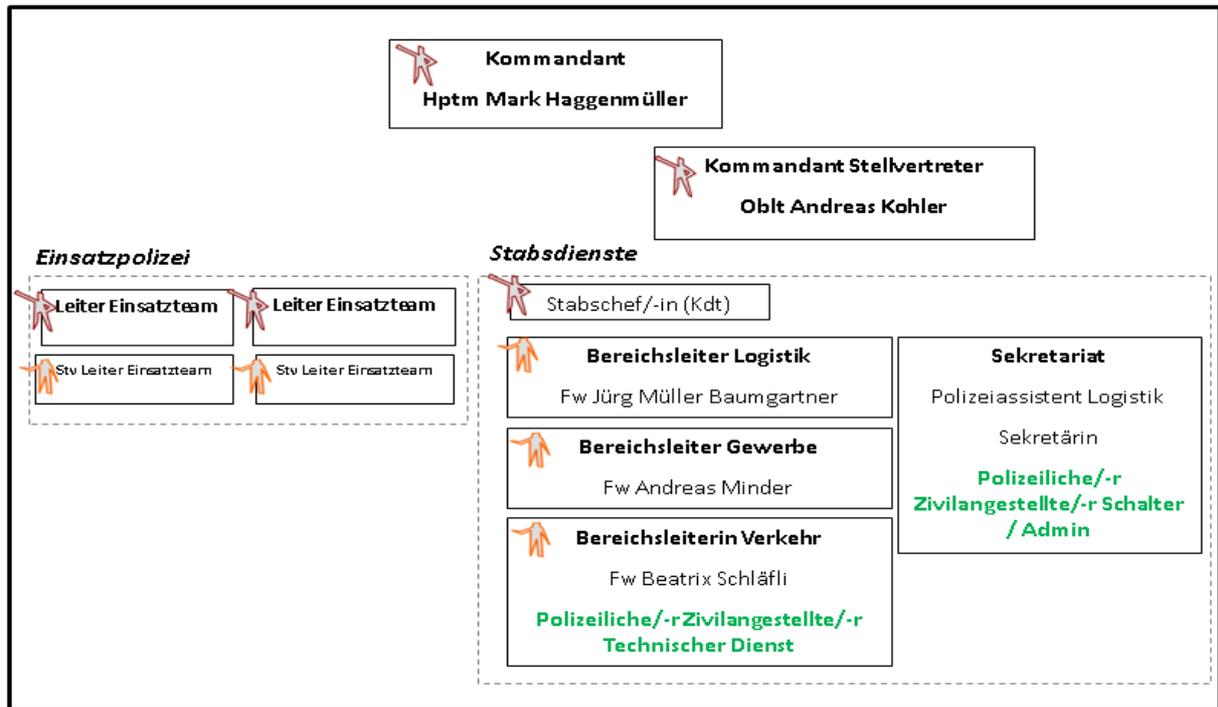


Abbildung: Kommandostruktur der Stadtpolizei Olten mit der Einbettung der polizeilichen Zivilangestellten (eigene Darstellung)

2.2 Aufgabengebiete Polizeiliche/r Zivilangestellte/r Technischer Dienst

Der polizeiliche Zivilangestellte Technischer Dienst wurde in der ABAKABA Abklärungen in die Lohnklasse 9 eingestuft. Diese Einstufung wurde durch die neu erstellte Funktionsbeschreibung (Beilage 1) im Zuge des Projektes Stadtpolizei Olten 2011 verifiziert und bestätigt. Die Führungsverantwortung obliegt der Bereichsleiterin Verkehr. Die Fachverantwortung obliegt dem Fachverantwortlichen Technischer Dienst.

Diese ausgearbeitete Funktionsbeschreibung entspricht den ausgewiesenen Bedürfnissen der Stadtpolizei. Durch diese personelle Massnahme können Polizisten/Polizistinnen in ihren zugewiesenen und angestammten Tätigkeitsfeldern eingesetzt werden.

2.3 Aufgabengebiete Polizeiliche/r Zivilangestellte/r Schalter / Administration

Die polizeiliche Zivilangestellte Schalter/Administration wurde in der ABAKABA Abklärungen in die Lohnklasse 10 eingestuft. Diese Einstufung wurde durch die neu erstellte Funktionsbeschreibung (Beilage 2) im Zuge des Projektes Stadtpolizei Olten 2011 verifiziert und bestätigt. Die Führungs- und Fachverantwortung obliegt dem Bereichsleiter Logistik.

Die Änderungen im Anforderungsprofil sind die geforderte Ausbildung und die Berufserfahrung. Die anderen Merkmale wurden gleich definiert wie beim polizeilichen Zivilangestellten Technischer Dienst.

Diese ausgearbeitete Funktionsbeschreibung entspricht den ausgewiesenen Bedürfnissen der Stadtpolizei. Durch diese personelle Massnahme können Polizisten/Polizistinnen in ihren zugewiesenen und angestammten Tätigkeitsfeldern eingesetzt werden.

2.4 Mehrwert der Stellen für die Sicherheit

Der Mehrwert beider befristeten Stellen kann ganz einfach auf den Punkt gebracht werden. Die ausgewiesenen Kernaufgabengebiete beider Funktionen bleiben der Stadtpolizei weiterhin erhalten und müssen sonst wieder von ausgebildeten und uniformierten Polizisten ausgeführt werden. Dieser Einsatz in einem nicht polizeispezifischen und nicht frontorientierten Aufgabengebiet ist eine Verschwendung von teuren personellen Polizeiresourcen, welche sich besser in den Tätigkeitsfeldern Grundversorgung und Prävention einsetzen liessen. Daraus resultiert eine zwangsläufige Präsenzverminderung im öffentlichen Raum. Die Schlussfolgerung ist ein Abbau der subjektiven und objektiven Sicherheit der Stadt Olten.

Die Entlastung der Polizisten/Polizistinnen und Polizeiassistenten/Polizeiassistentinnen durch polizeiliche Zivilangestellte kann zahlenmässig wie folgt ausgewiesen werden:

Soll-Arbeitszeit städtisches Personal	2112 Stunden
abzüglich Ferien (4 Wochen)	./168 Stunden
Arbeitszeit netto	1944 Stunden
2 polizeiliche Zivilangestellte / Jahr	3888 Stunden

Diese geleisteten Arbeitsstunden generieren der Stadtpolizei und somit den Menschen in Olten folgende zusätzliche Präsenz durch Polizeikräfte im öffentlichen Raum:

Doppelt besetzte Patrouille Lokale Sicherheit (9 h/Tag)	an 216 Tagen
oder doppelt besetzte Nachtpatrouille Lokale Sicherheit (10 h/Tag)	an 194 Tagen
oder Verkehrsinstruktion (8.5 h/Tag)	an 457 Tagen
oder Kontrolle Ruhender Verkehr (8.5 h/Tag)	an 457 Tagen

Die Nichtüberführung beider befristeten Stellen in unbefristete hätte unweigerlich einen Rückgang der Patrouillentätigkeit und somit den Abbau / den Verzicht des gewünschten und gehobenen objektiven und subjektiven Sicherheitsstandards in der Stadt Olten zur Folge.

2.5 Kostenvergleich Zivilangestellte/r gegenüber Polizeibeamt(inn)en

Die Sicherstellung der definierten Kernaufgaben durch polizeilichen Zivilangestellte gegenüber Polizeibeamten wirkt sich auch finanziell aus. Die Berechnungen haben ergeben, dass die durchschnittlichen Lohnkosten eines Polizisten rund CHF 13'000 höher ausfallen als bei einem polizeilichen Zivilangestellten.

2.6 Vergleich mit anderen Polizeikorps

Die Tendenz, nicht polizeispezifische Aufgaben an Zivilangestellte zu delegieren, nimmt in der heutigen Zeit bei allen Polizeikorps immer mehr zu. Die ausgebildeten Polizeikräfte sind zu teuer für die Bewältigung von solchen administrativen und technischen Aufgaben. Die Polizei Kanton Solothurn, Stadtpolizei Baden, Gemeindepolizei Wettingen, Regionalpolizei Spreitenbach, Stadtpolizei Schlieren, Stadtpolizei Illnau-Effretikon, Stadtpolizei Uster usw. setzen polizeiliche Verwaltungsangestellte im Schalterbereich erfolgreich ein. Zusätzlich wird der technische Dienst, aber auch die Ticketautomatenleerung bei verschiedenen Polizei-

korps (z. B. Stadtpolizei Solothurn, Baden) durch polizeiliche Zivilangestellte ausgeführt.

3. Erwägungen

Die frontorientierte und damit bürgernahe Neuausrichtung der Stadtpolizei mit einer erhöhten Präsenz im öffentlichen Raum hat sich bewährt und muss laufend gepflegt werden.

Für eine zweckmässige funktionierende Sicherstellung der Organisation, d.h. für die:

- Sicherstellung einer optimalen und geforderten Polizei-Präsenz im öffentlichen Raum;
- Beibehaltung des subjektiven, aber auch objektiven Sicherheitsstandards in der Stadt Olten;
- Sicherstellung der bisherigen Qualität und Quantität in der Bearbeitung des Tagesgeschäftes (Schalterdienst, technischer Dienst);
- Aufrechterhaltung der an Kunden, internen und externen Amtsstellen erbrachten Dienstleistungen (z.B. Berichte, Anzeigen, Meldungen, Auskünfte);
- Sicherstellung einer gewünschten Kontinuität und Konstanz im Schalter- und Telefondienst / Technischen Dienst;
- Umsetzung des neuen Dienstplanes und damit einer während 24 Stunden lückenlosen Dienstabdeckung;
- Umsetzung der neuen Organisation der Stadtpolizei und des Konzeptes der künftigen Quartierpolizei,

und aus den im Abschnitt 2 genannten Gründen und Zahlen sind für die gesamte Stadtpolizei die zwei polizeilichen Zivilangestellten erforderlich.

Damit die Kontinuität und das erarbeitete Know-how der Stellen polizeiliche/r Zivilangestellte/r Schalter / Administration und technischer Dienst weiterhin genutzt werden können, soll das bestehende Arbeitsverhältnis mit den bisherigen Stelleninhabenden weitergeführt werden.

4. Finanzielle Auswirkungen

Das Jahresgehalt 2011 für die 100%-Stelle polizeiliche/r Zivilangestellte/r Schalter / Administration, Lohnklasse 10, beträgt CHF 69'562.00 inkl. 13. Monatsgehalt, zuzüglich Sozialleistungen.

Das Jahresgehalt 2011 für die 100%-Stelle polizeiliche/r Zivilangestellte/r Technischer Dienst, Lohnklasse 9, beträgt CHF 78'589.00 inkl. 13. Monatsgehalt, zuzüglich Sozialleistungen.

5. Stellungnahme Sicherheitskommission

Die Sicherheitskommission hat sich an ihrer Sitzung vom 17. Oktober 2011 einstimmig für die definitive Stellenbewilligung der zwei polizeilichen Zivilangestellten ausgesprochen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Die 100%-Stelle Polizeiliche/r Zivilangestellte/r Technischer Dienst, Lohnklasse 9 wird ab dem 1. August 2012 unbefristet bewilligt.
2. Die 100%-Stelle Polizeiliche/r Zivilangestellte/r Schalter/Administration, Lohnklasse 10 wird ab dem 1. September 2012 unbefristet bewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Christian Werner: In der Geschäftsprüfungskommission haben wir das Geschäft relativ spät erhalten, das heisst erst in der Fragestunde. Das hat dazu geführt, dass sich die GPK relativ kurzfristig mit dieser Angelegenheit befassen musste. In der Sache war es aber unbestritten. In der GPK wurde gesagt, der Bedarf sei ausgewiesen. Auf der anderen Seite wurde auch noch der Wunsch geäussert, dass jetzt eigentlich damit gerechnet oder erwartet wird, dass die Personalaufstockung, was die Stadtpolizei anbelangt, auf Jahre hinaus abgeschlossen sei. Iris Schelbert nickt. Damit ist dies so protokolliert. In der GPK sind wir einstimmig darauf eingetreten, haben auch einstimmig den Beschlussesanträgen zugestimmt. Der Zusatzantrag der FdP-Fraktion ist in der GPK vorgelegen. Wir haben entsprechend nicht darüber befunden, und ich äussere mich auch nicht dazu.

Stadträtin Iris Schelbert: Auch wenn es so schon etwas spät ist, muss ich einige Vorbemerkungen machen. Die Stadtpolizei hat einen ganz klar definierten und umfassenden Sicherheitsauftrag für unsere Stadt. Aus dieser Grundlage ergibt sich auch der notwendige Stellenetat für die Stadtpolizei. Aufgrund dieses Stellenetats bzw. aus dem zur Verfügung stehenden Personal, das wir haben, zusammengesetzt aus ausgebildeten Stadtpolizistinnen und –polizisten, Polizeiassistentinnen und –assistenten und den zwei zivilen Angestellten ergibt sich dann auch der Dienstplan. Dies alles hat Ihnen Polizeikommandant Mark Haggemüller 2008 in den Fraktionen als Projekt vorgestellt. Gemeinderat und Volksabstimmung haben dann in der Folge der Aufstockung des Korps und den auf drei Jahre befristeten zivilen Angestellten zugestimmt. Im Nachgang zur GPK-Sitzung ist mir noch die Frage gestellt worden, ob sich denn jetzt die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden seit der Abstimmung im April 2009 erhöht haben. Es ist natürlich eine schwierige Frage, weil das Korps noch nicht ganz den Vollbestand erreicht hat. Es fehlt uns noch ein Polizist, der in der Ausbildung ist und im ersten Halbjahr des nächsten Jahres zu uns arbeiten kommt. Aber die Präsenz der Stadtpolizei im öffentlichen Raum ist spürbar, sichtbar und wahrscheinlich schon ein Stück weit nachweisbar gestiegen. Das ist ja auch verlangt worden und ist mit der Aufstockung das erklärte Ziel gewesen: Wir wollen mehr Leute draussen haben. Das subjektive Sicherheitsempfinden ist, soweit wir auf die Rückmeldungen zählen können, gestiegen. Es wird scheinbar alle vier Jahre eine Volkszufriedenheitsbefragung gemacht, wie der Stadtschreiber versichert, und bei der

nächsten wäre dies auch ein Teil, der abgefragt würde: Wie sind Sie mit der Sicherheit, der Polizei zufrieden? Ob der Entscheid von 2009 objektiv die Sicherheit verbessert hat, die Zahlen und Statistiken lassen ja immer ein Stück weit immer einen Interpretationsspielraum offen. Ich möchte Euch dazu ein Beispiel machen. Die Geschwindigkeitsmessungen November 2009 bis November 2010. Gemessen wurden 4'034 Fahrzeuge, von denen 17 % zu schnell unterwegs waren. Das Gleiche 2010/2011, auch November bis jetzt. 10'234 Fahrzeuge wurden gemessen, davon 7 % zu schnell. Eine Erfolgsmeldung und eigentlich auch ein Beweis: Unsere Polizisten sind draussen und kontrollieren. Wenn man aber jetzt die absoluten Zahlen anschaut, sind 2010 684 zu schnell gefahren. Das sind die 17 %. 2011 aber 738, 7 %. Man muss einfach immer etwas schauen, wie die Zahlen betrachtet werden. Eigentlich eine Erfolgsmeldung, aber weil mehr kontrolliert wurde, sind halt auch 7 % bei absoluten Zahlen mehr. Tatsache ist aber, dass mehr Polizei draussen ist, und dazu können wir auch sagen, dass die zwei zivilen Angestellten viel dazu beigetragen haben. Zurück zur Vorlage: Es geht darin ja grundsätzlich darum, dass Aufgaben bei der Stadtpolizei, die keine polizeiliche Ausbildung benötigen und keinen hoheitlichen Charakter haben, von adäquat ausgebildeten und bezahlten Angestellten erledigt werden können. Zum Schalterdienst Administration: Wir haben bei uns einen 24 Stunden besetzten Polizeischalter. Tagsüber erledigt die Schalterangestellte die Aufgaben laut der Funktionsbeschreibung, die Ihr beim Bericht und Antrag dabei hattet. Sie ist äusserst vielseitig einsetzbar. Wir haben im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Stadtpolizei geprüft, ob gewisse Aufgaben ausgelagert oder an einen anderen Ort verschoben werden könnten. Es wird auch gefragt, ob der allgemeine Stadthauschalter die Aufgaben der Schalterangestellten bei der Polizei nicht übernehmen könnte. Ihr könnt es in der Rechnung und dem Verwaltungsbericht nachlesen. Die Angestellte am Stadthaus-Schalter hat 2010 28'500 Telefonate entgegen genommen, und sie hat rund 19'000 Schalterbesuche erledigt. Dort ist keine Luft für noch mehr. Wir haben gesagt, wenn der Polizeischalter schon 24 Stunden besetzt ist, sollen dort auch Arbeiten gemacht und nicht darauf gewartet werden, bis irgendjemand etwas möchte. Zum technischen Dienst: Es ist hier schon 2008 diskutiert worden, ob der technische Dienst nicht vom Werkhof übernommen werden könnte. Dazumal wurde auch schon klar gesagt: Das kann man schon, aber nicht ohne personelle Aufstockung. Das ist heute eigentlich genau gleich. Darüber habe ich mit Kollega Wey schon auch gesprochen, und wir haben es geprüft, weil der Mann des technischen Dienstes mit seiner vielfältigen Aufgabe ausgelastet ist. Er ist stets schnell verfügbar und eine Unterstellung unter die bereits bestehend Leitung Verkehr macht Sinn, weil dann keine unnötigen Schnittstellen entsprechen. Anlässlich der generellen Überprüfung und Neustrukturierung der STAPO sind die beiden Funktionen auf ihre Wirkung überprüft worden. Sie haben sich bewährt und haben einen wichtigen Platz im Aufgabengefüge der Stadtpolizei eingenommen. Sie halten unseren Polizistinnen und Polizisten quasi den Rücken frei, damit sie rausgehen können. Dass die Polizei mehr draussen ist, sieht man unter der markanten Zunahme von Strafanzeigen, die wir vor allem jetzt 2011, verzeichnen können. Fazit des Ganzen: Aus betriebswirtschaftlicher sowie auch aus organisatorischer und struktureller Sicht sind die beiden zivilen Angestellten bei der Stadtpolizei eine nachvollziehbare und gescheite Lösung. Die beiden Stellen sind auch im Budget 2012 bereits enthalten. Ich danke für das Zuhören und bitte Euch, den beiden Stellen so zuzustimmen.

René Wernli: Ich möchte mich aus zwei Gründen kurz fassen, einerseits weil die Stunde schon so weit fortgeschritten sind und zweitens weil ich mehr Sicherheit für die Stadt Olten generieren möchte und der Polizeikommandant nachher wieder viel früher hinaus kommt. Man hat das Polizeikorps umstrukturiert, und die Bevölkerung hat im Jahr 2009 zu diesen ganzen Geschichten und auch zu den beiden Zivilangestellten ja gesagt. Sie waren im ganzen Paket enthalten. Die Zivilangestellten nehmen – Iris Schelbert hat es vorher wunderschön gesagt – Aufgaben im Bereich der Administration und des Technischen Dienstes wahr. Das sind weiss Gott Tätigkeiten, wo es weder ausgebildete, noch bewaffnete Polizisten braucht. Wir können nämlich diejenigen, die bewaffnet und entsprechend ausgebildet sind, besser in ihrer effektiven Aufgabe brauchen: Man kann sie dort konzentrieren, und dann werden sie nämlich auch ihrer Ausbildung und Bezahlung

entsprechend eingesetzt. Wir haben hier auch schon diskutiert, dass dies in einer anderen Direktion gemacht werden könnte. Das ist so. Aber wenn man den Aufwand respektive die Arbeitszeit dieser Leute anschaut, wenn man sie bei der Sicherheitsdirektion oder bei der Polizei wegnimmt und beim Werkhof angliedert, bringen sie es zwischen ihren Gärtnern usw. nicht auch noch unter. Dann brauchen sie einfach mehr Personal. Ich bin der Auffassung, dass es, wenn wir sie nicht mehr haben, nicht wirklich vertretbar ist, dass überqualifizierte Leute eingesetzt werden müssen, die wieder Verkehrsschilder stellen respektive Abschränkungen machen und tagsüber den Schalterdienst wahrnehmen müssen. Es hat die weitere Konsequenz, dass die ganze Dienstplanung wieder falliert und man einfach wieder gewisse Sachen, wo man positiv nach aussen erscheinen könnte, nicht mehr so wahrnehmen kann. Natürlich lässt sich ein Absinken der Sicherheit nicht so messen, dass man sagen kann, wenn man eine Patrouille weniger hat, gibt es zwei Probleme mehr. Aber die Patrouillentätigkeit und Kontrolltätigkeiten, wo wir ja auch immer wollen, dass sie in allen Quartieren herum stehen, werden herunter gefahren werden müssen. Das funktioniert halt nicht mehr so. Ich denke, es ist nicht im Sinne dieser Leute, die im Jahr 2009 zu diesem ganzen Pakt ja gesagt haben. Die FdP ist grundsätzlich für die Bewilligung der beiden Stellen, unter der Voraussetzung des Zusatzantrages, der auf dem Tisch liegt.

Dr. Rudolf Moor: Die SP unterstützt mehrheitlich Eintreten und Beschlussesanträge. Mehrheitlich zeigt schon, dass die Vorlage bei uns nicht nur auf einhellige Begeisterung gestossen ist. Man ist sich zwar einig, dass es Sinn macht, dass gewisse Arbeiten durch nicht voll ausgebildete Polizisten ausgeführt werden. Ich glaube, das ist unbestritten. Nicht ganz so zufrieden ist man aber zum Teil mit der Umsetzung der Massnahmen im Zusammenhang mit dieser jetzt schon ein paar Mal erwähnten Aufstockung des Korps vor drei Jahren. Es gibt gewisse Anliegen, wo ich nicht weiss, ob sie nur wieder von uns kommen. Ich weiss auch nicht, ob es daran liegt, dass die beiden Damen vor mir an bestimmten Strassen wohnen, wo dies besonders ein Problem ist. Jedenfalls gibt es Anliegen, wo man das Gefühl hat, sie seien nicht immer ganz ernst genommen worden. Ein Thema, das immer wieder kommt, sind die berühmten Durchfahrtskontrollen in den Quartieren, wo man damals gewünscht hat, dass sie viel häufiger durchgeführt werden. Hier hatte man schon einmal subjektiv den Eindruck, dass es nicht extrem stattfindet. Iris Schelbert hat vorher eine Erfolgsmeldung gegeben. Ich weiss nicht genau, wie Luzia es geschafft hat, hier noch zusätzliche Informationen hervor zu zaubern. Auf jeden Fall haben wir hier erfahren, dass 2010 sechs spezifische Durchfahrtskontrollen an 26 Mannstunden durchgeführt worden waren. Das finden wir schon nicht gerade berauschend. Insbesondere, weil die Leute, die an diesen Strassen wohnen oder tagtäglich durchfahren, natürlich den Eindruck haben, dass hier die Durchfahrt-Schwarzfahrer-Rate relativ hoch ist. Wenn man dies als normaler Anwohner nur feststellt, kann man ja nichts machen, weil wir als nicht vereidigter Polizist nicht einfach Aargauern oder sonstigen nicht Berechtigten nachrennen können. Dies ist in der Fraktion sehr intensiv diskutiert worden. Man hat das Gefühl, hier gebe es einfach noch eine gewisse Optimierung. Etwas Anderes, das auch immer wieder kritisiert wird, ist – der Polizeikommandant hat dies selber einmal bestätigt – dass es nicht einfach ist, Polizisten aus den Autos zu zerren. Man hat manchmal das Gefühl, es wäre schon vorteilhaft, wenn die Polizisten auf der Patrouille auch etwas mehr zu Fuss unterwegs wären. In der Fraktion ist gesagt worden, eigentlich fast nur an der Kilbi, weil es dann nicht gut geht, dass sie im Auto durchfahren. Das ist sicher auch ein Anliegen, das noch etwas ernster genommen werden könnte. Bei uns in der SP steht natürlich bei der Polizeiarbeit immer die Prävention im Vordergrund und sicher nicht die Jagd nach kleinen Verbrechern. Gerade auch unter diesem Blickwinkel würden wir es bevorzugen, wenn die Anliegen, welche die Leute wirklich stören und bei denen bei uns immer wieder reklamiert wird, etwas ernster genommen würden. Wir würden es auch begrüßen, wenn wir regelmässig eine Zusammenstellung der Aktivitäten wie Durchfahrtskontrolle oder Tempo-30-Kontrolle zu sehen bekämen, wie viel hier wirklich durchgeführt worden sind und welchen Anteil dies an der Polizeiarbeit ausgemacht hat. Mehrheitlich stimmen wir für Eintreten und den Beschlussesanträgen zu, aber eigentlich mit klaren Erwartungen.

Doris Känzig: Die SVP-Fraktion unterstützt den Zusatzantrag der FdP, nämlich die unbefristete Bewilligung der zwei Stellen, unter der Voraussetzung, dass die Ausweitung von 20 % bis Ende August 2012 kompensiert wird. Iris Schelbert hat von erhöhter Sicherheit gesprochen. In diesem Zusammenhang hätte ich noch einige Anliegen oder Hinweise und Ideen, wo man auch noch durch gehen könnte, wenn es dann genügend Stellen hat. Das sind zum Beispiel die beiden SVP-Vitrinen in der Winkel- und Bifangunterführung. Sie sind regelmässig, jede Woche verschmiert, zum Teil mit sämtlichen Ausscheidungen, die der Mensch zur Verfügung hat. Zum Teil hat es verleimte Kreuze drauf, die man kaum mehr weg bringt und die noch das Glas beschädigen. Die Liegenschaftsverwaltung ist hier sehr kulant. Wenn ich anrufe, gehen sie putzen. Aber man sollte ja eigentlich die Ursache bekämpfen. Es ist auch der Club 97 vis-à-vis der Winkelvitrine, wo man als Frau am Samstagvormittag um acht Uhr nicht ohne Polizeischutz durch gehen kann, weil man dann immer noch angepöbelt wird. Das ist zum Teil wahrscheinlich bekannt. Im Winkel hat es ja Video-Kameras, wo man die Verwüstungstäter eigentlich erkennen und anzeigen könnte. Ich habe bezüglich Winkel auch ein Beispiel aus der eigenen Familie von einem Hundebiss-Opfer. Man musste einen privaten Anwalt engagieren, damit man Einsicht in die Video-Filme erhielt, wobei man ja genau wusste, wann die Tatzeit war, damit man den Täter überhaupt anschauen und anzeigen konnte usw. Es war sehr kompliziert. Das wäre vielleicht auch ein Vorschlag, dass dies etwas bürgerfreundlicher würde. Dank dieser Kameras sollte man in einem solch klaren Fall etwas besser durchgreifen können. Als Beispiel hätte ich noch die Volière, wo neben dem Eingang täglich wilder Abfall entsorgt wird. Wer morgens früh mit dem Hund vorbei geht, weiss, wer es ist. Dort könnte man vielleicht auch einmal vorbei gehen oder die Leute wahrscheinlich anzeigen. Einfach dank dieses zusätzlichen Personals, dank dieser Erweiterung wäre es super, wenn man an solch neuralgischen Punkten und eben auch in unserem Sinne die Sicherheit noch mehr optimieren könnte.

Sandra Näf, Fraktion Grüne: Ich möchte das ganze Prozedere nicht noch zu sehr strapazieren und verlängern, angesichts der doch schon etwas späten Stunde. Gerne nehmen wir aber als Grüne Stellung zu diesem Geschäft. Die Fraktion Grüne unterstützt den Bericht und Antrag mit folgenden Begründungen: Seit 2009 besteht eine Personalknappheit, auch bei der Stadtpolizei. Es hat auch viele Abgänge gegeben. Das heisst, die einen Polizisten haben von der Stadtpolizei zur Kantonspolizei gewechselt. Die beiden Stellen, um die es jetzt geht, sind ja im Zusammenhang mit der Zusammenarbeitsvereinbarung der Stadtpolizei und der Kantonspolizei überprüft worden. Die generelle Aufgabenüberprüfung vor der Neustrukturierung der Stadtpolizei hat ergeben, dass sich die Funktionen in den vergangenen zweieinhalb Jahren bewährt und einen festen Platz im Aufgabenkatalog der Polizei übernommen haben. Die beiden Funktionen entlasten die Stadtpolizei von Aufgaben, wofür es eigentlich gar keine Polizistenausbildung braucht. Das wurde heute auch schon mehrmals gesagt. Deshalb kann ja dann die Stadtpolizei auch vermehrt im öffentlichen Raum präsent sein und wird nicht durch Aufgaben belastet, die Zivilangestellte übernehmen können. Iris Schelbert hat bereits ausgeführt, dass geprüft wurde, ob die Stellen intern respektive durch Werkhof oder Schalterdienst abgedeckt werden könnten, was ja offenbar nicht geht. Der Stadtrat hat Zeit, bis am 31. Dezember 2011 die 20 % einzusparen, von den wir jetzt eigentlich auch gesprochen haben. Bei den Publikumsdiensten sind in der Sozialstelle bereits 10 % eingespart worden. Die Instruktorentätigkeit des Feuerwehrkommandanten bringt auch einen finanziellen Gewinn, der nicht in Prozenten in der Personalstatistik ausgewiesen werden kann. Das erachten wir natürlich auch klar als Kompensation. Wir fänden es eigentlich nicht ganz ehrlich, wenn man die beiden beantragten Stellen zwar definitiv, aber doch mit Vorbehalt genehmigen würden. Dann müssten wir wirklich gleich ganz ehrlich sein und sagen: Nein, wir wollen das nicht, weil der Effekt einfach ist, dass nachher zwei gut ausgebildete Polizisten diesen Job halt noch übernehmen müssen. Damit das Ergebnis der Volksabstimmung von 2009 nicht arg strapaziert wird, weil man dort eigentlich bewilligt hatte, dass das Korps um sechs Vollzeitstellen aufgestockt wird, sind wir klar der Meinung, dass es die zwei Zivilangestellten einfach braucht. Deshalb werden wir eintreten und dem Bericht und Antrag folgen.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Sicherheit und Polizei finde ich immer ein genaues Thema. Dort kommt eigentlich nichts Substanzielles zur Vorlage, sondern nur, wie Mark Hagenmüller seinen Dienstplan auch noch gestalten könnte. Das ist lustig. Sicherheit ist ein zentrales Thema, Sicherheit hat mit subjektiven Wahrnehmungen von Einzelpersonen zu tun, und ich denke, es ist unbestritten, dass in Olten das Sicherheitsbedürfnis vorhanden ist. Ich sage jetzt nicht nur: Ich mache es kurz. Ich mache es wirklich kurz. Das ist eine gute Geschichte. Die zwei Stellen sind richtig. Die Vorlage ist sachlich korrekt. Notwendig und sinnhaftig sind sie auch. Die CVP/EVP-Fraktion wird zustimmen.

Parlamentspräsident Marcel Buck: In der Kürze liegt die Würze.

Stadträtin Iris Schelbert: Merci vielmals für die gute Aufnahme. Ich möchte noch einige Antworten geben. Ich weiss, es geht um das Säli-Quartier. Dieses Quartier liegt uns wirklich allen etwas auf dem Magen. Durchfahrtskontrollen führen wir tatsächlich mehr durch. Aber wir haben nicht nur das Säliquartier, sondern mittlerweile alle Quartiere, wo nicht mehr durchgefahren werden darf. Es ist ein ziemlich grosser Aufwand. Tatsächlich ist es so, dass man, wenn es mit weniger Leuten gemacht werden soll, mit einem zivilen Auto hinter den Leuten her fahren, um sie wirklich in flagranti zu erwischen, weil die Polizisten derart rabenschwarz angelogen werden, wenn man jemanden fragt: Wo sind Sie gewesen, wo wollen Sie hin? Sie haben zum Teil trockene Gipfeli eines Bäckers auf dem Nebensitz und sagen: Ich war beim Bäcker. Es kann niemand daran drücken, ob sie schon steinhart sind. Aber das Säliquartier ist tatsächlich etwas, das uns auf dem Magen liegt. Die Direktionen Bau und Sicherheit haben sich zusammen gesetzt und überlegt, wie können wir das Ding sicher machen und jetzt schon und nachher im Hinblick auf die Eröffnung der ERO vom Durchgangsverkehr entlasten. Das ist tatsächlich ein Knacknuss für uns. Es muss Euch ganz klar sein, dass die Hälfte der Leute wollen, dass niemand durchfährt, und die andere Hälfte will selber durchfahren können. Es ist wirklich ganz schwierig, dort in Zusammenarbeit von Bau und Sicherheit eine Lösung zu finden, die für alle vertretbar ist. Aber wir sind dabei. Der Polizeialltag besteht aus dem Eingehen auf Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen und Einwohnern. Das ist klar. Es ist ein grosser Teil. Nicht so, dass man anrufen kann, und sie lassen alles fallen und rennen, wenn es nicht gerade blutet und schreit. Aber es ist tatsächlich sehr viel. Wir erhalten viele Hinweise aus der Bevölkerung. Schaut einmal hier, schaut einmal dort. Wir beobachten jenes. Ein Telefon der Polizei lohnt sich auf jeden Fall. Die Zahlen und Fakten werden Euch im Verwaltungsbericht geliefert. Der letzte Verwaltungsbericht war mehr ein Prosatext. Wir können gerne auch mehr Zahlen und Fakten liefern. Wir wissen, dass unsere Unterführungen ein schwieriges Pflaster sind. Ich möchte jetzt keine Winkeldiskussion. Aber was Doris Känzig beobachtet hat, ist tatsächlich auch tägliches Brot der Polizei. Die Bar 97 füllt Ordner um Ordner, und wir sind sie immer noch nicht los. Es ist unglaublich. Sie ist uns bald lieb und wert, und es wäre uns fast langweilig ohne. Es ist klar, dass es relativ schwierig ist, Videoaufzeichnungen anzuschauen. Das hat mit dem Datenschutz zu tun und es liegt nicht im Ermessen der Stadtpolizei Olten, dort etwas zu tun. Dann muss man halt tatsächlich mit einem Anwalt kommen und das machen. Dies nur einige Antworten meinerseits.

Dr. Markus Ammann: Es ist mir jetzt gerade etwas aufgestossen. Ich höre jetzt seit Jahren, wie schwierig es ist, Durchfahrtskontrollen zu machen. Aber ich höre einfach, dass es schwierig sein soll. Jedoch kann ich feststellen, dass es in der Martin-Disteli-Strasse nach meiner Behauptung nicht extrem schwierig ist. Ich könnte locker eine Liste mit 100 Autonummern abgeben. Zweimal pro Tag fahre ich mit dem Velo dort durch und könnte wirklich eine ellenlange Liste mit Autofahrern, die verbotenerweise dort durchfahren, liefern. Ich behaupte, an der Martin-Disteli-Strasse ist es kein Problem, dies zu überwachen. Damit will ich nur sagen, dass wir seit Jahren hören, man studiere und studiere. Aber die Resultate sind relativ mager.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Zusatzantrag FdP

Urs Knapp: Ihr könnt Euch erinnern, dass wir am 16. Oktober 2010 einen glasklaren Beschluss gefasst haben. „Der Stadtrat wird verpflichtet, die Ausweitung des Stellenplans um 20 % bis Ende 2011 innerhalb der definitiv bewilligten Stellen der allgemeinen Verwaltung mindestens zu kompensieren“. Wir mussten in der GPK und bis heute feststellen, dass der Antrag nicht umgesetzt wurde. Bis jetzt haben wir vom Stadtrat auch nicht gehört, dass er die Absicht hat, dies bis Ende 2011 umzusetzen. Das ist störend. Wir denken, hier müsse nun wirklich auch ein Punkt gemacht und gesagt werden: Der Stadtrat erhält nun noch einmal acht Monate Zeit, um den Antrag durchzusetzen. Wenn er dies nicht macht, können die zwei definitiven Stellen halt einfach nur so besetzt werden, wie es rechtlich zulässig ist. Wir sprechen über einen Stellenplan, und das ist eine klare Vorschrift im Budget. Der Rest steht im Antrag.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Einfach zur Klärung: Ich habe mich heute zum zweiten Mal vor versammeltem Gremium zu dieser Thematik geäußert. Zuerst bei der GPK und auch heute. Das ist „Auftrag des Stadtrates“ nicht ausgeführt. Definitiv. Hier hat Urs Knapp völlig recht. Im Protokoll der GPK steht, dass wir dies kompensieren werden. Es sei nicht vollzogen worden. Wir werden an einer nächsten GPK-Sitzung darüber orientieren. Zuerst die GPK und dann geht es automatisch weiter. Das ist ein Auftrag, der im Raum steht. Ich sage im Namen meiner Kollegin und Kollegen: Er wird ausgeführt. Der vorliegende Antrag verlängert uns eigentlich den Spielraum noch etwas, wenn man so will. Aber das Ziel ist, und das sage ich hier glasklar, so oder so, mit oder ohne diese Stellen, diesen Auftrag auszuführen. Das ist ein Auftrag des Parlamentes, den wir gefälligst auszuführen haben.

Urs Knapp: Das ist so protokolliert. Wenn es schneller geht, so wie es der Stadtrat gesagt hat, ziehen wir den Antrag zurück und danken dafür, dass er möglichst schnell ausgeführt wird.

Beschluss

Mit 45 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Die 100%-Stelle Polizeiliche/r Zivilangestellte/r Technischer Dienst, Lohnklasse 9 wird ab dem 1. August 2012 unbefristet bewilligt.
2. Die 100%-Stelle Polizeiliche/r Zivilangestellte/r Schalter/Administration, Lohnklasse 10 wird ab dem 1. September 2012 unbefristet bewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herr Franco Giori (2)
Stadtpolizei (2)
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Lohnbuchhaltung/Herr Ruedi Berger
Leiterin Personaldienst/Frau Claudia Grütter
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ich danke Euch für das Aussitzen – es ist immer eine etwas schwierige Situation – und möchte mich an dieser Stelle noch einmal für die gemachten Fehler entschuldigen.

Daniel Schneider: Ich stelle den Ordnungsantrag, die Sitzung von morgen Abend ersatzlos zu streichen.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ihr könnt Euch erinnern, dass Heinz Eng vor einem Jahr mit der Traktandenliste ziemlich aufgeräumt hat. Ich durfte dies so übernehmen und wäre froh, wenn man dies in dieser Manier weiter ziehen könnte, dass wir hier à-jour sind. Aber selbstverständlich liegt dies in Eurer Kompetenz.

Beschluss

Mit 45 : 3 Stimmen bei 0 Enthaltungen wird die Sitzung vom 17. November 2011 abgesagt.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.